

Wöchentlich 65 Pf., monatlich 2,00 M., im voraus zahlbar. ...

Der „Vorwärts“ erscheint wöchentlich ...

Vorwärts Berliner Volksblatt

Freitag 28. Februar 1930 Groß-Berlin 10 Pf. Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Kampfbegleitung ...

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Bankkonto: Berlin 37536. - Postkonto: Post der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Volkstr. 65

Zum Gedächtnis!

Friedrich Eberts fünfter Todestag.

Mit dem heutigen Tage rundet sich ein Jahr fünfzig, seit die Sozialdemokratische Partei ihren Führer Friedrich Ebert, die Deutsche Republik ihren ersten Präsidenten verloren hat.

Trotz der Kürze dieses Zeitraums und trotz der Heftigkeit, mit der in Deutschland der Kampf der Parteien geführt wird kann man sagen, daß das Bild dieses Mannes in der Geschichte kaum noch schwankt.

Als Deutschland den größten aller Kriege verloren hatte, als seine morschen Throne zusammenbrachen, als ein enttäuschtes, entmutigtes Millionenheer nach der Heimat zurückströmte, in der es weder Arbeit noch Verdienst gab, sondern nur eine verzweifelte halbverhungerte Zivilbevölkerung von Kriegs-untauglichen, Frauen, Kindern und Greisen, als der Wahnsinn der Sieger und der Besiegten sich ansetzte, durch Diktate von außen und Bürgerkriege im Innern auch den letzten Rest von Lebensmöglichkeit zu zerstören — da war es Ebert, der als ein wirklicher Führer des Volkes den schweren und gefährlichen Weg aus dem Wirral voranging.

Die Kraft zu seiner großen Mission floß aus zwei Quellen: einmal aus seiner eigenen starken Persönlichkeit, dann aber auch aus der großen Bewegung, mit der er gewachsen war und deren Geist ihn erfüllte.

Die deutsche Sozialdemokratie hat ihre großen Propheten und ihre großen Realpolitiker gehabt, beide zur rechten Zeit! Ebert hätte nie ein Erwecker der Massen werden können wie Bebel, dazu fehlte ihm die zündende Rednergabe und die Macht der Suggestion. Aber auch Bebel hätte kaum leisten können was Ebert geleistet hat, denn dessen Arbeit konnte nur getan werden unter heroischem Verzicht auf alle Illusionen und in unermeßlicher Geduld.

Ebert und seine Helfer haben in der Zeit des drohenden Untergangs aus dem sozialdemokratischen Programm verwirklicht, was verwirklicht werden und zur Rettung dienen konnte: die politische Demokratie, den Achtstundentag, den Ausbau der sozialen Institutionen. Ebenso entsprang die Abkehr vom Revanche-Wahngedanken, die energische Hinwendung zu einer Politik der Friedenssicherung und der Völkerverständigung altem sozialdemokratischem Gedankengut.

Es war aber die Tragik dieser weltgeschichtlichen Rettungsaktion, daß sie unmittelbar und augenblicklich auf Dank nicht rechnen konnte. Sie legte den Grund zu einem neuen Aufstieg, aber sie war nicht imstande, die Qualen einer bittersten Notzeit mit einem Schlage zu bannen. Die Verzweiflung breiter Massen suchte augenblickliche Abhilfe und trieb auf Wege, auf denen nichts anderes zu finden war als noch viel einschüchterendes Elend.

So war Ebert genötigt, Maßnahmen zu ergreifen oder zu billigen, die oft in den eigenen Reihen auf schärfste Kritik stießen. Darunter hat er — wie alle wissen, die ihn genau kannten — schwer gelitten; denn auch als Staatsoberhaupt, das die Pflicht zur Unparteilichkeit übte, bewies Ebert stets mit Kopf und Herz Sozialdemokrat.

Er hatte sich entschlossen, keine neue Kandidatur zur Reichspräsidentenschaft anzunehmen, sondern nach einer Weltreise, die seinen Gesichtskreis erweitern sollte, in Reich und Glied der sozialistischen Arbeiterbewegung zurückzukehren. Obwohl er im Brennpunkt der Spaltungskämpfe gestanden hatte, oder vielleicht gerade deshalb war er einer der ersten, die für die Wiedervereinigung eintraten. Das Gefühl für die innere Zusammengehörigkeit der ganzen modernen Arbeiterbewegung und seiner eigenen unzweifelbaren Zugehörigkeit zu ihr blieb in allen Zeiten unverändert stark.

Das haben die Massen draußen zunächst mehr gefühlsmäßig als verstandesmäßig erkannt. Ebert blieb für sie einer aus ihrer Mitte, Fleisch von ihrem Fleisch, Blut von ihrem Blut. Ueberraschend schnell ist aber dann auch das Verständnis für die große plötzliche Mission Eberts in den Massen wachgeworden, und damit haben sie für ihre eigene Reise ein vollgültiges Zeugnis abgelegt.

Eberts Arbeit und Eberts Andenken verbinden die deutsche Arbeiterklasse mit der Deutschen Republik. Der Name Ebert, der unvergänglich in der Geschichte geworden ist, bedeutet auch ein Programm für die deutsche Sozialdemokratie. Sie kämpft nicht gegen den Staat, sondern um den

Eine Million Mitglieder!

Die Macht der deutschen Sozialdemokratie.

Dem in den nächsten Wochen erscheinenden Jahrbuch der Deutschen Sozialdemokratie für 1929 entnehmen wir,

daß die Partei am Schlusse des Jahres 1921 777 Mitglieder zählte.

Damit wurde das Ziel der Herberwache im Herbst: Eine Million Mitglieder zu erreichen, nicht nur erreicht, sondern noch in zureichender Weise überschritten. Ueber 84000 Mitglieder traten in die Partei neu ein. Und das in einer Zeit der beispiellosen Hege gegen unsere Partei und der wohllosen Verleumdung mancher im Vordergrund stehender Genossen, in der Zeit einer kreppelosen Verleumdungslust, die namentlich in Berlin ihre üblen Stofftaschen schlug. Dieses Vorwärtsschreiten der Partei beweist, daß die Arbeiter sich nicht topscheu machen lassen und daß die Verleumdung der Partei durch das Geflüß der Gegner — besonders der radikalen Linken und Rechten — nicht gelähmt werden kann. Die Partei hat das Vertrauen großer Volksmassen.

503 442 Männer und 218 335 Frauen zählen sich zur Sozialdemokratischen Partei.

Ebenso erfreulich wie diese Zunahme der Mitgliederzahl ist die Zunahme der Ortsvereine. Von 8916 im Vorjahre stieg sie auf 9544 im Jahre 1929.

Die Partei hat sich also auch organisatorisch verbreitert und sie gewinnt damit täglich mehr Einfluß auf die Gestaltung der politischen Zustände, besonders in den Gemeinden und Ländern.

Ueber 11 Millionen Mark Einnahmen beweisen die starke Finanzgebarung der Partei. Rund 72 500 Mitgliederversammlungen, 27 300 öffentliche Versammlungen und die Verteilung von über 72 Millionen Flugblätter und Agitationschriften zeigen die immense agitatorische Arbeit auch des letzten Parteigenossen, der mit Eifer und Liebe für die sozialistische Idee wirkt.

Möge dieser opferreudigen Parteiarbeit auch in diesem Jahre ein guter Erfolg blühen!

Rebellion in der KPD.

Flugblatt kommunistischer Funktionäre gegen die Zentrale.

Gestern erfolgte in der Stadtverordnetenversammlung die Verabschiedung der neu bestätigten Stadträte, darunter der beiden kommunistischen Stadträte Kadbach und Leh.

Diese beiden kommunistischen Stadträte wenden sich mit einer Reihe von kommunistischen Funktionären gegen die Wahnsinnstaktik der Stalin-Kommunisten. Ihre Erklärung wird als Flugblatt verbreitet. Das Flugblatt lautet:

Die Kommunistische Partei hat in der letzten Zeit in ihrer politischen Linie eine Schwächung vollzogen, die sich mehr und mehr zum Schaden der deutschen Arbeiterbewegung auswirkt.

Diese Schwächung ist nicht begründet durch eine Änderung der Kampfbedingungen für das deutsche Proletariat, sondern entspringt lediglich dem agitatorischen Bedürfnis der auch die russische Bruderpartei beherrschenden Stalin-Gruppe.

Dem russischen Arbeiter wird die deutsche Partei als eine am Vorabend der proletarischen Revolution stehende, nahezu pöblich illegale Partei hingestellt, die nur unter ungeheuren Schwierigkeiten Verhältnissen ihre politische Arbeit durchführen kann, die aber trotzdem die Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse hinter sich hat und für die der Tag, an dem sie in Deutschland die politische Macht erobert, nicht mehr fern liegt.

Um diese Fiktion aufrechtzuerhalten, scheidet man auch vor dem Mittel lügenhafter Berichterstattung nicht zurück. Kur so ist es zu begreifen, daß bei der Berichterstattung über die Nationalkommunisten die „Rote Fahne“ behaupten konnte:

„Das Proletariat hat im Kampf mit der Staatsgewalt, im offenen Kampf mit der Sozialdemokratie die Berliner Straßen am 1. Mai besetzt, am 2. und 3. Mai behauptet. Die Massen wehrten sich gegen die Überfälle der Polizei mit den Mitteln, die ihnen zur Verfügung standen. Sie begannen den Barrikadenbau und kämpften mit größter Zähigkeit und Kühnheit.“ (Nr. 103 vom 24. Mai 1929, „Die Lehren der Berliner Maiämpfe“.)

während jeder Parteigenosse wußte, daß von Barrikadenkämpfen proletarischer Kampfgruppen nicht die Rede sein konnte und die Toten und Verwundeten der Mai Tage lediglich auf das Konto der blinden Schleichwit der Polizei zu setzen waren.

Auf gewerkschaftlichem Gebiete versucht man, durch die Entfesselung sogenannter „revolutionärer Einzelkämpfe“ eine Massenbewegung vorzutäuschen. Dabei kommt es den „Revolutionären Gewerkschaftsstrategen“ durchaus nicht darauf an, ob die von ihnen in diese Kämpfe hineinmanövierten Arbeiter-

schichten auch nur mit der geringsten Aussicht auf Erfolg in diese Bewegung hineingehen.

Haben in einem Betriebe oder in einer Branche einige KPD-Genossen einflußreiche Funktionen als Betriebsratsmitglieder, Branchenseiter oder als gewerkschaftliche Vertrauensleute inne, so wird von den Parteikörperschaften einfach der Beschluß gefaßt, daß dort eine Bewegung zu entfesseln ist.

Alle Bedenken verantwortungsbewusster Genossen werden in den Wind geschlagen und diese häufig gegen ihren Willen gezwungen, die Führung in diesen Kämpfen zu übernehmen. Die Niederlage ist dann von vornherein besiegelt.

Infolge dieser Sonderaktionen werden Arbeiterschichten von der gewerkschaftlichen Organisation ausgeschlossen. Große Teile davon stellen sich später verärgert beiseite oder wechseln sogar ins gegnerische Lager hinüber. Außerdem gibt man den Gewerkschaftsleitungen einen billigen Vorwand, unliebsame Kritiker aus der Organisation auszuschließen.

Die deutschen Kapitalisten mit ihren starken Arbeitgeberorganisationen kann und wird man durch solche „Kampfmachungen“ nicht niederringen. Man schafft vielmehr durch diese Taktik in aussichtslosen Kämpfen zermürbte Arbeiterschichten, deren Kampfkraft bei dem mit Sicherheit einsetzenden Gegenstoß der Unternehmer schwer vermisst werden wird.

Das in einheitlicher Front vorkommende Großkapital kann sich für seine Aktion nichts Besseres wünschen, als eine weitere Zerschlagung und Zerspaltung der bisher noch einheitlichen proletarischen Organisationen zu einem Zeitpunkt, in dem die politische und wirtschaftliche Situation einheitliche Aktionen der gesamten Arbeiterklasse gebieterisch verlangt.

Das Ziel dieser meist aussichtslosen Kämpfe ist für bestimmte Genossen in der KPD-Zentrale auch nicht der Erfolg der kämpfenden Arbeiterschichten, sondern das Vordringen von revolutionären Streikbewegungen in Deutschland.

Durch diese Taktik werden aber große Schichten des deutschen Proletariats im Kampf gegeneinander aufgerieben, erleben an ihrer Widerstandskraft gegenüber dem Klassengegner erhebliche Einbuße und hören auf, bei dem unausbleiblichen kommenden Angriff der imperialistischen Staaten auf Sowjetrußland einen Schutzwall für das russische Proletariat zu bilden.

Der von Parteigestellten beherrschte Funktionärskörper

Staat. Sie ist der lebendige Ausdruck jener geistigen Massenkräfte, die nach sozialer Grenzlinie der Zerstörung jeden Krieg, den Bürgerkrieg wie den Völkerring verabscheuen und mit gewaltlosen Mitteln einer sozialistischen Neuordnung in Wirklichkeit und Gesellschaft entgegenstreben.

Die Sozialdemokratie, deren Programm auf der Lehre von der Entwicklung ruht, weiß sich selber den Gesetzen der Entwicklung zu unterwerfen. Sie wird nicht erstarren; manches was heute richtig ist, mag in einer späteren Zeit falsch geworden sein. Mit diesem Vorbehalt kann man sagen, daß

die Deutsche Sozialdemokratie heute noch und für absehbare Zeit im Zeichen Friedrich Eberts steht, das heißt im Zeichen einer hartgeduldbigen, nüchtern-illusionlosen Arbeit für die Interessen der breiten werktätigen Volksmassen. Diese Aera Ebert, die noch nicht abgeschlossen ist, bildet ein Stück unserer Parteigeschichte. Wir bekennen uns zu ihm, wie wir uns zu Friedrich Ebert selber bekennen, der als ein großer deutscher Staatsmann und als eine große Gestalt der Sozialistischen Internationale in der Geschichte fortlebt.

drückt in Parteiführungen und Versammlungen jeden ihm in die Hand gegebenen Beschluß durch.

Diese Parteigenossen und Sympathisierende, die solchen Beschlüssen zustimmen, müssen schon von vornherein, daß dieselben in ihren Betrieben nicht durchgeführt werden können.

Aber die Hauptsache ist, daß der „verantwortliche Parteiarbeiter“ berichten kann: „Die Beschlüsse wurden einstimmig angenommen“ (wolliges Fiato des 1. Mai bei den Verkehrsarbeitern in Berlin, Verlegen des Proteststreiks nach dem Blutbad des 1. Mai und nach dem Hartmannsdorfer Zusammenstoß, völlige Passivität der Arbeiter gegenüber den Parolen der Parteiführung am 1. Februar).

Diese Zustände aber müssen eintreten, weil die Führung der KPD-Zentrale ihre Beschlüsse fast auf Grund irgendwo angenommener papierner Resolutionen, ohne als verantwortungsbewußte Arbeiterführer die politischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten nüchtern und ruhig zu beurteilen.

Dieser Weg führt die kommunistische Partei nicht zur proletarischen Revolution, sondern zu planlosen Aktionen.

Alle, die es innerhalb der Partei wagen, nicht in jeder Hinsicht die zurzeit vorgeschriebene Parteimeinung als richtig anzuerkennen, werden als Parteifeinde und Renegaten gekennzeichnet und mit dem durch die Parteidiskussion gerade beliebigen Stempel des „Ultraslinken, Rechten oder Versöhnlers“ etikettiert.

Dabei bietet die Parteiführung selbst das Bild sich gegenseitig bekämpfender Elken.

Unter der Parole der Parteidemokratie hat man die Parteimitgliedschaft in kleine, diskussionsunfähige sogenannte Betriebs- oder Straßenzellen zersplittert und so das Werden für eine bestimmte Anschauung unter der Mitgliedschaft unmöglich gemacht.

Wir vertreten offen die Ansicht, daß die Kämpfe der deutschen Arbeiterklasse lediglich geführt werden dürfen unter dem Gesichtspunkte der sich in Deutschland blendenden Möglichkeiten.

Wir bekämpfen eine Politik, die in ihrer Auswirkung zu einer Zersplitterung proletarischer Massenorganisationen, wie es auch die freien Gewerkschaften sind, führt.

Wir erkennen, daß eine revolutionäre, proletarische Politik in Deutschland nur durchgeführt werden kann, wenn die deutsche Partei auch finanziell völlig unabhängig ist. — Wir wissen, daß ein großer Teil der langjährigen Funktionäre und Mitglieder der KPD, unsere Ansicht teilt.

Wir fordern alle Gleichgesinnten auf, den Zwang einer ungesunden Parteidisziplin zu brechen und ihre Meinung offen bei jeder Gelegenheit zu vertreten, um eine weitere Schädigung der deutschen Partei sowie der Arbeiterbewegung zu verhindern.

Das Flugblatt ist unterzeichnet von 60 Funktionären, darunter befinden sich Landtagsabgeordneter und Stadtrat Raddach, Stadtrat Hermann Bey, Stadtrat Karl Sucke, Stadtverordnete Frieda Rosenthal, die ehemaligen Stadtverordneten Paul Roth, Hermann Schulze, Otto Moldmann, Betriebsrat am Viehhof, ferner Karl Bollmann, Betriebsrat bei den städtischen Werken, Willi Gnadt, Betriebsrat der Gemeindearbeiter von Berlin.

Unter den übrigen Unterzeichnern befinden sich viele Betriebsräte. Die Erklärung wird von vielen kommunistischen Betriebszellen gebilligt, die Zellen von Ulstein, Schwarzkopf, Lindström und Beineweber stehen geschlossen dahinter.

Mit den Unterzeichnern sympathisieren ferner zahlreiche Funktionäre aus den Parteibüros der KPD bis in die Zentrale hinein, die aus Furcht vor Mahregulung nicht offen hervortreten wagen.

Der Young-Plan im Ausschuß.

Das Kabinett fordert Abstimmung.

In den Vereinigten Ausschüssen zur Beratung der Young-Gesetze ist am Donnerstag nach Abschluß der Beratungen auf Wunsch des Zentrums die Abstimmung auf Freitag vormittag vertagt worden. Inzwischen ist vom Zentrum neuerdings angeregt worden, die Abstimmung weiter hinauszuschieben. Während das Zentrum bisher die Verbindung von Young-Gesetzen und Finanzreform nur so verstanden wissen wollte, daß eine Entscheidung über die Young-Gesetze in dritter Lesung in der Vollversammlung des Reichstages zu erfolgen habe, will es jetzt weitergehen. Es soll ein Druck auf die Regierung ausgeübt werden, der unter Umständen neue Kompensationen hervorrufen könnte.

Die Sozialdemokratie hat sich bisher bereits gegen die ungehemmte Redefreiheit in den Vereinigten Ausschüssen und gegen die Verzögerungstaktik des Zentrums gewandt. Die erneute Vertagung stößt nun aber auch auf den entschiedenen Widerstand des Reichskabinetts. Durch den Reichsanwalt ist erklärt worden, daß die Regierung unter keinen Umständen das Verlangen nach weiterer Vertagung der Abstimmung über die Young-Gesetze dulden werde. Die Abstimmung über die Young-Gesetze dürfte deshalb am Freitagvormittag in den Vereinigten Ausschüssen erfolgen. Man wird hoffen dürfen, daß das Zentrum den Wünschen der Regierung entspricht und dem deutschen Volk nicht das Schauspiel bietet, daß aus rein innerpolitischen Gründen das Zentrum bei den Young-Gesetzen an der Seite der Opposition steht.

Schacht Mitglied der B33-Leitung.

Zwei weitere deutsche Verwaltungsratsmitglieder sollen noch ernannt werden.

Rom, 27. Februar.
Reichsbankpräsident Dr. Schacht, der sich, wie gemeldet, zurzeit in Rom aufhält, ist zum Mitglied des Verwaltungsrats der Bank für internationalen Zahlungsausgleich ernannt worden.

Dr. Schacht empfing heute abend die Vertreter der deutschen Presse, um ihnen die heute erfolgte Unterzeichnung des Konstitutionsaktes der Bank und seine Ernennung zum Verwaltungsratsmitglied mitzuteilen. Zwei weitere deutsche Vertreter für den Verwaltungsrat sollen spätestens drei Tage nach der Ratifizierung des Young-Planes ernannt werden.

Mogarrach wird Präsident der B33. Mogarrach hat sein Amt als Präsident der New-Yorker Bundesreservebank niedergelegt, um die Leitung der Bank für den internationalen Zahlungsausgleich zu übernehmen.

Alles in Schweben!

Die Steuern im Kabinett.

Das Reichskabinett hat sich am Donnerstag in zwei Sitzungen mit den Vorschlägen des Reichsfinanzministers Dr. Wolffenhauer über den Etat 1930 beschäftigt. Die Verhandlungen wurden aber auch in der Nachmittagsitzung noch nicht beendet; sie werden am Freitagvormittag fortgesetzt. Die Beratungen des Kabinetts gestalteten sich außerordentlich schwierig.

Die Meinungsverschiedenheiten über die Aufbringung der Mittel für die Arbeitslosenversicherung, zur Deckung des Fehlbetrages durch Steuererhöhungen und über die künftigen Ausgabebeschränkungen und Steuerermäßigungen sind nach wie vor sehr erheblich und ein Weg zur Einigung ist noch nicht sichtbar.

Bei der Arbeitslosenversicherung dürfte der Vorschlag Dr. Wolffenhauers, lediglich 150 Millionen aus dem Verkauf von Reichsbahnvorkursaktien an die Sozialversicherungsanstalten in den Etat einzustellen, den Rest aber der eigenen Deckung durch die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung durch Leistungsförderung oder Beitragserhöhung zu überlassen, im Reichskabinett keine Zustimmung finden. Auch für die Beitragserhöhung um ein halbes Prozent auf 4 Prozent dürfte sich keine Mehrheit erzielen lassen.

Dagegen scheint eine gewisse Neigung für den Vorschlag zu bestehen, 150 Millionen durch den Verkauf von Reichsbahnvorkursaktien zu beschaffen und den Rest von 100 Millionen durch eine Mißeranziehung der Festbesoldeten zu gewinnen.

Einigkeit über die Ausführung dieses Planes sind im Kabinett noch nicht diskutiert worden. Der Gedanke des allgemeinen Rotopfers in Form eines Zuschlages zur Einkommensteuer, dessen Erträgnisse für die Arbeitslosenversicherung zu verwenden wären, stößt nach wie vor auf sehr starken Widerstand.

Allerdings ist bisher eine Entscheidung, ob ein solches Rotopfer der hohen Einkommensteuerpflichtigen zur Deckung des Fehlbetrages im Reichshaushalt erforderlich ist, noch nicht gefallen. Ebenfalls ist eine Verständigung über die übrigen Deckungsvorschläge erzielt worden. Am wenigsten Widerstand findet die Vertüfung der Stundungsfrist bei Zucker und Zigaretten, durch die ein Mehrertrag von 30 Millionen erzielt würde. Für die Entnahme von 50 Millionen aus der Reserve der Bank für Industrieobligationen zur Senkung der Industriebelastung um den gleichen Betrag scheint eine Mehrheit vorhanden zu sein.

Gegen die Biersteuererhöhung bestehen noch erhebliche Bedenken. Sie stehen nicht nur im Zusammenhang mit der ablehnenden Haltung der Bayerischen Volkspartei, sondern beruhen auch auf der Ermüdung, daß man die Bierverbraucher dagegen schützen müsse, daß die Erzeuger einen höheren Zuschlag nehmen als er durch die Steuererhöhung gerechtfertigt ist.

Daher wird neben dem Plan eines Bierhandelsmonopols auch an die behördliche Festsetzung der Bierpreise gedacht.

Die Mineralwassersteuer stößt bei einem Teil des Kabinetts auf starke Bedenken und kommt für ihn überhaupt nur in Betracht, wenn gleichzeitig durch eine Gemeindegetränksteuer auch die Heranziehung von Wein und Schaumwein für die sozialen Zwecke der Gemeinden ermöglicht wird. Auch die Erhöhung des Benzinzolls ist umstritten, da man schädliche Auswirkungen auf den Massenverkehr durch Autobusse fürchtet. Auch andere wirtschaftliche Befahren müssen erst gebannt sein, ehe man dem Plan zustimmen kann.

Die Vorschläge von Wolffenhauer über die Beschränkung der Ausgaben und die sofortige Festlegung von Steuererhöhungen, die im Jahre 1931 erfolgen sollen, sind zwar im Kabinett besprochen worden, eine Entscheidung steht aber auch darüber noch aus.

Neun Stimmen Mehrheit für Macdonald.

Entscheidender Oppositionsantrag abgelehnt.

London, 27. Februar.

Im Unterhaus wurde heute der liberale Abänderungsantrag zum Kohlegesetz, der aus dem ersten Teil des Gesetzentwurfs die Vorschläge für eine Herabsetzung der Produktion herauszunehmen wollte, mit 280 gegen 271 Stimmen abgelehnt.

Die Regierung war gegen den Antrag, sie hat aber erklärt, daß sie im Falle einer Niederlage nicht zurücktreten, sondern den Gesetzentwurf aufgeben würde. Vier Liberale stimmten für die Regierung, acht enthielten sich der Stimme.

Am 19. Dezember 1929 hatte die Regierung Macdonald bei dem gleichen Gesetz eine ähnliche kritische Abstimmung zu überleben. Damals wurde ein konservativer Abänderungsantrag mit 281 gegen 273, also mit acht Stimmen Mehrheit, abgelehnt.

Es ging ums Ganze!

London, 27. Februar. (Eigenbericht.)

Die Bergbaugesetzgebung der Regierung, die im Dezember anlässlich der zweiten Lesung der Kohlenbill um ein Haar zu einer Niederlage der Regierung im Unterhaus geführt hat, trat am Donnerstag neuerlich in ein kritisches parlamentarisches Stadium. Der Gesetzentwurf befindet sich im sogenannten Komitee-Stadium und die parlamentarischen Verhandlungen haben nunmehr jene von der Regierung zurückgestellten Klauseln erreicht, die von den Förderungsquoten handeln. Während zwischen der Regierung und den Liberalen in interfraktionellen Verhandlungen eine Einigung über die meisten übrigen

Gesetzesbestimmungen erzielt wurde, hat sich die Meinungsverschiedenheit zwischen den beiden Parteien in dieser Frage nicht überbrücken lassen. Die Regierung betrachtet im Einverständnis mit den 73 abgeordneten Bergarbeitern diese Gesetzesklauseln, welche die Kohlenförderung und den Kohlenabzug regeln sollen, als einen unerlässlichen Bestandteil des Gesetzes. Die beiden anderen Parteien setzen diesen Bestimmungen eine geschlossene Front entgegen. Damit hat sich die

kritische Lage vom Dezember wiederholt

und das Schicksal der Regierung und die Frage von Neuwahlen hängt neuerlich von einem Zufall einiger weniger Abgeordneten ab. Liberale wie Konservative haben nichts unversucht gelassen, um den letzten Abgeordneten zur heutigen Abstimmung heranzubringen und die Einseitigkeit haben die bekannten dreimal unterstrichenen Aufforderungen zur Anwesenheit an die Abgeordneten gerichtet, was nur bei großen politischen Entscheidungen geschieht, in denen es um Sein oder Nichtsein einer Regierung geht. Die Situation hat sich allerdings gegenüber Dezember für die Arbeiterregierung insofern gebessert, als die Konservativen durch innere Wirren infolge der Neugründung der Beaverbrook-Partei im gegenwärtigen Augenblick allen Anlaß haben, Neuwahlen zu meiden.

Die große Aussprache wurde von dem liberalen Abgeordneten Davies eröffnet, der den kritischen Abänderungsantrag der liberalen Partei erläuterte. Ihm antwortete als erster Redner der Arbeiterpartei der junge Bergarbeiter Bevans, der die von der Regierung vorgelegene Produktionsregelung gestützt auf die deutschen Erfahrungen mit dem System der Produktionsquoten verteidigte.

Ting bedroht!

Ein Reichsbruch des Thüringer Fried.

Zu Pfingsten dieses Jahres plant die Heimvolkshochschule Ting die Feier ihres zehnjährigen Bestehens. Der nationalsozialistische Volksbildungsminister von Thüringen, Dr. Fried, scheint aber einen Strich durch die Rechnung machen zu wollen. Die Volkspolizei meldet, ist der vollständige Abbau der Erwachsenenbildung in Thüringen geplant. Damit fällt auch der Tatposten Ting.

Dies bedeutet nicht nur die Streichung eines Postens im Haushaltplan, sondern den Bruch des Auseinandersehungsvertrages zwischen den Staaten, die sich zum Bund Thüringen vereinigt.

Bei dieser „Auseinandersehung“ wurde auch die Stiftung „Volkshochschule Neuh“ (und somit auch die Heimvolkshochschule Ting) verstaatlicht. Dabei ging bedeutender Grundbesitz in Staatseigentum über mit der Verpflichtung, die Schule „im bisherigen Umfang und mit den bisherigen Erziehungs- und Begehrnissen“ weiterzuführen. Ueber den etwaigen Reichsbruch des Ministers Fried muß der Staatsgerichtshof entscheiden.

Großer Waffendiebstahl.

Die Reichswehr läßt sich 38 Maschinengewehre fehlen.

Leipzig, 27. Februar. (Eigenbericht.)

In der Nacht zum 25. Februar sollen aus einem Depot des 11. Infanterieregiments in Leipzig mittels Einbruchs Waffen

gestohlen worden sein. Das Standortkommando Leipzig sowie ähnliche amtlichen Leipziger Stellen hielten sich darüber in Schweigen und meinten lediglich, daß aus der Kaserne des Infanterieregiments Waffen gestohlen wurden, ohne die Zahl anzugeben. Es steht aber fest, daß der Reichswehr nicht weniger als 270 Gewehre und 38 Maschinengewehre, darunter ein schweres, fehlen. Das ist zusammen die Waffenausstattung einer ganzen Kompagnie.

Der Fall, daß einem Regiment in einem solchen Umfang Waffen gestohlen wurden, dürfte wohl kaum eine Parallele haben. Der dreifache Diebstahl kann nur durch eine Missetat von Fahrlässigkeit in der Bewachung der Waffen möglich geworden sein. Man könnte über diesen Diebstahl herzlich lachen, wenn die Sache nicht so furchtbar ernst wäre. Denn wenn die Waffen in die Hände von Bolschewiken gefallen sind, so könnte mit ihnen eine Truppe ausgerüstet werden, die in der Lage wäre, die ganze Stadt Leipzig in ihren wichtigsten Punkten zu beherrschen. Es wird deshalb höchste Zeit, daß die Behörden, insbesondere das Standortkommando Leipzig, sich über diesen Diebstahl positiv äußern.

Berliner Theaterverhältnisse. Am Breußischen Landtag trafen am Donnerstagabend Vertreter der Regierungsparteien zu einer interfraktionellen Sitzung zusammen, in der die Berliner Theaterverhältnisse besprochen wurden. Es wurden eine Reihe von Vorschlägen erörtert, darunter die Anregung, dem Ministerium betreffend Verhandlungen mit der Stadt Berlin zur endgültigen Regelung der Berliner Theaterverhältnisse zu empfehlen. Die Beratungen sollen am Freitagvormittag fortgesetzt werden; am Freitagabend wird sich dann der Hauptausschuß der Angelegenheit annehmen.

Koalition und Personalpolitik.

Interfraktionelle Besprechungen in Preußen.

Das demokratische Berliner Tageblatt veröffentlichte am Donnerstag morgen eine von Ausfällen gegen die Sozialdemokratie strotzende Notiz, die in die nur schlecht verhüllte Drohung auslief, daß die Demokraten bei Nichterfüllung ihrer personalpolitischen Wünsche auf die frei werdenden Oberpräsidien am Freitag den kommunistischen Mißtrauensantrag gegen den Innenminister Orzeszinski direkt oder indirekt unterstützen würden.

Ueber die Wirkung dieses Artikels konnten sich seine Verfasser kaum im unklaren sein. Eine Koalitionspolitik auf der Grundlage derartiger Pressionen — um keinen härteren Ausdruck zu gebrauchen — ist natürlich ein Ding der Unmöglichkeit. Was sollte daraus entstehen, wenn vor jeder wichtigen Abstimmung eine der Koalitionsparteien erklären würde: wir machen nur mit, wenn vorher dieser oder jener unserer Wünsche erfüllt wird? Es könnte dann schließlich dahin kommen, daß eine Partei, die innerhalb der Koalition mit ihren Wünschen nicht durchdringt, sich bei einer außerhalb der Koalition stehenden Partei einen Mißtrauensantrag bestellt, um mit dessen Hilfe ihre Koalitionspartner auf die Knie zu zwingen!

Zentrum und Sozialdemokratie waren sich dann auch einmütig darüber klar, daß den Anfängen einer solchen Politik mit aller Unschicklichkeit entgegengetreten werden müsse. Erfreulicherweise löste sich aber alles in eitel Dunst auf, denn es stellte sich heraus, daß das Berliner Demokratenblatt wieder einmal aus der Reihe getanzt war. Die demokratische Fraktion rühte energisch von den Methoden des „B.L.“ ab und erklärte, daß es ihr niemals in den Sinn gekommen wäre, den kommunistischen Mißtrauensantrag durch Stimmenthaltung oder Abwesenheit zu unterstützen. Wegen der schwebenden Personalfragen wurde eine Einigung dahin erzielt, sie nach der Genesung des erkrankten Innenministers Orzeszinski zum Gegenstand der Erörterung zu machen. Jede Verquickung dieses Gegenstandes mit der Abstimmung über das Mißtrauensvotum wurde abgelehnt.

Bei wiederholten Gelegenheiten hat die demokratische Fraktion des Landtags ihr Bedauern darüber ausgesprochen, daß sie auf die Haltung der hauptstädtischen Presse leider keinerlei Einfluß habe. Alles, was das Berliner Tageblatt erreicht, ist, daß es die demokratische Landtagsfraktion in peinliche Situationen bringt.

Die höchste Instanz.

Das Reichsgericht will die Verurteilung von Groß. — Urteil gegen die Reichsrichter aufgehoben.

Der zweite Strafsenat des Reichsgerichts hat das Urteil des Landgerichts Berlin III aufgehoben, das den Maler George Groß sowie den Verleger Wieland-Hergelbe von der Anklage der Beschimpfung kirchlicher Einrichtungen durch eine Darstellung des Getreidegenossen freigesprochen hatte. Die Sache wurde zur erneuten Feststellung und Urteilsfällung an die Vorinstanz zurückverwiesen.

Das preussische Kammergericht hat das Landgerichts-urteil aufgehoben, durch das die beiden Reichsrichter, Senatspräsident Reichert und Reichsgerichtsrat a. D. Bemer, wegen Beleidigung des Schriftstellers Leopold Schwarzschild verurteilt worden sind. Schwarzschild hatte den Fall Konradowitsch in einem Artikel als „Rechtszeitung“ kritisiert, weswegen ihn die beiden Reichsrichter in einem Artikel der „Rechtszeitung“ einen „rechtsbeugenden Literaten“ genannt hatten. Das Landgericht hatte wegen dieses Ausdrucks auf je 300 Mark Geldstrafe gegen Reichert und Bemer erkannt.

Das Brotgesetz.

Der Reichsrat stimmt zu.

Der Reichsrat genehmigte am Donnerstag abend den von der Reichsregierung vorgelegten Entwurf eines Brotgesetzes und die Mitteilungen des Reichsernährungsministers über die Roggenpreisstützung. Der Reichsfinanzminister wurde ermächtigt, der Getreidehandelsgesellschaft gegenüber bis zu fünfzehn Millionen Reichsmark für Verluste einzustehen, die die Gesellschaft in dem Haushaltsjahr 1929/30 durch die Stützungsaktionen unter Umständen erleidet. Das Brotgesetz sieht drei Brotarten vor: Roggenbrot aus mindestens 95 Proz. Roggenmehl, Weizenbrot aus mindestens 65 Proz. Weizenmehl, ferner Mischbrot. Um für angemessene Preisbildung zu sorgen, wird bestimmt, daß einheitlich im ganzen Reich Brot nur zu festem Gewicht und veränderlichen Preisen gehandelt werden darf. Spezialbrot bleiben zugelassen. Der Reichsrat nahm einige Veränderungen vor. Er will die Regierung ermächtigen, zu bestimmen, was Bodennittel sind, ferner kann auch Weizenbrot nur zu festem Gewicht und veränderlichen Preisen gehandelt werden. Genehmigt wurde ferner das Abkommen über die Anerkennung internationaler Ausstellungen.

Das Schankstättengesetz.

Stellungnahme der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschäftigte sich am Donnerstag in längerer Aussprache mit dem Schankstättengesetz. Man stimmte mit großer Mehrheit den Beschlüssen des Volkswirtschaftlichen Ausschusses zu. Die sozialdemokratischen Mitglieder des Volkswirtschaftlichen Ausschusses erhielten ferner den Auftrag, zu beantragen, daß die Verabreichung von alkoholischen Getränken gegen Borg verboten wird.

Terror im Sejm.

Erregung in Polen.

Warschau, 27. Februar.

Der gestrige Tumult im Hoerensausschuß veranlaßt den sozialistischen „Robotnik“ zu der Feststellung, daß die Abgeordneten des Bisadski-Blocks zu der für Polen tödlichen Waffe des physischen Terrors Zuflucht genommen hätten. Auf Terror könne immer nur mit Terror geantwortet werden.

Die nationaldemokratische „Gazeta Warszawska“ schreibt, daß die polnische Unfähigkeit des Sanierungsregimes und ihre barbarische Regierungsmethode im Lande allgemeinen Hocherregung hätten. Diese unüberlegten Handlungen der Abgeordneten des Regierungsbündes inner- und außerhalb des Sejms müßten als Insinuation des nahe bevorstehenden politischen Todes des Bisadski-Blocks angesehen werden.

Der jüdische „Nah Przeglad“ spricht von einer unruhigen Stimmung im Sejm. Nach den Vorfällen müsse man sich auf eine Reihe Duellen gefaßt machen.

Steigerung der Produktivkräfte.

In Russland werden wegen „nicht genügender Energie“ Spezialisten zum Tode verurteilt.



Stalin: „Ein solches Antriebsmittel hat der Kapitalismus selbst in seinen besten Zeiten nie erfunden!“

Tardieu versucht es noch immer.

Aber ohne günstige Aussichten.

Paris, 27. Februar. (Eigenbericht.)

Am Mittwochabend noch hatte Tardieu den Pressevertretern erklärt, daß die Neubildung des Kabinetts unter den obwaltenden politischen Verhältnissen auf so außerordentliche Schwierigkeiten stoße, daß er kaum vor Sonnabend damit fertig werden könne. Inzwischen aber hat sich die innerpolitische Lage durch die auf Nuancen abgestimmten und doppelstimmigen Resolutionen, die die einzelnen Fraktionen, die seit Mittwoch fast in Permanenz tagen, gefaßt hatten, derartig verschärft und verworren gestaltet, daß nach mathematischer Proportion die Bildung eines Kabinetts eigentlich noch eine Woche länger dauern müßte.

Die einzige Partei neben den Sozialisten, die eine ungewisse und harte Haltung eingenommen hatte, waren die Radikalen, die nach wie vor auf dem Standpunkt beharren, daß sie zwar eine republikanische Konzentration für wünschenswert halten, an ihr aber nicht teilnehmen könnten, wenn Tardieu an ihrer Spitze stünde. Viel weniger eindeutig ist die Haltung der Mittelparteien. Die starke Gruppe der „Radikalen Linken“ (Rougeur-Gruppe) faßte eine Resolution, die lediglich die satonischen Punkte enthält, daß die Gruppe gleichfalls eine Regierung der republikanischen Konzentration erwünsche. Die Resolution besagte aber nichts über die Haltung der Gruppe für den Fall, daß Tardieu ein neues Rechtskabinet bilden würde. Am wenigsten

eindeutig ist die Haltung der sogenannten Franklin-Bouillon-Gruppe, die noch am Dienstag von der Kammertribüne aus verkündet hat, daß sie jede andere Regierung als die einer republikanischen Koalition bekämpfen würde. Heute jedoch scheint es, daß die Gruppe etwas schwankend geworden sei und daß einige ihrer Mitglieder nicht abgeneigt sind, unter Umständen, falls sich durch den Widerstand der Radikalsocialisten die Koalition nicht verwirklichen läßt, auch an einem Rechtskabinet teilzunehmen.

Tardieu selbst legt seine Bemühungen um das Zustandekommen eines Kabinetts mit unermüdetem Eifer fort. Er berichtete am Donnerstag vormittag dem Präsidenten der Republik, mußte sich aber im wesentlichen darauf beschränken, für Freitag nachmittag ein neues Rendezvous zu nehmen, um über die bis dahin erzielten Fortschritte — falls solche zu verzeichnen sein werden — zu berichten. Die Unterredungen, die er mit verschiedenen Führern der Radikalsocialen Partei, darunter auch Herriot und einigen gemäßigten Senatoren hatte, scheinen vollkommen ergebnislos verlaufen zu sein.

Unter diesen Umständen halten es die Skeptiker nicht für unmöglich, daß Tardieu gezwungen sein wird, bereits am Freitag dem Präsidenten der Republik die Mission zur Kabinettsbildung zurückzugeben, es sei denn, er wolle es auf die Bildung einer neuen Rechtsregierung ankommen lassen, die aber wahrscheinlich ebenso wenig eine stabile Majorität wird finden können, als ihre Vorgänger.

Hilfsaktion für China.

Von den Schweizer Sozialisten angeregt.

Bern, 27. Februar. (Eigenbericht.)

Die Zeitung der Sozialistischen Partei beantragte bei dem Exekutivbüro der Internationale eine Intervention beim Völkerverband zur Organisation einer großen Hilfsaktion gegen die Hungersnot in China, wobei die Internationale dem Völkerverband ihre Hilfe zur Verfügung stellen soll. Eine Einladung, ähnliche Interventionen in Genf zu beantragen, erging an den Schweizerischen Bundesrat.

Kein Zollfrieden.

Frankreich will keine Zollbindung.

Genf, 27. Februar. (Eigenbericht.)

Der europäische Zollfrieden wird auf der gegenwärtigen Völkerverbandskonferenz nicht abgeschlossen werden, Frankreich brachte ihn am Donnerstag zu Fall.

Der neue Führer der französischen Delegation Serruns gab im Unterausschuß für den Zollfriedensentwurf die Erklärung ab, daß Frankreich in der gegenwärtigen Situation einem Zollfriedensabkommen nicht beitreten könne. Frankreich könne nicht diejenigen seiner Zölle, die nicht handelsvertraglich festgelegt sind, binden lassen. Das sei bei der Natur der Stoffe, für die diese Zölle in Betracht kommen und aus psychologischen Gründen nicht möglich. Er sehe darum keine Möglichkeit zur Vermittlung eines Zollfriedens.

Die Wirkung dieser Erklärung war um so niederschmetternder, als Frankreich in der Völkerverbandsversammlung im September zusammen mit England und Belgien den Zollfrieden beantragt hatte.

Der Vertreter der Schweiz beantragte sofort Vertagung der Konferenz, wenigstens solange, bis die Delegationen neue Instruktionen von ihren Regierungen hätten. Deutschland verlangte Vertagung der Kommissionsarbeiten und Bericht an die Vollkonferenz, die dann über die Weiterführung der Konferenz im Einverständnis mit den Regierungen entscheiden solle. Nur Holland schloß genötigt, trotz der Absagen Italiens und Frankreichs weiterzuarbeiten.

Die französische Delegation versuchte nachher, die Wirkung der Erklärungen Serruns abzuschwächen. Man wies darauf hin, daß Serruns andere Punkte einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik genannt habe, über die auch Frankreich mit sich reden lasse. In der Tat hatte Serruns nach seiner Abgabe an den Zollfrieden drei Dinge aufgeführt, über die noch Frankreichs Meinung mit der Aussicht auf

praktische Resultate verhandelt werden könnte. Erstens eine Verlängerung der Geltungsdauer vertraglich festgelegter Zölle, zweitens eine Verpflichtung der Staaten, vor einer Erhöhung autonomer, d. h. nicht gebundener Zölle mit den interessierten Staaten zu verhandeln und drittens Garantien für die Anwendung der beiden Zollarten.

Der Unterausschuß hat morgen nachmittag die rein formelle Zustimmung zu einem Antrag des Vorsitzenden Collin zu erteilen, die Arbeiten dieses Ausschusses für einige Tage zu unterbrechen. Inzwischen soll in Privatbesprechungen nach einem Ausweg gesucht werden.

Flämische Universität Genf.

Von der belgischen Kammer beschlossen.

Brüssel, 27. Februar. (Eigenbericht.)

Die Kammer hat mit 154 gegen 10 Stimmen bei 6 Enthaltungen die vollständige Flämisierung der Genfer Universität beschlossen. Der Abstimmung sind wochenlange, zum Teil sehr lebhaft geführte Debatten sowie zahlreiche Auseinandersetzungen in den Fraktionen vorausgegangen. Die sozialistische Fraktion hat gleichfalls für den Entwurf gestimmt.

Mit diesem Beschluß ist der langjährige heftige Kampf der Flamen um die Genfer Universität mit ihrem Sieg beendet. Natürlich ist damit noch nicht die ganze flämische Frage endgültig gelöst. Die nächste Etappe wird wohl der Eröpfung des Mittelschulunterrichts gelten. Aber zunächst ist wohl damit zu rechnen, daß der Sprachenkampf einigermassen zur Ruhe kommt.

Die täglichen Todesurteile.

Sowjetfeindliche Handlungen.

Sowno, den 27. Februar.

Wie aus Moskau gemeldet wird, verurteilte Donnerstag das oberste Gericht der Sowjetunion in Lugański die früheren Großkapitane Michin, Martaw und Sew zum Tode wegen Versuchs sowjetfeindlicher Handlungen. 18 weitere Angeklagte erhielten Gefängnisstrafen von 6 Monaten bis zu 10 Jahren, drei wurden freigesprochen. Das Todesurteil sollte Donnerstag vollstreckt werden.

Aufhebung der Immunität des Komunisten Sumpf. Der Gesetzgebungsausschuß des höchsten Landtags befaßte sich am Donnerstag mit dem Antrag der Regierung, die Immunität des kommunistischen Abgeordneten Sumpf wegen der Beteiligung an den Vorgängen in den Opeiwerken aufzuheben. Der Ausschuss genehmigte einstimmig die Aufhebung der Immunität, so daß der Strafverfahren wegen Beteiligung am Landfriedensbruch nichts im Wege steht, da die Genehmigung des Plenums nicht zweifelhaft ist.

Die preussische Polizei.

Die Staatsberatung im Landtag.

Am Donnerstag im Preussischen Landtag fortgesetzte Aussprache über den Abschnitt Polizei und Landjagd beim Etat des Ministeriums des Innern beantworteten Regierungsvertreter zunächst einige Große Anfragen.

Eine Anfrage der Deutschnationalen wird dahin beantwortet, daß der Oberpräsident in Breslau eine Umfrage nach den in der Provinz Niederschlesien vertretenen politischen Vereinen pflichtgemäß veranlaßt hat, um sich über die politischen Bewegungen seines Amtsbezirks zu unterrichten.

Auf die Anfrage der Kommunisten über das Verhalten der Polizei anlässlich der Bestattung der Arbeiter Reumann und Kabisch-Wegler wird mitgeteilt, daß alle darin behaupteten Uebertretungen der Polizei den Tatsachen nicht entsprechen. — In demselben Sinne wird auch eine deutschnationale Anfrage über das Verhalten der Polizei in Neumünster bei dem Demonstrationen gegen die holländische Landeute beantwortet.

Eine weitere Anfrage der Kommunisten über die Durchführung der Beschlagnahme des Vermögens des Roten Frontkämpfer-Bundes wird dahin beantwortet, daß nach § 18 des Vermögensgesetzes sich die Beschlagnahme auf sämtliche Vermögensstücke und Vermögensrechte der aufgelösten Vereinigung und ihrer Dr.-Gruppen erstrecken und zu Recht erfolgt seien. Der Ablauf des Vermögensgesetzes sei auf die zur Zeit seiner Geltungdauer erlassene Beschlagnahme ohne Einfluß.

In der fortgesetzten Aussprache hat Abg. Bork (Dnat.) größere Sparbarkeit bei der Polizei für notwendig. Die bei der letzten Kommunalwahl in Berlin in Polizeikammern abgegebenen kommunistischen und vor allem sozialdemokratischen Stimmen zeigen, daß der gute Geist der Polizei im Abnehmen sei. Der Konflikt Heimannsberg-Weiß im Berliner Polizeipräsidium zeige, daß eine Polizeigruppe fast in der Hand des Führers sein muß. Heimannsberg habe inzwischen eingesehen, daß er sich als Kommandeur nicht von Zivilbeamten hinsetzen lassen könne. Der Schuldige sei der Polizeipräsident Dr. Weiß, der entfernt werden müsse.

Abg. Siller (Z.) erklärt, daß das Empfinden christlicher Volkstreu durch Freidenker und Kommunisten verletzt wurde. Hier hätte die Polizei die Pflicht, auch ohne Protest sofort einzuschreiten. Die Polizeibeamten hätten im vergangenen Jahr ihre Pflicht treu erfüllt, und es sei bedauerlich, daß nicht nur kommunistische Zeitungen, sondern auch demokratische Blätter die maßlose Kritik an der Polizei zu einem Reflektieren ausarten lassen. Das treffe insbesondere auf den Fall Heimannsberg-Weiß zu. Der zunehmenden Zerfahrenheit der Kommunisten und Nationalsozialisten in der Polizei müsse entgegengetreten werden.

Staatssekretär Dr. Wegg

betont, daß das Zustand unferer Polizei mehr rühmt als das Ausland. Gelegentliche Mißgriffe seien nicht zu vermeiden, solange die Polizei aus Menschen bestehe und durch das Treiben der radikalen Gruppen dauernd überlastet ist.

Aren und Geist der Polizei seien gesund, und die Staatsregierung könne den Beamten ihren Dank für treue Pflichterfüllung aussprechen.

Wiederholte Polizeibeamte nach den Angaben des Abg. Bork marktlich gemüht hätten, sei nicht zuzulassen. Die Behauptung des Abg. Bork, daß die Polizei eine militärische Truppe sei und daß es

sich im Konflikt Heimannsberg-Weiß um einen Kampf zwischen dem militärischen und zivilen System handele, sei von der Parlamentariertribüne herab gefährlich. (Lebhafte Zustimmung bei den Regierungsparteien.) Diese Behauptungen seien nicht einmal zutreffend. Es gebe nur ein polizeiliches System, das ein ziviles ist. Persönliche Reibungen seien bei einer großen Behörde unvermeidlich. Die Tatsache, daß die Polizei von rechts und links angegriffen wird, sei ein Beweis für ihre Neutralität. Vor allem sollten sich die radikalen Gruppen unter ihrem Schutz, wie es sich beim letzten Rotfrontkämpferkongress gezeigt hat, als die radikale Rechte den Schutz der Polizei erbat. Die Erziehung zum republikanischen Geist sei das natürliche Bestreben der republikanischen Regierung.

Abg. Kasper (Komm.) erhält einen Ordnungsruf, als er von dem Vögel- und Verleumdungsflug des Papstes gegen den teuflichen Bolschewismus spricht. Auch der Demokrat Falk habe die Kommunisten verurteilt (zweiter Ordnungsruf) als er auf die in Köln habe der Pöbel 1918 unter dem Arbeiter und Sozialrat geschrien. Dem Polizeibeamten werde von ihren Vorgesetzten schärfstes Borgehen die Arbeiterschaft eingepaukt.

Abg. Merentzin (DZP) erklärt, daß die öffentlichen Aufgaben noch nicht so seien, daß auf Anwendung der Waffen und auf präventive Zusammenfassung der Polizei verzichtet werden könne. Jeder werde die Polizei noch viel zu viel durch Unzügigkeit und Demonstrationen der radikalen Verbände in Anspruch genommen. Darunter leide der Sicherheitszustand im Lande. Die Kriminalpolizei müsse reformiert werden.

Abg. Barteld (Dem.) führt die großen Aufgaben für die Polizei auf die starke Anwartschaften derselben durch die Ausschreitungen der radikalen Organisationen zurück.

Die Polizei sollte ungeachtet der schweren Aufgabe nicht so abfällig kritisiert werden, denn sie habe die Grundlage des preussischen Staates gebildet.

Bei der Befehung der Polizeistellen dürfen parteipolitische Ermächtigungen keine Rolle spielen, aber die Polizei müsse politisch zum Staate eingestellt sein. In dieser Hinsicht dürfe jetzt die Polizei als zweckmäßig betrachtet werden.

Abg. Meck (DZP) erkennt an, daß die Polizei im Rahmen des Möglichen für Ruhe und Ordnung eingetreten sei. Sie dürfe sich aber nicht auf eine Beschränkung beschränken. Am 1. Mai sei in Berlin der Kommandeur Heimannsberg durch die Kommunisten überfallen worden. Bei der Aufdeckung der Kapitalverbrechen sei die Kriminalpolizei offenbar nicht auf der Höhe.

Hierauf wird die Beratung abgebrochen und auf Freitag 12 Uhr vertagt. Außerdem stehen auf der Tagesordnung: Abstimmung über das kommunistische Mißtrauensvotum gegen den Innenminister und Abstimmungen über die zum Landwirtschaftssetz gestellten Anträge.

Hugenberg's Reichsausschluß veröffentlicht eine neue geschwollene Erklärung gegen den Young-Plan, die den Wunsch erkennen läßt, aus der Verzögerung der Verabschiedung Kapitel für die Opposition der Hilfer, Hugenberg und Sedde zu schlagen.

Deutsche Siedler in Bosnien haben 4640 Dinar für die deutsch-russischen Auswanderer gesammelt.

Beitrugsanfrage gegen Streicher.

Sakentruyer untereinander.

München, 27. Februar. (Eigenbericht.)

Innerhalb der Nazigruppe Nürnberg bekämpfen sich seit langem zwei Richtungen, was nun zu einer interessanten Gerichtsverhandlung führt. Die eine Clique hat es vor allem auf die „Erbildung“ des Landtagsabgeordneten Streicher abgesehen, den sie jetzt beim Staatsanwalt wegen versuchten und vollendeten Betrugs angezeigt hat. Die Vernehmung der Beschuldigten und der Zeugen hat inzwischen zur Anklageerhebung geführt und der Geschäftsordnungsanspruch des Landtags hat bereits seine Einwilligung zur Strafverfolgung des Nazihauptlings gegeben. Es handelt sich um Tatsachen, die auf den sogenannten Reichsparteitag der Nationalsozialisten im Jahre 1927 in Nürnberg zurückzuführen sind. Nach der Anklage hat Streicher und ein gewisser Kiegräbe der nationalsozialistischen Ortsgruppe Nürnberg 450 M. dadurch verschafft, daß sie dem Hauptkassierer der Partei eine Abrechnung über 500 M. für bezogenes Föhnmaterial vorlegten, die sie auch nach Abzug von 10 Proz. ausgezahlt erhielten. In Wirklichkeit wurde das Föhnmaterial aber gar nicht bezogen. Im zweiten Falle unterbrachte ein gewisser Grabl dem Hauptkassierer den Schuldschein einer Firma ebenfalls über 500 Mark und verlangte dringend Bezahlung. Dieser Schuldschein war von Streicher unterzeichnet. Der Kassierer war aber so schlau, diesen Schuldschein nicht einzulösen und die Firma nahm denselben anstandslos zurück. Die Anklage gegen Streicher enthält aber auch noch eine Reihe anderer Vorwürfe, u. a. wird behauptet, daß die Nürnberger Nazigruppe im Haushaltsjahr 1926/27 38000 M. angenommen habe. Streicher, als der Vorsitzende, habe aber dieses Geld zur persönlichen Bereicherung einiger Führerpersönlichkeiten verwendet und wolgere sich harnächtlich, ordnungsmäßig Rechnung abzulegen.

Aus der Partei.

Deutsche Sozialistische Gruppe in Paris.

Diese deutsche Genossen, die studien- oder ortsunabhängig nach Paris reisen, fragen bei uns an, wie sie in Frankreich Anschluss an parteigenössliche Kreise finden könnten. Es sei deshalb zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß, wie in der Vorkriegszeit, neuerdings wieder eine „Deutsche Sozialistische Gruppe“ tätig ist, die unter Leitung deutscher Genossen steht und mit der französischen Bruderpartei in engster Fühlung steht. Diese Gruppe tagt jeden Sonnabend abend im Parteilokal des 15. Pariser Bezirks, 83 rue Mademoiselle. Zuschriften und Anfragen wären zu richten an Genossen Dr. E. Lion, 104 avenue de Belleville, Paris XVI.

(Gewerkschaftliches siehe 3. Beilage.)

Verantwortlich für Inhalt: Dr. Carl Geers; Schriftf. G. Hoffmann; Redaktions- u. Geschäftsvermittlung: J. Schuler; Redaktion: Dr. John Schömann; Kassen- und Buchführung: Fritz Kahlert; Anzeigen: Th. Meißner; (amtlich in Berlin, Berlin: Karmarsch-Berlin G. m. b. H. Berlin: Druck: Gornemann-Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin 68, Unter den Eichen 2. Platz 3 Beilage, „Unterhaltung und Wissen“ und „Stadtblätter“.

WERTHEIM

Leipziger Str. (Versand-Abt.) Königstraße Rosenthaler Str. Moritzplatz
Preise für Freitag u. Sonnabend, soweit Vorrat, Mengenangabe vorbehalten.
Fleisch, Fische, Geflügel, Obst und Gemüse werden nicht zugesandt.

Billige Lebensmittel

Frisch.Fleisch		Geflügel, Wild	
Rinderkamm Pfd. 0.86	Rinderbrust Pfd. 0.86	Quorippe 0.84 Gulasch 0.95	Schmorfleisch
Knochen 1.10	Roastbeef 1.10	Rindarzunge Pfd. 1.20	Kalbskamm Pfd. 0.86
Kalbsbrust Pfd. 0.86	Kalbsnierenbrat. 0.95	Kalbskeule Pfd. 1.05	Kalbsschnittel Pfd. 2.10
Gehacktes Pfd. 0.85	Lieser Pfd. 0.85	Schweinerücken 1.16	Schweineschink. 1.24
Hammel-Vorderfl. 1.04	Kabier mild gewaschen 1.26	Pa. Nierentaig 0.50	Prima Ochsenfleisch
Rinderkamm 0.86	Räucherwaren	Büchlinge 0.25	Flundern Pfd. 0.30
Eücklinge Kiefer Pfd. 0.42	Sprotten Pfd. 0.42	Fleckheringe Pfd. 0.42	Rogen Pfd. 0.45
Aale Pfd. 2.90	Lachs Pfd. 1.25	Gänse 0.70	Tauben 0.85
Puten 0.99	Wolgahühner 1.10	Suppenhühner 1.25	Enten Pfd. 1.25
Schneehühner 1.65	Hasen 0.95	10 Eier von 0.56	Wurstwaren
Sülze 0.75	Dampf- u. Rotw. 1.00	Fleischwurst Pfd. 1.20	Brühpolnische Pfd. 1.20
Hausm. Leberw. 1.25	Jagdwurst Pfd. 1.45	Mettwurst 1.45	Bierwurst 1.50
Filetwurst Pfd. 1.70	Schinkenwurst Pfd. 1.70	Leberwurst 1.80	Toswurst Pfd. 1.80
Zervelat u. Salami 1.80	Speck 1.20	Schinkenspeck Pfd. 1.90	Speckwurst Pfd. 0.95
Berl. Mettwurst 1.20	Po n. Wurst Pfd. 1.45	Konserven	Bruch- u. Schnittbohnen 0.60
Bruch- u. Schnittbohnen I 0.80	Kartoffeln 0.38	Teltower Rübchen 0.90	Spinat 0.55
Rosenkohl 0.95	Gemüse-Erbisen 0.55	Junge Erbsen 1.20	Kaiserschoten 1.65
Leipziger Allerlei 0.85	Gemisch. Gemüse 1.10	Bruch-Spargel 3.00	Kornitüre 1/2 Eimer
Viertracht-Marm. 0.75	Pflaumen 0.92	Orange 1.10	Aprikose 1.15
Kirsch 1.30	Erdbeer 1.40	Kolonialwaren	Sultaninen Pfd. 0.38
Rosinen Pfd. 0.48	Korinthen Pfd. 0.50	Mandeln Pfd. 1.90	Zitronat Pfd. 1.40
Wein	Johannisbeerwein 0.80	1928 Wöllsteiner 0.80	1928 Hainfelder Letten 0.95
1928 Nitteler 1.10	1926 San Justo 1.40	1927 Aitenbamberger Laurentiusberg 1.40	Gold-Malaga 1.40
1927 Liebiräumlich 1.90	Special Cuvée 4.00	Empfehlenswerte Naturgetränke:	1928 Dörkheimer Feuerberg 1.10
1922 Chät. La Grolet 1.30	1928 Maikammerer Schlangengässel 1.50	1920 Beaujolais Supérieur 2.00	1926 Sauternes 2.15

Fische		Obst, Gemüse	
Bratschollen Pfd. 0.12	Dorsch Pfd. 0.18	Kabeljau Pfd. 0.20	Filet von Kabeljau Pfd. 0.36
Grüne Heringe Pfd. 0.35	Zander Pfd. 0.65	Spiegel-Karpfen lebend, Pfd. von 1.15	Käse u. Fette
Camembert 0.55	Limburger 0.42	Tilsiter Art 0.72	Edamer 0.75
Schweizer Käse 0.88	Steinbuscher 0.88	Münster Art 0.98	Tilsiter vollk. 0.95
Schweizer Käse 1.28	Margarine 0.50	Kokosfett Pfd. 0.50	Schmalz Pfd. 0.65
Molkerer-Butter 1.64	Tafelbutter 1.72	la Dän. Butter billigst	Tee-Mischung Ceylon II China Ceylon 1.20 1.70 1.85
Gebrannter Kaffee 1.30	Obst, Gemüse	Blutorangen 7.50	Eß- u. Kochäpfel 0.20
Krimäpfel Pfd. 0.38	Kalif. Äpfel Pfd. 0.45	Apfelsinen Duz. 0.75	Madlobst, Duzend 0.75
Zitronen Duz. 0.50	Bananen 2 Pfd. 0.85	Blumenkohl 0.30	Weißkohl 5 Pf.
Möhren gewaschen 3 Pf.	Rote Rüben 20 Pf.	Rotkohl Pfd. 0.10	Sellerie Pfd. 0.10
Schwarzwurzeln 0.22	Rosenkohl Pfd. 0.30	Algierkartoffeln 0.48	Schokolade
Volmilch-Schok. 0.70	Relief-Schokol. 1.20	Apfelpasteten Pfd. 1.30	Mandelschnitte Pfd. 1.30

Haushalt-Artikel		Jeden Freitag u. Sonnabend billige Stoff-Reste u. Abschnitte	
Kernseife 0.14	Leinwandseife 3.25	Polnermarse 0.50	Stahlsphäre 0.85
Seifensocken Pfd. 0.75	Stärke 0.28	Kohlensäure-Essig 1.20	Stück 11.00

Jeden Freitag u. Sonnabend billige Stoff-Reste u. Abschnitte

Gorge um Erwerbslose.

Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung.

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung hatte gestern wieder eine Erwerbslosendebatte. Anträge verschiedener Fraktionen, auch der sozialdemokratischen, kamen aus dem Ausschuss zurück. Nationalsozialisten und Kommunisten suchten einander zu überbieten in demagogischen Reden, mit denen sie sich den Erwerbslosen empfehlen zu können meinten. Der sozialdemokratische Redner, Genosse Siegle, sagte ihnen, das nationalsozialistisch-kommunistische Getöse über die Erwerbslosen sei fauler Zauber. In der vorigen Stadtverordnetenversammlung hatten Kommunisten und Nationalsozialisten versucht, dem Magistrat die Beschaffung von 45 Millionen Mark für dringende Ausgaben unmöglich zu machen. Hiermit hätten sie, wenn ihnen das gelungen wäre, auch die Beschaffung von Arbeit erschwert. Sie fordern Maßnahmen zur Bekämpfung des Arbeitslosenleids, haben aber jene Maßnahmen zur Mittelbeschaffung verweigert! Gestern wurden die Beschlüsse des Ausschusses für die Erwerbslosen angenommen.

Die Einführung der unbefoldeten Stadträte ging glatt von statten. Es waren die Sozialdemokraten Frau Wegl, Genosse Ahrens und Ortman, der Demokrat Kaj, der Volksparteiler Jursch, der Wirtschaftsparteiler Richter, die Deutschnationalen Dr. Glaser und Lingweiler und die Kommunisten Beg und Radde. Unter den Stadträtern, die noch nicht vereidigt waren, besand sich auch der Kommunist Leh, der fromm und wieder den Eid ablegte und später dann die Schwürmeise seiner (bürgerlichen) Magistratskollegen entgegennahm. Ein Protestantrag gegen die Nichtbefähigung der beiden kommunistischen Stadtratskandidaten Sange-Kautzsch und Fröhlich wurden gegen die Stimmen der kommunistischen Fraktion und der Nationalsozialisten abgelehnt.

In Erledigung der umfangreichen Tagesordnung wurden eine Anzahl Anträge der verschiedenen Fraktionen, die sich mit der Erwerbslosigkeit befassen, behandelt. Darunter befand sich auch ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, der aus Anlaß bestimmter Beurlaubungen verlangt, daß

Entlassungen städtischer Angestellter

nur bei Beobachtung der tariflichen Bestimmungen und auch dann nur vorzunehmen sind, wenn nachweislich Arbeitsmangel vorliegt. In Stelle der Entlassenen dürfen sofortverständlich nicht andere Personen eingestellt werden, auch fallen Wohlfahrtsvermerkmale nicht mehr in Angelegenheiten berücksichtigt werden. Als Berichterstatter des nachstehenden Ausschusses sprach Genosse Ulrich Hülle, wie sie tatsächlich in der städtischen Verwaltung vorliefen. So sind zum Beispiel diese Kilometer neue Straßen in neuerschlossenen Gegenden erbaut worden. Für diese neuen Straßen sind aber neue Straßenreinerträge nicht nur nicht eingestellt worden, sondern der Stamm der Straßenreinerträge wurde abgebaut. Dafür ließ man die Straßen von Wohlfahrtsvermerkslosen reinigen, wie man auch freigebliebenen Schmutzgeräten mit Wohlfahrtsvermerkslosen betriebe. An der Debatte nahmen besonders die Vertreter der Nationalsozialisten und der Kommunisten sehr allgemein gehaltenen Reden; man übertrug sich in Arbeiterfreundlichkeit und Herr Wisenrath von den Kommunisten nannte den Direktor der Berliner Verkehrsgesellschaft Genossen Probst, einen Korruptzionisten, der die Arbeiter betrüge. Am 6. März würden die Erwerbslosen trotz Demonstrationsergebnis demonstrieren!

Genosse Siegle stellte gegenüber den Nationalsozialisten und Kommunisten fest, daß gerade diese beiden Parteien die Zustimmung zu der 45-Millionen-Mark-Anleihe, die eine fühlbare Besehung resp. Fortführung der Bauarbeiten bedroht hätte, verweigert hätten. Für die Arbeiterfeindlichkeit der Kommunisten spricht auch folgender Vorgang: Die Ortskrankenkasse Berlin wollte in der Köpenicker Straße einen Bau im Werte von 3 Millionen aufzuführen, der also auf lange Zeit vielen hundertern Arbeitern Lohn und Brot gebracht hätte. Den bei dem Projekt an die Stadt zu zahlenden Beitrag von einhunderttausend Mark für Strafbemühungen, erklärte der Kommunist Bänisch im Ausschuss für zu niedrig, die Krankenkasse

könnte mehr zahlen, sie sei kein gemeinnütziges Institut! (Zurück bei den Kommunisten: Sehr richtig! schon lange nicht mehr!) Diese verrückte Stellungnahme des Stadtverordneten Bänisch, der Berufsbeamter im Arbeitsamt Süd ist (!), verhinderte das Zustandekommen des Krankenkassenbaus, so daß also nicht nur die Kasse, sondern vor allem auch die Erwerbslosen geschädigt sind. So sieht die Erwerbslosenfreundlichkeit der Kommunisten aus! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Genosse Siegle verbreitete sich dann in längeren Ausführungen zu den vorliegenden Anträgen und legte die Stellung der Sozialdemokratie dar. Zu der Forderung der Einführung der 40-Stunden-Woche bemerkte der Redner, daß das in erster Linie eine Angelegenheit der

Organisation der Arbeitnehmer sei. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. — Bärm bei den Kommunisten.) Zudem sei das eine politische Frage, die im Reichstag und darüber hinaus international zu lösen sei. Dabei dürfe man allerdings ebenförmig auf die Hilfe der bürgerlichen Parteien wie auf die der Kommunisten rechnen. Verlogen sei auch der Antrag der Nationalsozialisten auf Sicherung der Arbeitsnachweise. Wer zieht denn, frage Genosse Siegle, randalierend und zerstörend durch die Straßen Berlins? Doch nur die Nationalsozialisten und ihr Anhang. Gegenüber Behauptungen des Kommunisten Wisenrath betonte Genosse Siegle, daß unvorhergesehene Überstunden bei den Gas- und Elektrizitätswerken stets abgegolten werden, so daß am Schluß der Woche nicht mehr als die tarifliche Arbeitszeit herauskommt. Die Sozialdemokraten werden dem größten Teil der Ausschussbeschlüsse zustimmen. Der eingangs erwähnte Antrag der Sozialdemokraten wurde mit einem Zusatzantrag der Volkspartei angenommen: ein Antrag der Volkspartei, den Erwerbslosen ermäßigte Fahrpreise auf den städtischen Verkehrs- und Verkehrsvereinen zu gewähren, wurde zur Verhandlung an Magistrat und Verkehrsvereine verwiesen. Eine Anzahl weiterer Ausschussbeschlüsse wurden teils abgelehnt, teils angenommen.

Berlinerinnen für Buenos Aires.

Die Polizei darf niemand zurückhalten.

Auf dem Lehrter Bahnhof kam es kürzlich bei der Abfahrt des um 11.21 Uhr nach Hamburg gehenden D-Zuges zu stürmischen Kämpfen. Auf dem Bahnhof hatten sich die Angehörigen von 12 jungen Mädchen eingefunden, die von einer Unternehmerin engagiert worden waren, um in Südamerika als Tänzerinnen aufzutreten. Von einigen Verwandten wurde die Unternehmerin beschimpft und es kam schließlich zu Prügeleien, so daß die Polizei eingreifen mußte.

Wie wir hierzu erfahren, handelt es sich um eine Langtournee, die von einer Frau Schmeling, wohnhaft Berlin, Dankschloß, zusammengestellt worden ist. Frau Schmeling hatte 12 junge Mädchen im Alter von 21 bis 25 Jahren engagiert und mit ihnen einen sogenannten Toppennistiebertvertrag abgeschlossen. Dieser Vertrag, der sich außerordentlich streng an die Vorschriften der Internationalen Artistenloge hält, verpflichtet die Mitglieder der Tournée zu Tanzvorführungen in Südamerika. Frau Schmeling hat in den letzten Jahren von sich reden gemacht und es ist zwischen ihr und ihren Angestellten in Südamerika wiederholt zu außerordentlich scharfen Auseinandersetzungen gekommen, bei denen auch die deutschen Auslandsvertreter schließlich eingreifen mußten. Wiederholt haben die Mädchen, die sich ihr verpflichtet hatten, die Troupe fluchtartig verlassen, wobei sie ihre Hochzeitskleider in Stich lassen wußten, die von der Unternehmerin zum Ausgleich ihrer Forderungen beschlagnahmt worden waren. Gestern gelang es nach heftigen Auseinandersetzungen, zwei der Mädchen von der abenteuerlichen Tournée zurückzuhalten.

Wie wir von der Internationalen Artistenloge weiter erfahren, sieht man dort die in den letzten Jahren häufig geordneten Tournée von Tanzmädchen nach Südamerika, Spanien und dem Balkan außerordentlich ungern, weil dank der räumlichen Entfernungen und den sehr verschiedenen gearteten Gesetzen der einzelnen Länder eine Kontrolle dieser Unternehmungen fast unmöglich ist. Man hat, um wenigstens die Dinge nicht auf die Spitze treiben zu lassen, es durchgesetzt, daß bei den Engagements von Minderjährigen durch derartige Truppenscheits des Polizeipräsidium die Internationale Artistenloge grundsätzlich anhöret, da dieser weitverbreiteten Organisation derartige Unternehmen gewöhnlich genau bekannt sind. In allen Fällen, in denen die Dinge nicht absolut klar liegen und der Ruf des Unternehmens nicht volle Garantie gibt, empfiehlt die Internationale Artistenloge dem Polizeipräsidium, Minderjährigen die Genehmigung zum Engagementsabschluss und zur Ausreise zu verweigern. Dagegen sind alle Behörden machtlos, sobald es sich um Vertragsabschlüsse

mit großjährigen Mädchen handelt. Diese Reisen nach Südamerika bilden jedoch für die Teilnehmer immer eine gewisse Gefahr, denn eine Anzahl Affären, die der Internationalen Artistenloge bekannt sind, zeigen immer wieder, daß die ersten zwei oder drei Engagements nach Südamerika oder dem Balkan wohl in Theater oder Cafés geklärt werden, daß aber dann die Troupe häufig gezwungen wird, in Freudenhäusern aufzutreten. Auch die finanziellen Erfolge sind recht unregelmäßig, da die Mädchen in Berlin vertraglich zugesichert und auch eingehalten werden, in Berlin zwar sehr hoch erscheinen, an Ort und Stelle aber zusammenschrumpfen, da die Lebensverhältnisse im Ausland selbstverständlich ganz andere sind als in Berlin.

Hamburg, 27. Februar.

Die Polizeibehörde Hamburg teilt mit: Nach einer heute morgen auf Grund von Berliner Presseentdeckungen veröffentlichten Zeitungsnachricht sollen Berliner Künstlerinnen vergeblich versucht haben, junge Mädchen, die von einer südamerikanischen Agentur für Varietéunternehmern in Buenos Aires engagiert waren, von der Ausreise über Hamburg abzuhalten, da der Zweck des Unternehmens keineswegs einwandfrei ersahene und auch die Mädchen den Inhalt der Verträge nicht einmal kennen sollten. Die hamburgische Kriminalpolizei hat sich mit der Angelegenheit befaßt und stellt folgendes fest:

Zwölf Künstlerinnen, die in erstklassigen Berliner Häusern bereits aufgetreten sind, sind von einer Unternehmerin, die seit Jahren Mitglied der Internationalen Artistenloge ist, auf mehrere Monate für das Lokal Bombardier in Buenos Aires verpflichtet worden. Für den Fall, daß das Engagement nicht verlängert werden soll, ist freigegeben; gefordert. Die Verträge haben der Polizei vorgelegen. Auch ist nachgewiesen, daß für die Troupe in besten Berliner Geschäften wertvolle Tanzkostüme angekauft wurden. Die Troupe hat heute nachmittags gegen 14 Uhr die Ausreise mit dem französischen Dampfer „Cubée“ angetreten. Die Pässe usw. waren restlos in Ordnung. Die Künstlerinnen befinden sich in einem Alter zwischen 22 und 34 Jahren. Die Polizeibehörde Hamburg legt Wert darauf zu betonen, daß wie in vielen anderen früheren Fällen von Anfang an kein Anlaß zur Bauernruhigung des Publikums vorgelegen hat. Angesichts der Sicherheitsmaßnahmen ist es völlig ausgeschlossen, daß irgendeine Person gegen ihren Willen ins Ausland gelangen kann. Die hier in Betracht kommenden Künstlerinnen waren sämtlich über den Inhalt der Verträge informiert.

Alaxio Axevodo Ein brasilianischer Mietshaus

„Da geht sie also dahin?“
„Bewahre, ich glaube, nichts in der Welt könnte sie dahin bringen — Rita ist ein Stückchen vom Kopf bis zur Sohle.“
„Ich verstehe gar nicht, daß sie sich noch nie richtig vertragen haben“, bemerkte Ze Carlos, und Jeronymo hörte zerstreut zu und starrte auf den Tisch.
„Mir scheint, wir können uns beeilen und genau so gut die Sache heute nacht erledigen“, bemerkte Patoca, als spräche er des Steinbrechers geheime Gedanken aus.
„Ich möchte schon gern, aber ich fürchte, ich bin noch reichlich schwach“, erwiderte letzterer.
„Aber deine Keule ist stark genug. Und bedenke, wir sind doch auch dabei. Wenn du Lust hast kannst du zu Hause bleiben und die ganze Sache uns überlassen.“
„Rein, das nicht“, sagte Jeronymo und schlug auf den Tisch. „Ich löffe die Suppe, die ich mir eingebrockt habe, allein aus.“
„Mir ist es auch recht, daß wir es heute abmachen“, mischte sich Ze Carlos ein. „Verschiebe nie auf morgen, was du heute kannst besorgen.“
„Mich juckt es, loszuliegen“, fügte Patoca hinzu.
„Schön, also heute“, entschied Jeronymo. „Das Geld liegt zu Hause bereit. Bierzig pro Kopf. Nach der Tat wird es ausbezahlt. Und dann begießen wir die Sache mit gutem Wein.“
„Und wann treffen wir uns?“ fragte Ze Carlos.
„Sobald es dunkel ist. Und hier.“
„Mit Gottes Hilfe wird heute nacht alles erledigt sein.“
Patoca zündete sich seine Pfeife an, und die drei unterhielten sich jetzt angeregt über die Senfation, welche die Ausführung ihres Planes zweifellos hervorrufen würde. Was für ein Gesicht würde der Rusatte wohl machen, wenn er drei Männern mit Keulen gegenüberstände — da würde es ihm klar werden, wie tief sein Stolz mit dem Kaffermesser gegangen war.
Zwei Arbeiter in Hemdsärmeln traten ein, und die

Berichtswörter zogen sich zurück. Jeronymo steckte sich an Patocas Pfeife eine Zigarette an und ging, nachdem er seine Gefährten noch einmal an Zeit und Ort erinnert und das Geld für die Getränke auf den Tisch gelegt hatte. Er kehrte direkt nach Hause zurück.

„Du solltest nicht sooft in der Sonne umherlaufen“, warf ihm Patoca vor, als er eintrat.
„Aber der Doktor hat mir doch gesagt, ich soll mir so viel Bewegung verschaffen, wie ich vertragen kann.“

Er war jedoch sehr müde, warf sich aufs Bett und schlief augenblicklich ein. Seine treuzorgende Gattin scheuchte die Pfleger von ihm fort und bedeckte sein Gesicht mit einem Stück Gaze, das sie immer benutzte, um die frisch gemachte Wäsche auf dem Weg zu den Kunden zuzudecken. Dann ging sie auf Zehenspitzen aus dem Zimmer hinaus und schloß leise die Tür.

Zwei Stunden später sah Jeronymo ein kräftiges Essen mit einer Flasche Wein, dann setzte er sich vor die Tür und unterhielt sich mit Patoca. Später bildeten sie mit Rita und der Familie Nachona eine Gruppe. Es war Sonntag, die Hausbewohner nahmen ihren einzigen freien Tag nach Kräften aus, und nach der öden Langeweile des Krankenhauses kam Sao Romao dem Refrakolenzenten ganz besonders heiter und anheimelnd vor.

Die Männer rauchten und unterhielten sich; die Frauen säugten unbedungen auf dem Hof ihre Babys; die Kinder rannten herum und spielten, und die Popogegen konkurrierten in gesanglichen Darbietungen mit den Musikern. Augusta schritt feierlich umher, als könne sie es nicht abwarten, den ininteressierten Nachbarn zu verkünden, daß Alexandre in ein paar kurzen Monaten wieder Vaterfreunden bevorstünde. Auf dem Arm trug sie den letzten Segen, der dem müdigen Paar gesendet worden war. Albino sah vor sich keinen Ruhm und beschloß sich intensiv damit, Streichholzschachteln zu zerpfücken und aus den Teilschen ein Moosbild auf ein vierediges Stück Pappe zu leimen.

Oben an Mirandas Fenster stand Joao Romao neben Zulmira, die sich damit amüsierte, den Hühnern über die Rauer hin Brotkrumen zuzuworfen. Der Sudifer trug einen arauen Wollanzug und eine hypermoderne Krawatte und fühlte sich augenscheinlich in einer Umgebung, die ihn noch vor kurzem mit Schreden erfüllt hatte, durchaus wohl. Wenn sie sich unterhielten, sahste Mirandas Tochter und senkte die Augen, während Joao Romao ab und zu einen Blick über

die Miefkassern schweiften sich, als verachtete er deren Bewohner, die arbeiteten, um ihn zu bereichern, die wie das liebe Vieh herdenweise zusammenhaufen und Tag für Tag ohne andere Ideale als zu essen, zu schlafen und zu existieren, schufteten.

Bei Anbruch der Dämmerung ging Jeronymo wie verabredet zu Pepes Taverna. Die anderen waren bereits zur Stelle, aber unglücklicherweise konnten sie sich nicht ungestört unterhalten, weil das Lokal überfüllt war. Sie steckten also die Köpfe zusammen und stützten über ihren Parats hinweg.

„Und die Keulen, wo sind die?“ fragte der Steinbrecher.
„Da, bei den Fassern“, erwiderte Patoca und zeigte auf ein längliches Paket an der Wand.

„Ich meinte, es sei besser, sie nicht allzu lang zu nehmen; sie sind ungefähr so“, und er zeigte auf eine Stelle an der Wand in Brusthöhe. „Haben eine ausgezeichnete Form.“

„Quil“ meinte Jeronymo und trank seinen letzten Schluck Schnaps. „Und was tun wir jetzt? Es ist wohl noch früh für Biergüsse?“

„Ja, es ist noch früh“, bestätigte Patoca. „Wir können ja noch ein bißchen hierbleiben und dann hinübergucken. Da gehe ins Lokal und ihr zwei wartet draußen an einer verabredeten Stelle. Wenn er nicht da ist, komm ich gleich wieder raus. Wenn ich ihn finde, werde ich versuchen, ins Gespräch mit ihm zu kommen, eine Art Streit vom Zaun brechen und ihn mit hinauszuwickeln, um die Sache draußen auszufäulen. Dann könnt ihr dazukommen, und das Ende des Halunken ist gemiß.“

„Bravo!“ applaudierte Jeronymo und stieß noch mehr Parats kommen.

Aus seiner Tasche zog er ein Paket Geldscheine. „Trink, soviel ihr mögt, es braucht niemand durstig fortzugehen.“

Er fing an, die zwei Pakete zu je vierzig Mütze zu zählen, steckte sie sorgfältig in seine linke Hosentasche zurück und bemerkte: „Die werden nicht mehr lange mir gehören.“ Dann legte er einen Zwanzigmützechein auf den Tisch: „Und das für die Fete unseres Sieges“, sagte er.

Das übrige Geld faltete er mit Fingern, die jetzt weiß und dünn waren, zusammen und steckte es in die rechte Hosentasche, wobei er zwischen den Zähnen murmelte: „Und hier ist noch mehr, wann irgend etwas schief geht.“

„Bravo!“ rief Ze Carlos aus, „das nenn' ich hoheln wie ein Genkentan. Im Leben und im Tode kannst du auf mich rechnen.“
(Fortsetzung folgt.)

Gegen die Einkreisung Berlins.

Die sozialdemokratische Rathausfraktion auf dem Posten.

Nachstehenden Antrag bringt die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion im Rathaus ein:

Die Nachbarstädte Berlins und die Stadt Potsdam haben sich zu einem Landesplanungsverband Brandenburg-Mitte unter Ausschaltung der Stadt Berlin zusammengeschlossen. Diese Einkreisung gefährdet die Entwicklung unserer Stadt. Sie erschwert beispielsweise den einheitlichen Ausbau der Ausfallstraßen und des Verkehrsnetzes im Wirtschaftsgebiet Groß-Berlin sowie die Erhaltung und Vermehrung der Erholungsstätten für die großstädtliche Bevölkerung und begünstigt die Entleerung von Steuererlösen. Die Stadtverordnetenversammlung ersucht deshalb den Magistrat, die Interessen Berlins gegenüber dem Landesplanungsverband Brandenburg-Mitte energisch zu wahren.

Um die Lebensversicherung.

Eine unglückliche Frau wegen Urkundenfälschung verurteilt.

Diese Eheleute lebten ein Jahrzehnt in ungetrübter Ehe. Dann trifft der Mann eine Frau, mit der er ein Verhältnis anknüpft, er läßt seine Familie im Stich, Mutter und Sohn leiden bitterste Not, erhalten vom Vater nur vierzig Mark monatliche Unterstützung.

Die Mutter vermittelt einen Teil ihrer Wohnung und ernährt sich, soweit ihre Gesundheit es gestattet, durch Nähen. Wenn es aber allzu arg wird, erwartet sie mit dem Sohn den Mann vor der Arbeitstätte auf und bettelt um einige Mark für einen Anzug oder ein Paar Schuhe, deren der Junge bedarf. Der Mann weiß sie unwirksam ab, er sagt: Ich nehme mir noch das Leben. Ich hänge mich am Fensterkreuz auf. Ich habe nichts. Ich kann euch nichts geben. Die Frau dichtet ihn, wenigstens sich in einer Sterbefalle zu versichern. Der Mann sagt: Lu, was du willst. Geh mich in Ruhe. Geh zu dem Abzahlungsjuden und kaufe was du brauchst. Die Frau fürchtet, der Mann könnte es mit dem Fensterkreuz ernst meinen, sie würde dann ohne jegliche Unterstützung bleiben und so soht sie eines Tages den Gedanken, eine Lebensversicherung für den Mann einzugehen. Das Geld würde ihr die Mutter vorstrecken. Also stellt sie im Auftrage des Mannes einen schriftlichen Antrag auf gegenseitige Lebensversicherung in Höhe von 1000 M. Einige Monate später unterschreibt sie einen ähnlichen Vertrag in Anwesenheit des Agenten im Namen ihres Mannes auf 8000 M. Sie kauft auch bei verschiedenen Firmen Anzüge, Strümpfe und Hemden für ihren Sohn, Kleider für sich, alles im Namen ihres Mannes. Auntherhalb Jahre lang zahlt sie die Prämie, 470 M. im Jahr, dann kann sie nicht mehr. Die Versicherungsgesellschaften halten sich an ihren Mann, er wehrt aber nichts von den Lebensversicherungen und erläßt Strafzettel.

Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte meint die Frau bittere Tränen. Sie habe immer geglaubt, der Mann würde seinem Leben tatsächlich ein Ende machen. Sie habe ja nur das höhere Geld gewollt, um nach seinem Tode sich eine Existenz zu gründen; die Sachen habe sie auf Abzahlung gekauft, weil er ja selbst gesagt habe: „Scher dich zum Abzahlungsjuden.“ Sie habe sich beim ganzen nichts Böses gedacht. Daß sie etwas Strafbares mache, habe sie nicht gemerkt. Der Mann erklärt, er hätte ihr nie gestattet, die Versicherungsbeiträge abzuschließen, und auch zu den Abzahlungsgeschäften habe er ihr nicht seine Einwilligung gegeben. Der fünfzehnjährige Junge hält zur Mutter. Auch er will den Vater so verstanden haben, daß sie zum Abzahlungsjuden gehen sollten.

Das Gericht verurteilt die Frau wegen schwerer Urkundenfälschung und wegen Betruges zu drei Wochen Gefängnis und billigt ihr eine Bewährungsfrist zu. Weder sie noch der Junge wissen, was das ist. Sie hören nur „drei Wochen Gefängnis“, und meinen nun beide, bis ihnen auf dem Korridor die Fürsorgerin von der sozialen Gerichtshilfe erklärt, was eine Bewährungsfrist bedeutet. Der Mann geht seiner Wege, als ginge ihn das alles nichts an. Er ist auf seine Frau sehr schlecht zu sprechen — seine Scheidungsfrage ist abgewiesen worden.

Die öffentlichen Frageabende im Institut für Sexualwissenschaft finden unter Leitung von Dr. Magnus Hirschfeld und Dr. Felix Abraham im März am Montag, dem 2., und Dienstag, dem 17. März, 20 Uhr, im Ernst-Hoedel-Saal, In den Salen 9a (Cortenthor), statt.

Attentat eines Verschmähten.

Selbstmord des jugendlichen Täters.

Gestern nachmittag spielte sich im Norden Berlins im Hause Stahlheimer Str. 26 eine blutige Tragödie ab, die in ihren Einzelheiten noch der Klärung bedarf. Der 25jährige Laborant Alfons Urbanik aus der Vorstraße 3 schoß dort nach vorausgegangenem Streit die 33jährige Frau Frieda K. nieder und löste sich unmittelbar darauf durch einen Schuß in die Schläfe.

Urbanik hatte Frau K., deren Mann Kellner bei der Nitropa ist, vor einiger Zeit kennengelernt. Seitdem verfolgte er die Frau mit ständigen Liebesanträgen und bot sie wiederholt sich von ihrem Mann scheiden zu lassen, was die Frau wohl abgelehnt haben mag. Als U. merkte, daß er im guten nichts erreichen konnte, drohte er mehrmals, sich das Leben zu nehmen und Frau K. gleichfalls zu töten. Gestern nachmittag erschien der junge Mann im Hause Stahlheimer Str. 26, um mit Frau K. nochmals eine Aussprache herbeizuführen. Die Frau war gerade in der Waschküche beschäftigt, wo es zwischen beiden erneut zu einem erregten Wortwechsel kam. Plötzlich zog U. eine Pistole hervor und gab auf Frau K. einen Schuß ab, der in den Hals traf. Frau K. hatte gerade noch die Zeit, unter lauten Hilferufen auf den Treppentritt hinauszueilten, wo sie bewußtlos zusammenbrach. Als Hausbewohner hinzueilen, brachte ein zweiter Schuß. Der Täter hatte die Waffe gegen sich selbst gerichtet, er war sofort tot. Die Schwerverletzte wurde in das Krankenhaus am Friedrichshain gebracht.

Im Handgemenge erschossen.

Nach einem vorausgegangenem Streit, der zuletzt in Tätlichkeiten ausartete, schoß gestern abend gegen 8 Uhr der 37jährige Konditor Karl Fiebig aus der Brunnenstraße 191 den 33jährigen Tischler Karl Riebenschneder vor dem Hause Elsäßer Str. 8 nieder. R. starb auf dem Transport zur nächsten Rettungswache. Der Vorfall, der in der belebten Straße großes Aufsehen erregte, spielte sich so schnell ab, daß bisher noch nicht einwandfrei ermittelt werden konnte, ob der Schuß tatsächlich in Notwehr, wie er bei seiner polizeilichen Vernehmung angab, geschah oder nicht. Riebenschneder war früher mit der Schwester des Konditors befreundet, auf Anraten ihres Bruders hatte sie jedoch die Beziehungen zu R. gelöst. Immer wieder versuchte R. jedoch sich seiner früheren Freundin wieder zu nähern und schreckte auch nicht vor Gewalttätigkeiten zurück. Vor einiger Zeit erschien er plötzlich im Geschäft des Konditors und demolierte die Ladeneinrichtung. Seitdem herrschte zwischen den beiden Männern größte Feindschaft. Gestern abend

trafen beide in der Elsäßer Straße zusammen. Wie Fiebig nun behauptet, habe ihm Riebenschneder den Weg verstellt und Stroht auf ihn gestürzt und auf ihn eingeschlagen habe. In der Notwehr habe er dann seine Waffe gezogen und auf seinen Gegner einen Schuß abgefeuert. Die Kugel drang in den Hals und zerriff die Hauptschlagader.

Fiebig wurde vorläufig in Haft behalten, da Zweifel daran bestehen, ob wirklich ein Akt der Notwehr vorliegt.

Wie der Kapitän starb.

Die Monte Cervantes-Besatzung in Hamburg eingetroffen.

Die Besatzung des im Boagie-Kanal an der Südspitze Argentiniers untergegangenen Motorschiffes „Monte Cervantes“ ist an Bord des Schwelersschiffes „Monte Sarmiento“ in Hamburger Hafen eingetroffen. Es handelt sich um einige hundert Mann, zu deren Begrüßung sich zahlreiche Freunde am Hafen eingefunden hatten. Von ihrem persönlichen Gepäck hat die Schiffsbefatzung nur wenig bergen können. Ein großer Teil der Beute ist im Laderaum ohne Kontrolle in Hamburg eingetroffen, ein anderer Teil konnte von Fahrgästen mit warmen Kleidungsstücken nebst anderen Necessariatsgegenständen in das Krankenhaus am Friedrichshain gebracht werden. Kapitän Dreger wurde kurz vor dem Untergang des Dampfers mit einer Schwimmmatte auf der Schiffsbrücke geflohen.

Als der Schiffskörper in Bewegung geriet, verließ der Kapitän die Brücke, nachdem seine Leute in die Boote gegangen waren. Noch mehrmaligem Schwanken lenierte die „Monte Cervantes“ und rief den Kapitän mit in die Tiefe.

Auch über die Ausbohrung werden interessante Einzelheiten bekannt. So hat die Rettung der Fahrgäste und der gesamten Besatzung die geringe Zeit von nur 22 Minuten in Anspruch genommen. Die Ausbohrung verlief sich mit bewundernswürdiger Disziplin ohne jegliche Panik ab, ein glänzendes Zeugnis für das gute Zusammenwirken von Führung und Mannschaft an Bord, das auch in allen südamerikanischen Leistungen besonders hervorgehoben wird. In Hamburg ist die Mannschaft vorläufig abgemustert worden. Alle erhalten jedoch bevorzugte Heimreise auf den Schiffen der Hamburg-Südamerika-Linie. Die Besatzung soll später den Stamm für das im nächsten Jahre fertig werdende Ersatsschiff bilden.

Haus der Not.

Häuser haben ihre Schicksale wie die Menschen. In der Besselstraße 23 ist der öffentliche Raucher- und die Stempelkassette für engagierte russische Arbeiter. Wer da in den Vormittagsstunden einmal einen Blick hineingeworfen hat, wird erschüttert von so viel Elend sein. Hunderte und aber Hunderte von Menschen stehen hier dichtgedrängt Stunden und Stunden, tagaus, tagein, Woche für Woche, manche kommen schon über ein Jahr hierher. Immer wieder müssen sie hören, daß es keine Arbeit gibt, und immer wieder gehen sie hoffnungslos, verpöbelnd und mit hungrigem Regen unversättelter Seele ab. Wohin? Nach Hause, auf die Straße, zurück ins Elend. Manche glauben, das Schicksal zwingen zu müssen und bleibt hartnäckig bis 9 Uhr abends — solange kann man im Arresthallsraum bleiben — dann trägt er noch einmal schüchtern: „Heute wird wohl nichts mehr kommen?“ und trauert davon. Mit hungrigem Regen kämpft er bis zum nächsten Tag um das gleiche Schicksal. Ja, wenn es noch alles Stempeltrüber wären, aber wie vielen steht nicht einmal dieser kleine Raucherladen zur Verfügung; sie können durch ihre unregelmäßige, allzutage Beschäftigungsdauer fast niemals die notwendigen Bedingungen erfüllen. Dann bleibt nur noch Arztsprechstunde und Wohlfahrtsamt, oder der Gashahn. . . Von etwa 2000 Menschen kriegt eine der zehn Teile, also 200, ob und zu ein Sonntagsgeschäft. Am Nachmittag ist der Filmnachweis in denselben Räumen untergebracht. Das äußere Bild ist wohl hellerer, aber die Not bestimmt nicht geringer. Hinter all den schwebenden, ledersymmetrischen

Mädchengeflüstern lauert das heulende Elend, und die Sportfiguren, Charakterköpfe oder Schauspielersphysiognomien der Männer, sie alle haben diesen trostlos-verdichteten Zug um den Mund, das Delirium, das Schicksalsschlag im Rücken. . . So sieht das Haus Besselstraße 23 heute aus. Und noch bis vor wenigen Jahren war es einer der Brennpunkte des Berliner Koch- und Lebens. „Palais der Friedrichstadt“, ein altrenommiertes Vergnügungstrottel mit vielen und lustigen Räumen, Tanz, Musik, Kasse, Kasse, Lebensfreude. Auf der Straße, wo die Geigen schallten, ruht jetzt gerade einer: „Ein Pianist wird gesucht!“ Und im Dazwischenlauf stürzen fünfzig, sechzig, vielleicht auch hundert Menschen die Treppe hoch. Auch Häuser haben ihre Geschichte. . .

Wieder Schuposiedlung in Konturs.

Vor einigen Tagen ist wiederum eine Bauernhausgenossenschaft zusammengedrungen, die sich mit der Aufgabe befaßt, Heimstätten für Polizei- und Justizbeamte zu schaffen. Es handelt sich diesmal um die Bauernhausgenossenschaft der Polizei- und Justizbeamten Deutschlands. Die Genossenschaft, die zum Teil auch Mittel aus der Hausinspektoren erhalten hatte, hat in Nordend eine Siedlung errichtet, die aus etwa 50 Wohnhäusern, meist Doppelwohnungen, bestand. Im vorigen Jahr suchte der Vorstand sein Tätigkeitsfeld zu erweitern und kaufte in Siegelich und Dichterfelde-Dorf größere Terrains, um dort ebenfalls Wohnhäuser zu errichten. Durch die allgemeine wirtschaftliche Lage bekam die Genossenschaft die ihr von einer Bank in Aussicht

Stahlblau und Nachtschatten, die

Hermeta

Modifarben / Frühjahr 1930

Handschuhe

Strümpfe

SPEZIAL-ANGEBOTE:

Hermeta-Handschuhe 0.75

Hermeta-Handschuhe 1.65

Hermeta-Handschuhe 1.95

Hermeta-Handschuhe 3.90

Hermeta-Handschuhe 3.90

Hermeta-Handschuhe 3.90

Hermeta-Handschuhe 5.90

Daß man so häufig auch bei sonst gut gekleideten Damen nicht ganz einwandfreie Handschuhe antrifft! Ohne gut sitzenden Handschuh und schönen Strumpf gibt es keine wirkliche Eleganz! Unsere niedrigen Preise machen Ihnen die Anschaffung leicht. Der Name Hermeta bürgt für erstklassige Qualität!

STRUMPFHAUS METZGER

Leipziger Str. 80 u. 118 / Tauentzienstraße 18 / Friedrichstr. 82a / Wilmersdorfer Str. 60 u. 128 / Brunnenstr. 19 / Große Frankfurter Str. 128 / Neukölln, Berliner Str. 47 / Potsdam, Hauner Str. 17

SPEZIAL-ANGEBOTE:

Hermeta-Strümpfe 1.45

Hermeta-Strümpfe 1.95

Hermeta-Strümpfe 2.25

Hermeta-Strümpfe 2.75

Hermeta-Strümpfe 3.90

Hermeta-Strümpfe 1.75

Parteinachrichten für Groß-Berlin

- 1. Kreis Mitte.** Sitzung! Samst. 23. Februar, 10 Uhr, große Sitzung aller in der Wahlbezirksliste stehenden Gewerkschaften und Gewerkschaften des 1. Kreises mittelfür 1914. Uhr im Hofraum des Reichstagesgebäude, 40-41. Sitzung der Gewerkschaften des 1. Kreises. Die Gewerkschaften des Wahlbezirks sowie die Wahlbezirksvereine (aus Gewerkschaften des 1. Kreises) treffen sich bereits eine Stunde vorher zusammen.
- 2. Kreis Mitte.** Sonntag, 23. März, 11 Uhr, Ober-Gebäudeleiter im Reichstagesgebäude, 40-41. Sitzung der Gewerkschaften des 1. Kreises.
- 3. Kreis Prenzlauer Berg.** Sonntag, 23. März, 11 Uhr, Ober-Gebäudeleiter im Reichstagesgebäude, 40-41. Sitzung der Gewerkschaften des 1. Kreises.
- 4. Kreis Mitte.** Sonntag, 23. März, 11 Uhr, Ober-Gebäudeleiter im Reichstagesgebäude, 40-41. Sitzung der Gewerkschaften des 1. Kreises.
- 5. Kreis Mitte.** Sonntag, 23. März, 11 Uhr, Ober-Gebäudeleiter im Reichstagesgebäude, 40-41. Sitzung der Gewerkschaften des 1. Kreises.

6. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 23. März, 11 Uhr, Ober-Gebäudeleiter im Reichstagesgebäude, 40-41. Sitzung der Gewerkschaften des 1. Kreises.

7. Kreis Mitte. Sonntag, 23. März, 11 Uhr, Ober-Gebäudeleiter im Reichstagesgebäude, 40-41. Sitzung der Gewerkschaften des 1. Kreises.

8. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 23. März, 11 Uhr, Ober-Gebäudeleiter im Reichstagesgebäude, 40-41. Sitzung der Gewerkschaften des 1. Kreises.

9. Kreis Mitte. Sonntag, 23. März, 11 Uhr, Ober-Gebäudeleiter im Reichstagesgebäude, 40-41. Sitzung der Gewerkschaften des 1. Kreises.

10. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 23. März, 11 Uhr, Ober-Gebäudeleiter im Reichstagesgebäude, 40-41. Sitzung der Gewerkschaften des 1. Kreises.

11. Kreis Mitte. Sonntag, 23. März, 11 Uhr, Ober-Gebäudeleiter im Reichstagesgebäude, 40-41. Sitzung der Gewerkschaften des 1. Kreises.

12. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 23. März, 11 Uhr, Ober-Gebäudeleiter im Reichstagesgebäude, 40-41. Sitzung der Gewerkschaften des 1. Kreises.

13. Kreis Mitte. Sonntag, 23. März, 11 Uhr, Ober-Gebäudeleiter im Reichstagesgebäude, 40-41. Sitzung der Gewerkschaften des 1. Kreises.

14. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 23. März, 11 Uhr, Ober-Gebäudeleiter im Reichstagesgebäude, 40-41. Sitzung der Gewerkschaften des 1. Kreises.

15. Kreis Mitte. Sonntag, 23. März, 11 Uhr, Ober-Gebäudeleiter im Reichstagesgebäude, 40-41. Sitzung der Gewerkschaften des 1. Kreises.

16. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 23. März, 11 Uhr, Ober-Gebäudeleiter im Reichstagesgebäude, 40-41. Sitzung der Gewerkschaften des 1. Kreises.

17. Kreis Mitte. Sonntag, 23. März, 11 Uhr, Ober-Gebäudeleiter im Reichstagesgebäude, 40-41. Sitzung der Gewerkschaften des 1. Kreises.

18. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 23. März, 11 Uhr, Ober-Gebäudeleiter im Reichstagesgebäude, 40-41. Sitzung der Gewerkschaften des 1. Kreises.

19. Kreis Mitte. Sonntag, 23. März, 11 Uhr, Ober-Gebäudeleiter im Reichstagesgebäude, 40-41. Sitzung der Gewerkschaften des 1. Kreises.

20. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 23. März, 11 Uhr, Ober-Gebäudeleiter im Reichstagesgebäude, 40-41. Sitzung der Gewerkschaften des 1. Kreises.

21. Kreis Mitte. Sonntag, 23. März, 11 Uhr, Ober-Gebäudeleiter im Reichstagesgebäude, 40-41. Sitzung der Gewerkschaften des 1. Kreises.

22. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 23. März, 11 Uhr, Ober-Gebäudeleiter im Reichstagesgebäude, 40-41. Sitzung der Gewerkschaften des 1. Kreises.

23. Kreis Mitte. Sonntag, 23. März, 11 Uhr, Ober-Gebäudeleiter im Reichstagesgebäude, 40-41. Sitzung der Gewerkschaften des 1. Kreises.

24. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 23. März, 11 Uhr, Ober-Gebäudeleiter im Reichstagesgebäude, 40-41. Sitzung der Gewerkschaften des 1. Kreises.

25. Kreis Mitte. Sonntag, 23. März, 11 Uhr, Ober-Gebäudeleiter im Reichstagesgebäude, 40-41. Sitzung der Gewerkschaften des 1. Kreises.

26. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 23. März, 11 Uhr, Ober-Gebäudeleiter im Reichstagesgebäude, 40-41. Sitzung der Gewerkschaften des 1. Kreises.

27. Kreis Mitte. Sonntag, 23. März, 11 Uhr, Ober-Gebäudeleiter im Reichstagesgebäude, 40-41. Sitzung der Gewerkschaften des 1. Kreises.

28. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 23. März, 11 Uhr, Ober-Gebäudeleiter im Reichstagesgebäude, 40-41. Sitzung der Gewerkschaften des 1. Kreises.

29. Kreis Mitte. Sonntag, 23. März, 11 Uhr, Ober-Gebäudeleiter im Reichstagesgebäude, 40-41. Sitzung der Gewerkschaften des 1. Kreises.

30. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 23. März, 11 Uhr, Ober-Gebäudeleiter im Reichstagesgebäude, 40-41. Sitzung der Gewerkschaften des 1. Kreises.

31. Kreis Mitte. Sonntag, 23. März, 11 Uhr, Ober-Gebäudeleiter im Reichstagesgebäude, 40-41. Sitzung der Gewerkschaften des 1. Kreises.

32. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 23. März, 11 Uhr, Ober-Gebäudeleiter im Reichstagesgebäude, 40-41. Sitzung der Gewerkschaften des 1. Kreises.

33. Kreis Mitte. Sonntag, 23. März, 11 Uhr, Ober-Gebäudeleiter im Reichstagesgebäude, 40-41. Sitzung der Gewerkschaften des 1. Kreises.

34. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 23. März, 11 Uhr, Ober-Gebäudeleiter im Reichstagesgebäude, 40-41. Sitzung der Gewerkschaften des 1. Kreises.

35. Kreis Mitte. Sonntag, 23. März, 11 Uhr, Ober-Gebäudeleiter im Reichstagesgebäude, 40-41. Sitzung der Gewerkschaften des 1. Kreises.

36. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 23. März, 11 Uhr, Ober-Gebäudeleiter im Reichstagesgebäude, 40-41. Sitzung der Gewerkschaften des 1. Kreises.

37. Kreis Mitte. Sonntag, 23. März, 11 Uhr, Ober-Gebäudeleiter im Reichstagesgebäude, 40-41. Sitzung der Gewerkschaften des 1. Kreises.

38. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 23. März, 11 Uhr, Ober-Gebäudeleiter im Reichstagesgebäude, 40-41. Sitzung der Gewerkschaften des 1. Kreises.

39. Kreis Mitte. Sonntag, 23. März, 11 Uhr, Ober-Gebäudeleiter im Reichstagesgebäude, 40-41. Sitzung der Gewerkschaften des 1. Kreises.

40. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 23. März, 11 Uhr, Ober-Gebäudeleiter im Reichstagesgebäude, 40-41. Sitzung der Gewerkschaften des 1. Kreises.

41. Kreis Mitte. Sonntag, 23. März, 11 Uhr, Ober-Gebäudeleiter im Reichstagesgebäude, 40-41. Sitzung der Gewerkschaften des 1. Kreises.

42. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 23. März, 11 Uhr, Ober-Gebäudeleiter im Reichstagesgebäude, 40-41. Sitzung der Gewerkschaften des 1. Kreises.

43. Kreis Mitte. Sonntag, 23. März, 11 Uhr, Ober-Gebäudeleiter im Reichstagesgebäude, 40-41. Sitzung der Gewerkschaften des 1. Kreises.

44. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 23. März, 11 Uhr, Ober-Gebäudeleiter im Reichstagesgebäude, 40-41. Sitzung der Gewerkschaften des 1. Kreises.

45. Kreis Mitte. Sonntag, 23. März, 11 Uhr, Ober-Gebäudeleiter im Reichstagesgebäude, 40-41. Sitzung der Gewerkschaften des 1. Kreises.

Morgen, Sonnabend, 1. März.

- 1. 11. März, 10 Uhr.** Reichstagesgebäude, 40-41. Sitzung der Gewerkschaften des 1. Kreises.
- 2. 12. März, 10 Uhr.** Reichstagesgebäude, 40-41. Sitzung der Gewerkschaften des 1. Kreises.
- 3. 13. März, 10 Uhr.** Reichstagesgebäude, 40-41. Sitzung der Gewerkschaften des 1. Kreises.

Sonntag, 2. März.

- 1. 14. März, 10 Uhr.** Reichstagesgebäude, 40-41. Sitzung der Gewerkschaften des 1. Kreises.
- 2. 15. März, 10 Uhr.** Reichstagesgebäude, 40-41. Sitzung der Gewerkschaften des 1. Kreises.
- 3. 16. März, 10 Uhr.** Reichstagesgebäude, 40-41. Sitzung der Gewerkschaften des 1. Kreises.

Jungsozialisten.

- Gruppe Schöneberg.** Sonntag, 2. März, 10 Uhr, im Jugendheim, 15. Schöneberg.
- Gruppe Prenzlauer Berg.** Sonntag, 2. März, 10 Uhr, im Jugendheim, 15. Prenzlauer Berg.
- Gruppe Mitte.** Sonntag, 2. März, 10 Uhr, im Jugendheim, 15. Mitte.

Arbeitsgemeinschaft der Förderer.

- Gruppe Prenzlauer Berg.** Sonntag, 2. März, 10 Uhr, im Jugendheim, 15. Prenzlauer Berg.
- Gruppe Mitte.** Sonntag, 2. März, 10 Uhr, im Jugendheim, 15. Mitte.
- Gruppe Schöneberg.** Sonntag, 2. März, 10 Uhr, im Jugendheim, 15. Schöneberg.

Geburtsstage, Jubiläen usw.

- 1. 17. März, 10 Uhr.** Reichstagesgebäude, 40-41. Sitzung der Gewerkschaften des 1. Kreises.
- 2. 18. März, 10 Uhr.** Reichstagesgebäude, 40-41. Sitzung der Gewerkschaften des 1. Kreises.
- 3. 19. März, 10 Uhr.** Reichstagesgebäude, 40-41. Sitzung der Gewerkschaften des 1. Kreises.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

- Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.** Sonntag, 2. März, 10 Uhr, im Jugendheim, 15. Mitte.
- Gruppe Prenzlauer Berg.** Sonntag, 2. März, 10 Uhr, im Jugendheim, 15. Prenzlauer Berg.
- Gruppe Mitte.** Sonntag, 2. März, 10 Uhr, im Jugendheim, 15. Mitte.

Wild u. Geflügel

- Suppenhühner.** Pfd. 0.85
- Mast-Enten.** Pfd. 1.25
- Puten.** Pfd. 1.05
- Jg. Tauben.** Pfd. 1.80
- Gänse.** Pfd. 1.25
- Gänsestückenfl.** Pfd. 0.90
- Gänsehälften.** Pfd. 0.80
- Gänsekeulen.** Pfd. 1.40
- Gänsehälften.** Pfd. 1.25
- Gänsehälften.** Pfd. 1.25
- Gänsehälften.** Pfd. 1.20
- Gänsehälften.** Pfd. 1.20
- Hasen.** Pfd. 0.95
- Fasanen.** Pfd. 3.10

Kaffee und Tee

- Kaffee Arabica.** Pfd. 1.50
- Santos II.** Pfd. 2.70
- Konsum-Mischg.** Pfd. 2.20
- Guatemaler.** Pfd. 3.00

Für Fastnacht

- Billige Weine u. Spirituosen**
- Apfelwein.** Ltr. 0.45
- Edenkobener.** Ltr. 0.90
- St. Martin.** Ltr. 1.00
- Gaubichlerheim.** Ltr. 1.30
- Schick Bockelheim.** Ltr. 1.80
- Tarragona.** Ltr. 1.00
- Muskat.** Ltr. 1.10
- Samos.** Ltr. 1.10
- Malaga.** Ltr. 1.20
- Wermuth-Wein.** Ltr. 1.30
- Douro Portwein.** Ltr. 2.00
- Dürkheimer.** Ltr. 0.90
- Utiel.** Ltr. 1.00
- Johannisbeer.** Ltr. 0.95
- Erdbeerwein.** Ltr. 1.45
- Heidelbeerwein.** Ltr. 1.40
- Obstschamwein.** Ltr. 1.45
- Erdbeersekt.** Pfd. 1.95

Wurstwaren

- Silz.** Pfd. 0.60
- Frische Blut.** Pfd. 0.72
- Dampfwurst.** Pfd. 0.90
- Fleischwurst.** Pfd. 0.98
- Speckwurst.** Pfd. 0.98
- Berl. Mettwurst.** Pfd. 1.00
- Gutleberw.** Pfd. 1.10
- Wiener Würstchen.** Pfd. 1.15
- Jagdwurst.** Pfd. 1.18
- Bierwurst.** Pfd. 1.28
- Feine Leberwurst.** Pfd. 1.30
- Schinkenpolnische.** Pfd. 1.40
- Streichmett.** Pfd. 1.68
- Filetwurst.** Pfd. 1.68
- Zerelat u. Salami.** Pfd. 1.68

Wild u. Geflügel

Suppenhühner. Pfd. 0.85

Mast-Enten. Pfd. 1.25

Puten. Pfd. 1.05

Jg. Tauben. Pfd. 1.80

Gänse. Pfd. 1.25

Gänsestückenfl. Pfd. 0.90

Gänsehälften. Pfd. 0.80

Gänsekeulen. Pfd. 1.40

Gänsehälften. Pfd. 1.25

Gänsehälften. Pfd. 1.25

Gänsehälften. Pfd. 1.20

Gänsehälften. Pfd. 1.20

Hasen. Pfd. 0.95

Fasanen. Pfd. 3.10

Fische u. Räucherwaren

- Schellfisch mit Kopf.** Pfd. 0.25
- Schellfisch ohne Kopf.** Pfd. 0.28
- Kabeljau.** Pfd. 0.33
- Kabeljau-Filet.** Pfd. 0.44
- Bratscholle.** Pfd. 0.30
- Seelachs.** Pfd. 0.22
- Grüne Heringe.** Pfd. 0.42
- Plätsen, lebend.** Pfd. 0.65
- Karpfen, lebend.** Pfd. 1.10
- Blei, lebend.** Pfd. 0.85
- Büchlinge.** Pfd. 0.65
- Büchlinge.** Pfd. 0.22
- Sprotten.** Pfd. 0.38
- Sprotten.** Pfd. 0.40

Bäckwaren

- Honigkuchen.** Pfd. 1.00
- Bremer Sandstrei.** Pfd. 1.10
- Holl. Plunkakes.** Pfd. 1.20
- Kranzstangen.** Pfd. 0.35
- Wiener Gebäck.** Pfd. 0.10
- Hamb. Klößen.** Pfd. 0.50
- Brioche-Strietzel.** Pfd. 0.10
- Blechbuchen.** Pfd. 0.50

Käse und Fett

- Bay. Schweizer.** Pfd. 1.48
- Dänisch Schwein.** Pfd. 0.88
- Tilsiter.** Pfd. 0.88
- Edamer.** Pfd. 0.68
- Tilsiter Art.** Pfd. 0.88
- Schweizer Art.** Pfd. 0.88
- Steinbuscher.** Pfd. 0.98
- Romadour.** Pfd. 0.18
- Blockhase.** Pfd. 0.78
- Camembert.** Pfd. 0.58
- Molkereibutter.** Pfd. 1.68
- Finnische Butter.** Pfd. 1.78
- Margarine.** Pfd. 0.50
- Pflanzensfett.** Pfd. 0.50
- Bratenschmalz.** Pfd. 0.68
- Eier.** Pfd. 0.60
- Camembert.** Pfd. 0.28

G A N S E

gefroren Pfd. an 0.70

holländische Pfd. an 0.95

UNG. SUPPENHÜHNER

feinste Mastware Pfd. an 1.18

DIE PREISE GELTEN NUR FREITAG UND SONNABEND

Obst- u. Gemüse	Delikatessen	Wild u. Geflügel	Fische u. Räucherwaren
Apfelsinen 4 Pfd. 0.38	Sardellen 1/4 Pfd. 0.30	Suppenhühner... Pfd. 0.85	Schellfisch mit Kopf... Pfd. 0.25
Blutorangen Pfd. 0.25	Gabelbissen 1/4 Pfd. 0.40	Mast-Enten Pfd. 1.25	Schellfisch ohne Kopf... Pfd. 0.28
Kalterer Böhmer .. Pfd. 0.45	Rollmops 1. gep. Soffe 2 Stk. 0.15	Puten + 11 Pfd. schone Pfd. an 1.05	Kabeljau Pfd. 0.33
Tiroler Edelrot ... Pfd. 0.45	Rollmops 10. Mayon. 0 Stk. 0.25	Jg. Tauben Pfd. 1.80	Kabeljau-Filet ... Pfd. 0.44
Bananen 2 Pfd. 0.85	Mayonnaise ... 1/4 Pfd. 0.30	Gänse hoch geschl. Pfd. 1.25	Bratscholle Pfd. 0.30
Blumenkohl ... Kopf an 0.30	Remoulade 1/4 Pfd. 0.30	Gänsestückenfl. h. Pfd. 0.90	Seelachs Pfd. 0.22
Rosenkohl 2 Pfd. 0.35	Rollheringe 9. 10 Stk. Ds. 0.58	Gänsehälften. .. Pfd. 0.80	Grüne Heringe. .3 Pfd. 0.42
Schwartzwurzeln . Pfd. 0.20	Portug.Oelsardinen Ds. 0.50	Gänsehälften. .. Pfd. 1.40	Plätsen, lebend ... Pfd. 0.65
Rot-u. Wirsingkohl Pfd. 0.10	Portug.Oelsardinen gr. Ds. 0.70	Gänsehälften. .. Pfd. 1.25	Karpfen, lebend ... Pfd. 1.10
Weißkohl Pfd. 0.04	Crabon gr. Ds. 0.85	Gänseklein an May. Stk. 1.25	Blei, lebend Pfd. 0.85
Kohlrüben Pfd. 0.04	Frana.Oelsardin. gr. Ds. 1.20	Gänse Hautfett... Pfd. 1.20	Büchlinge ... 3 Pfd. Pfd. 0.65
Sellerie Pfd. 0.08 0.10	Salzgurken an 4 Pfd. Ds. 0.95	Gänse-Liesen Pfd. 1.80	Büchlinge Pfd. 0.22
Rote Rüben Pfd. 0.05	Heimes Würstch. 4 P. Ds. 0.95	Hasen geschl. an May. Pfd. an 0.95	Sprotten 3 Pfd. Pfd. 0.38
Neue Kartoffel Alpen Pfd. 0.15	Deutsch. Kaviar... ct. 0.50	Fasanen Stk. an 3.10	Sprotten Pfd. 0.40

Vorträge Frau Paula Samoje spricht ab Freitag, den 28. Februar, vormittags 11 und 12 Uhr, nachmittags 4 und 5 Uhr im Teerraum, II. Stock: „Modische und praktische Winke für die Frühjahresschneiderei“. Vorführung neuer Modelle. Eintritt frei.

U-BAHNHOF HERMANNPLATZ • DER KARSTADT-BAHNHOF

Flick und Thyssen als Herrscher.

Die Machtwandlung in der Montanindustrie.

In dem größten Industrieunternehmen Deutschlands, der Vereinigten Stahlwerke A.-G., sind eindeutige Herrschaftsverhältnisse zustande gekommen. Die industriellen Kräfte haben den Einfluß der Händlerfirmen zurückgedrängt. In Verbindung mit den beim Abschluß der Eisenkartelle erfolgten Umwandlungen hat man jetzt ein ziemlich einheitliches Bild der Machtgruppierung in der deutschen Schwerindustrie.

Die früheren Machtverhältnisse im Stahlverein.

Der Stahlverein entstand als Zusammenfassung der Erzeugungsbetriebe der Rhein-Elbe-Union, der Thyssen-Werke, der Rheinischen Stahlwerke und der Unternehmungen der Gruppe Phönix von der Thyssen. Das Kapital der Gründergesellschaften betrug rund 530 Millionen Mark. Eine in dieser Höhe (800 Millionen Mark) wurde auch das Aktienkapital des Stahlvereins festgesetzt. Der Stahlverein hat inzwischen eine wesentliche Vergrößerung, sowohl durch Produktionsstätten als auch durch Beteiligungen erfahren, so daß heute von einer Kapitalüberfremdung wenig mehr gesprochen werden kann. Das Aktienkapital des Stahlvereins wurde bei der Gründung unter den Gründergesellschaften in folgender Weise aufgeteilt:

Gelsenkirchen bzw. Rhein-Elbe-Gruppe	318,0 Mill. M.	= 39,5 Proz.
Thyssen-Gruppe	208,0	= 26,0
Phönix von der Thyssen	208,0	= 26,0
Rheinische Stahlwerke	68,0	= 8,5
800 Mill. M.		= 100 Proz.

Nach der Gründung des Stahlvereins fanden nicht geringe Umwälzungen statt. Die Rhein-Elbe-Gruppe wurde in einem festen Block unter der alten Firma Gelsenkirchener Bergwerks-Aktiengesellschaft zusammengelassen. Die Phönix A.-G. für Bergbau- und Hüttenbetrieb blieb im großen und ganzen Haldingunternehmen. Die Thyssen-Gruppe verbreiterte sich nach verschiedenen Richtungen hin, und bei Rhein Stahl erlangte ebenfalls eine Konsolidierung, wobei das Besitzverhältnis der A.-G. Farben von nicht geringem Einfluß war. Von den Gründergesellschaften mußten im gleichen Verhältnis Stahlrußaktien an die Gesellschaft selbst zurückgegeben werden, die zu Angliederungszwecken oder zur Börseneinführung usw. gebraucht wurden. Eifersüchtig wurde darüber gemacht, daß keine Gruppe den überragenden Einfluß bekomme.

Das Eindringen von Flick.

Im Laufe der Zeit kamen aber neue Einflüsse hinzu. Vor allen Dingen war es der rührige Gelehrte der Charlottenhütte, Friedrich Flick, der sich in jähem Ringen an den Stahlverein heranarbeitete. Durch die Vermittlung Flicks waren in den Interessentenbereich des Stahlvereins wertvolle Besitzungen gebracht worden. Wir nennen die Werke in Siegerland, die Aktienmehrheit der Mitteldeutschen Stahlwerke A.-G., der Linde-Hofmann-Busch-Werke und in Verbindung mit Mittelstahl die Aktienmehrheit der Oberschlesischen Hüttenwerke. Gelsenkirchen arbeitete sich zu einem Produktionsunternehmen ersten Ranges in der Ruhrkohle empor. Friedrich Flick erhielt nach und nach die qualifizierte Mehrheit von Gelsenkirchen. Sein Aktienbesitz wird auf etwas über 40 Proz. geschätzt. So wurde Flick, einestheils über Gelsenkirchen, anderenteils über die Charlottenhütte, zu einem Herrschaftsfaktor im Stahlverein. Die aktive Rolle Flicks bei der Abwendung der Interessen des Stahlvereins ist oft in Erscheinung getreten.

Die Phönix-Gruppe Wolff-Holland-Haniel.

Die Verhältnisse waren also so, daß der aktive Einfluß auf den Stahlverein einmal bei Friedrich Thyssen lag und dann mehr und mehr von Flick ausgeübt wurde. Ein Mittelglied bildete die Gruppe Phönix. Beherrscher des Phönix waren die Kölner Händlerfirma Otto Wolff, die holländische Gruppe Bentener van Blissingen und ein Zweig der Familie Haniel, die von Berner Carp vertreten wurde. Der Phönix war zeitweilig zur Mehrheit in dem Besitz der von holländischen Kapitalkreisen gegründeten Phönix-

Trust-Verellschaft. Von der Phönix-Gruppe wurde auch die Koninklijke Nederlandsche Hoogovens en Staalfabrieken gegründet, die von Bentener van Blissingen kommandiert wurde und einen Teil des Aktienkapitals des Phönix im Besitz hatte. Ueber den Phönix kamen die Gruppen Wolff-Blissingen-Haniel in den Interessentenkreis des Stahlvereins und in dessen Aufsichtsrat.

Die neuen Kommandeure.

Die jetzt erfolgte Umgruppierung innerhalb der Phönix-Gruppe ging folgendermaßen vor sich: Friedrich Thyssen und Gelsenkirchen übernahmen die Mehrheit des Aktienkapitals des Phönix zum großen Teil gegen Umtausch von Stahlvereinsaktien. Die bisherigen Großaktionäre des Phönix sind unmittelbar Aktionäre der Vereinigten Stahlwerke geworden. Wolff-Holland-Haniel sind Einzelaktionäre des Stahlvereins geworden. Sie können infolgedessen den Einfluß, den sie bisher hatten, so geschlossen nicht mehr ausüben.

Thyssen und Gelsenkirchen haben ihren direkten Einfluß durch die Übernahme des Phönix verflüchtigt. Die Händlerfirma Otto Wolff hat sich von der aktiven Einflußnahme beim Stahlverein etwas zurückgezogen. Dies kam bereits durch den Verkauf von Döhlen und der Kemog (Kohle-Konzern) zum Ausdruck. Thyssen-Gelsenkirchen haben etwas von ihrem direkten Einfluß auf den Stahlverein zugunsten eines stärker wirkenden indirekten veranlaßt. Praktisch ist das Mehrheitsverhältnis der Gruppe Thyssen-Gelsenkirchen beim Stahlverein ungefähr zu zwei Dritteln des Aktienkapitals nunmehr fest verankert. In der offiziellen Verkaufsabrechnung über die Transaktionen hieß es: „Durch diese Abkommen ist die Politik der Vereinigten Stahlwerke konsolidiert und auf lange Sicht sichergestellt.“ Friedrich Thyssen und Friedrich Flick sind zu Beherrschern des Stahlvereins geworden.

Infolge seiner Größe und durch den bei der Verbandserneuerung erfolgten Quotenkauf verfügt der Ruhrtrust über große Teile der gesamten Eisen-, Stahl- und Montanindustrie und hat den beherrschenden Einfluß in den Eisenkartellen. Das Herrschaftsreich erstreckt sich von der westdeutschen Schwerindustrie über die mitteldeutschen Verfeinerungswerke bis zur ober-schlesischen Hüttenindustrie. Der Einfluß auf die Fertigverarbeitung durch die Demag, die Anke-Holmann-Busch-Werke usw. ist nicht geschmälert, sondern nach verschiedenen Richtungen noch erweitert worden. Diese erneuten Machtumwälzungen an der Ruhr üben nicht nur auf die Schwerindustrie, sondern auf die gesamte deutsche Wirtschaft ihren Einfluß aus. Für die Arbeiterwelt ist diese Neugruppierung beachtlich. Zeigt sie doch erneut, wie systematisch und konsequent sich einzelne Epochen herausheben und zu Schaltern der Volkswirtschaft werden.

Kohlenforger – Polenforger.

Erschwerte deutsche Lage muß billig berücksichtigt werden

Der Verband der Bergbauindustriearbeiter schreibt uns: „Seit langer Zeit wird behauptet, daß die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen kurz vor dem Abschluß ständen. Wie wir hören, soll aber in der letzten Zeit von polnischer Seite noch immer versucht werden, eine Erhöhung des polnischen Kohlentonnentages über 300 000 oder 350 000 Tonnen hinaus zu erreichen. Wir haben immer darauf hingewiesen, daß bei Anerkennung aller Schwierigkeiten solcher Verhandlungen auch die Interessen der deutschen Kohlenwirtschaft und ihrer Arbeiter nicht außer acht gelassen werden dürfen. Durch Einfuhr von 350 000 Tonnen Kohle (wozu Polen noch die Saldierung verlangen soll – D. R.) würden zehntausende Bergleute brotlos werden.“

In Oberschlesien haben wir seit 1. Februar eine Förderbeschränkung von 25 Proz. Die Tagesförderung betrug in der letzten Woche 53 800 Tonnen gegenüber 81 000 im November. Bis Anfang Februar wurden 235 000 Feierschichten eingelegt, 6000 Bergleute sind schon gekündigt, und weitere Kündigungen stehen in Aussicht.

Die Halbenbestände sind um 212 000 Tonnen Kohle im November auf 547 000 im Februar, die Koksbestände um 27 000 im November auf 150 000 Tonnen im Februar gestiegen.

Im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau ist die Förderung um 2,3 Millionen Tonnen in den Novemberwochen auf 1,6 Millionen im Februar zurückgegangen. Entlassungen und Festschichten sind in erschreckendem Umfange vorgenommen worden. Die Belegschaften umfassen gegenwärtig 1 1/2 Millionen Tonnen.

In der Ruhr betrug die Förderung im Februar 395 000 Tonnen täglich gegen 454 000 im November. Die Halbenbestände betragen für Januar 1,9 Millionen Tonnen Kohle und 1,4 Millionen Tonnen Koks, sind aber seitdem noch bedeutend gestiegen.

Eine derartige Lage, die auf längere Zeit wesentliche Verbesserungen kaum gestatten dürfte, muß bei den deutsch-polnischen Verhandlungen durch die deutschen amtlichen Stellen unbedingt berücksichtigt werden.“

Drei Jahre Ruhrferngas.

Keine imponierende Bilanz.

In einem sorgfältig gefestigten Pressekreise hat die Ruhrgas-A.G. entwickelt, was sie bisher erreicht hat und ihre Propaganda für die Fernwärmeversorgung fortgesetzt. Denkt man an die riesigen Hoffnungen, mit denen vor drei Jahren Herr Böglers selbst die kommunale Gaswirtschaft und die deutsche Öffentlichkeit mit einem Aufschwung zu überrumpeln und zu erobern gedachte, so muß die Dreijahresbilanz der Ruhrgas-A.G. täglich genannt werden, besonders wenn man an die ungeheuerlichen Kosten denkt, die für Propaganda und sonstige finanzielle Erfolgebeurteilung aufgewendet werden mußten. Die Ruhrgas-A.G. ist in den Beträgen über die äußersten Punkte Hannover und Köln bisher noch nicht hinausgekommen; sie muß zugeben, daß die kommunalen Verwaltungen überall sehr betrübtlich sind und daß auch die Industrie sich kaum von den Vorteilen der Fernwärmeversorgung überzeugen vermag. 1929 ist insgesamt ein Absatz von 400 Millionen Kubikmeter Gas erreicht, und davon sind noch rund 80 Proz. Absatz an Konzernwerke der Ruhr. Eingerechnet sind dabei auch die vom Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk gelieferten Leistungen und Verträge. Für 1930 hofft man, durch den Leitungsbau nach Köln, Siegen und Hannover eine Steigerung auf 650 Millionen Kubikmeter zu erreichen, was immer noch nicht mehr sein wird als die Leistung der Berliner Städtischen Gaswerke allein. Besonderen Staat kann also die Ruhrgas-A.G. mit ihrem bisherigen Erfolge wahrlich nicht machen.

Braunkohlen-„Ise“ scheidet weiter Gewinne.

Der Aufsichtsrat der Ise-Bergbau A.-G. ist sich darüber klar geworden, wieviel Gewinne er für 1929 ausweisen (bzw. verstecken) und welche Dividende er verteilen will. Aber auch nach diesem geheimen Rechenexperiment haben die Braunkohlentumpel den Herren der Braunkohlen-Ise noch erheblich mehr als im Jahre 1928 übriggelassen. Der Reingewinn beträgt 7,41 gegen 7,19 Millionen, und die Abschreibungen werden um 15 Proz. von 6,09 auf 6,92 Millionen heraufgesetzt. Die Aktionäre erhalten wieder 10 Proz. Wenn der Geschäftsbericht vorliegt, wird sich näher zeigen lassen, wie alle Erfolge der Rationalisierung wieder von den „Löhnen und Soziallasten ausgezehrt“ worden sind.

Ausfuhr und Arbeitsmarkt.

Unvollständige Feststellungen des Konjunkturinstituts.

Das Institut für Konjunkturforschung hat in seinem letzten Wochenbericht einige bemerkenswerte Ausführungen über die Zusammenhänge zwischen Binnenmarkt, Arbeitslosigkeit und Ausfuhrsteigerung gemacht. Wenn auch bis jetzt noch kein absoluter Rückgang der Fertigwarenausfuhr eingetreten sei, so habe sich doch das Tempo der Zunahmen in der Fertigwarenausfuhr seit Mitte 1929 stark verlangsamt. Der Tiefpunkt der rückgängigen Auslandskonjunktur sei noch nicht erreicht und der zunehmende Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt erfordere große Anstrengungen von deutscher Seite. Die deutsche Industriearbeitslosigkeit von 1929 sei um rund 1,2 Milliarden größer als die von 1928 gewesen. Ungefähr 400 Millionen Mark Arbeitslöhne dürften in diesem Mehrerpart

Die grösste deutsche Schuhfabrik
eröffnet eine weitere
Verkaufsstelle
in **Groß-Berlin**
Weissensee
Berliner Allee 241
heute nachm. 4 Uhr



SALAMANDER

etwa fielen. Die Exportindustrie hätten allein etwa 200.000 Arbeitskräfte durch die Steigerung der Ausfuhr mehr beschäftigen können, was auch eine beträchtliche Ersparnis an Arbeitslosenunterstützung zur Folge gehabt hätte. Wenn im Jahre 1930 wieder 200.000 bis 400.000 jugendliche Erwerbstätige Arbeit verlangen werden und wenn auf der anderen Seite vom Inlandsmarkt keine entsprechende Mehrbeschäftigung erwartet kann, so wird die Frage einer weiteren Ausfuhrsteigerung von sehr entscheidender Bedeutung auch für den Arbeitsmarkt. Von jeder Verlangsamung der Ausfuhrsteigerung sei eine zusätzliche Belastung des Arbeitsmarktes zu erwarten.

Diese Feststellungen sind gewiß interessant. Die Diagnose der Zusammenhänge zwischen Binnenmarkt, Arbeitslosigkeit und Exportmöglichkeiten sind aber unvollständig, wenn nicht auch die Bewegung der Preise im Inland berücksichtigt wird. Die Inlandsbeschäftigung kann mit der Senkung der Inlandspreise, besonders der Konsumgüter und der Rohstoffe, auch dann steigen, die Arbeitslosigkeit kann zurückgehen, auch wenn der Export relativ abnimmt. Gerade das aber ist eines der wichtigsten Wirtschaft- und Arbeitsmarktprobleme des kritischen gegenwärtigen Augenblicks.

Die Lotterie mit Gersteinfuhrscheinen.

Vor kurzem haben wir im „Vorwärts“ darauf hingewiesen, daß die Art der Zuteilung von Einfuhrscheinen bei der Ausfuhr von Braugerste nichts anderes als eine Lotterie zugunsten der ausführenden Händler darstellt, weil der Exporteur zur Zeit der Gersteausfuhr noch nicht weiß, ob der ausgeflossene Einfuhrschein den Wert von 5 oder von 6,50 M je Doppelzentner haben wird. Unsere Feststellungen dürften das Reichsfinanzministerium veranlassen haben, die Erfassung des Standes der Gersteausfuhr zu beschleunigen; in einer Pressemitteilung wird nämlich mitgeteilt, daß in der Zeit vom 11. bis zum 15. Februar das Reichsfinanzministerium mit einem Einfuhrschein von 6,50 M, das insgesamt 500.000 Doppelzentner beträgt, mit 9928 Doppelzentner in Anspruch genommen ist. Wenn wir auch anerkennen, daß das Finanzministerium diese Feststellungen beschleunigt, so bleibt doch die Tatsache bestehen, daß zur Zeit der Gersteausfuhr, also bei der Abwicklung des Geschäfts, der Exporteur noch nicht weiß, ob er zu dem sofort ausgeflossenen Einfuhrschein im Werte von 5 M. später noch eine Extraprämie von 1,50 M erhält. So erfreulich die schnelle Arbeit des Finanzministeriums ist: an dem Grundübel der Lotterie mit Einfuhrscheinen, die das Reich sinnlos und ohne Nutzen für die Landwirtschaft zugunsten einiger Händler mit Dreierlotteriemillionen Mark betreibt, ändert sie nichts. Nur eine Beseitigung des Sonderausfuhrscheins von 6,50 M, d. h. ein allgemeiner Fünftmerkeinfuhrschein, könnte diesem Unfug abhelfen.

Baubilanz im Dezember.

Die Ergebnisse 1929.

Nach „Wirtschaft und Statistik“ war im Dezember 1929 die Zahl der zum Bau genehmigten Wohngebäude um 28 Proz. die der Wohnungen um 17 Proz., die der Nichtwohngebäude um 9 Proz. niedriger als 1928. Eine ähnliche Entwicklung zeigte der Baubeginn; es wurden 49 Proz. weniger Wohngebäude als im Vormonat bzw. 29 Proz. weniger als im Dezember 1928 und 48 Proz. bzw. 28 Proz. weniger Wohnungen begonnen.

Dagegen brachte wie in den früheren Jahren der Dezember die Jahreshöchstzahl an fertiggestellten Wohnungen und Nichtwohngebäuden; nur bei den Wohngebäuden ist ein Rückgang gegenüber dem Vormonat eingetreten. In den berichteten 96 Groß- und Mittelstädten betrug der Reinzugang 4151 Wohngebäude, d. h. 7 Proz. weniger als im Vormonat, jedoch 19 Proz. mehr als im Dezember 1928. 19 471 Wohnungen (1 bzw. 42 Proz. mehr) und 807 Gebäude für gewerbliche und sonstige wirtschaftliche Zwecke (10 bzw. 13 Proz. mehr).

In den 96 berichteten Groß- und Mittelstädten war im ganzen Jahr 1929 der Reinzugang an Gebäuden für gewerbliche und sonstige wirtschaftliche Zwecke mit 6228 um 7 Proz. größer als im Jahre 1928, der Reinzugang an Wohngebäuden mit 20 714 nur um 0,3 Proz. größer, während der Reinzugang an öffentlichen Gebäuden (365) um 21 Proz. abgenommen hat.

Internationaler Luftverkehrskonflikt.

Wegen der Monopolisierung der Azoren.

Der Transozeanische Flugzeugverkehr interessiert politisch alle großen Seemächte, wirtschaftlich alle großen Flugunternehmungen, und da Portugal als der Besitzer der Azoren und der Kap-Verdischen Inseln über die wichtigste bei dem heutigen Stand des Flugwesens noch absolut unentbehrliche Zwischenstation verfügt, mußte der internationale Wettbewerb um die Flugwirtschaftliche Beherrschung der Azoren einmal zum Konflikt führen. Dieser Konflikt ist jetzt da. Portugal will nämlich durch Vermittlung der portugiesischen Luftverkehrsgesellschaft „Epoia“ das französische Luftfahrtunternehmen „Aero-Postale“ mit den portugiesischen Monopolrechten auf die Dauer von dreißig Jahren ausstatten. Das bedeutet naturgemäß auch ein französisches Monopol auf die transozeanische Station der Azoren und der Kap-Verdischen Inseln. Deutschland hat nun einen Vorschlag in dem für den transozeanischen Flug unentbehrlichen Wasserflugzeugbau; außerdem betreibt die deutsche Luftfahrt im Osten Südamerikas bereits Flugzeuggesellschaften, und es ist bekannt, daß Deutschland stark an der Entwicklung des transozeanischen

Flugverkehrs interessiert. Die Amerikaner wollen ihrerseits ebenfalls über die Azoren ihre transozeanischen Interessen ausdehnen. Frankreich hat seit längerer Zeit bereits einen Luftstrahl nach seinen Kolonialgebieten in den westindischen Inseln und Südamerika. So ist es gekommen, daß der deutsche Gesandte in Lissabon bereits Vorstellungen wegen des beschlagnahmten Monopols erhoben hat und daß auch die Vereinigten Staaten wahrscheinlich bald einen Protest einlegen werden. Ein neues Zeichen für beginnende Konflikte des wirtschaftlichen und politischen Imperialismus.

Die Arbeiterbank der Schweiz.

Seit zwei Jahren hat auch die Schweiz der Genossenschaftlichen Zentralbank ihre von Schweizerischen Genossenschaften und Gewerkschaften gegründete Arbeiterbank. Ihre Arbeit war auch im zweiten Jahre sehr erfolgreich. Die Sparleistungen sind um 31 Proz. auf 27,8 Millionen Schweizer Franken, der Umsatz ist von 1140 auf 1309 Millionen, die Bilanzsumme um 22,5 Proz. auf 81,4 Millionen Schweizer Franken gestiegen. Der Reingewinn erhöhte sich von 376 000 auf 525 000 Schweizer Franken, aus dem wie im Vorjahr die Anteilsscheine mit 5 Proz. verzinst werden sollen. Diese Entwicklung, vor allem die bedeutende Zunahme der Depositionen zeigt, daß sich das Bankunternehmen der Schweizerischen Arbeiterbank sehr schnell das Vertrauen des arbeitenden Volkes erwerben konnte.

Riesige Schiffsbaukonzentration.

In London ist unter dem Namen „Nationale Schiffsbau-Gesellschaft“ eine riesige Dachorganisation eingetragen worden, die es sich zur Aufgabe stellt, die gesamte britische Schiffbauindustrie unter einer gemeinsamen Leitung zu stellen. Das Ziel, das sich die neue Kombination setzt, ist die Rationalisierung durch Konzentrierung der Aufträge auf einige wenige moderne und leistungsfähige Werften. Es sollen besondere Vorkehrungen getroffen werden, um alle in der Schiffbauindustrie heute tätigen Arbeiter weiterzubeschäftigen.

Englisch-deutsche Finanzierungsgeellschaft beteiligt. Die British and German Trust Ltd. hat auch 1929 eine weitere günstige Entwicklung genommen. Die Gesellschaft betreibt in Deutschland die Bewährung langfristigen Kredits an die Mittelindustrie. Trotz des Kurzurückganges an allen Börsen des In- und Auslandes kann eine 1 Proz. höhere Dividende als im Vorjahr, nämlich 8 Proz., verteilt werden, die durch die auf den 11. März einberufene Generalversammlung genehmigt werden wird. Nach der im Frühjahr 1929 durchgeführten Kapitalerhöhung arbeitet das Unternehmen heute mit etwa 45 Millionen Mark Kapital.

Theater Lichtspiele usw
Freitag, 21. 2. Staats-Oper Unter d. Linden 10-12. 7. 11. 7. 12-1. 1. 11. 57. 20 Uhr. Trovatoren Ende gegen 12 1/2 U.
Freitag, 28. 2. Staats-Oper Unter d. Linden 10-12. 7. 11. 7. 12-1. 1. 11. 57. 20 Uhr. Die heimliche Ehe Ende 22 Uhr.
Freitag, 28. 2. Staats-Oper Unter d. Linden 10-12. 7. 11. 7. 12-1. 1. 11. 57. 20 Uhr. Hans im Schnakenloch Ende gegen 22 1/2 Uhr.

Volksbühne
Theater am Wollplatz. 8 Uhr. Amnestie Schauspiel v. Carl Mar. Finkelnburg. Regie: Ernst Star.
Theater am Wollplatz. 8 Uhr. Fans im Schnakenloch.
Theater am Wollplatz. 8 Uhr. Die heimliche Ehe.
Metropol-Th. 8 1/2 Uhr. Das Land des Lächelns. Vera Schwarz, Richard Teuber. Musik von Franz Lehár.

Winter Garten
8 1/2 Uhr - Zr. 2819 - Rauchen erlaubt
Heute zum letzten Male
„Jung-China“ in Berlin noch nicht genannte Leistungen - 9 Aillona, Deutsche Arbeiter, die basieren auf dem Stahlrohr - Marika Röhr, Spitzer-Phänomen - Fresco & Campo, u. Komische Exzentriker. - Cast-Famille, ganz hervorragend, etc. etc.
Morgen Premiere
mit sensationellen in Berlin noch nicht gesehenen Kostümen.
Sonntag und Sonntag je 2 Vorstellungen 4 Uhr und 8 1/2. - 4 Uhr kleine Preise.

LIGHT BURG
am Gesundbrunnen
Ab 28. Februar
Der große Sprech- u. Tonfilm
Melodie des Herzens
mit Dita Parlo, Willy Fritsch
Auf der Bühne:
4 Szenen, 1000 Soubretten, Chöre, 1000 Tropfen, 1000 Variations-Abstraktionen
Tägl. 8 1/2, 10, 11, 12 Uhr
1. Vorstellung Einheitspreis 1 Mk.
GROSSES SCHAUPIELHAUS
8 Uhr
3 Musketiere
Regie: ERIK CHARELL
3 Sonntag nachm. ungen. halbe Pr.

Dr. Thompson's Seifenpulver
gebraucht man seit 50 Jahren. Man würde es heute nicht mehr verwenden, wenn es nicht das Beste für die Wäsche wäre.
SEIFENPULVER

SCALA
Tägl. 8 u. 8 1/2 Uhr. 8 1/2 U. 10. 11. 12. 1. 11. 57. Pr. 1-5 M. Wochentg. 5 U. 50 Pf. - 3 M. Heute letzter Tag!
Con Lollorenzo, A. Brunetta und weitere zum 1. Male in Europa szenische Spitzenleistungen.
DIANA
Tägl. 8 u. 8 1/2. Sonntag, 2. 8 u. 8 1/2. A. ex. E. 4, 800.
INTERNAT. VARIETE
Morgen Premierel

SARRASANI
Freitag
7 1/2 Vorstellung
Sonntag
3 Familien-Vorstellung. Kinder zahlen von 2.20 M. anwärts halbe Preise.
7 1/2 Vorstellung
Karten rechtzeitig sichern!!

Theater I. d. Behrenstr. 53-54
A 4 Zentrum 926-927
Direktion Ralph Arthur Roberts
8 1/2 Uhr
... Vater sein, dagegen sehr
Sonntag auch nachm. 4 Uhr (halbe Pr.)
Die Komödie
11 Blomck. 2414/7514
8 1/2 Uhr
Victoria
von S. Maugham.
Regie: Max Reinhardt.
Musik: Mischa Spoliansky.
Deutsches Theater
8 1/2 Weidenplatz 5291
Tägl. 8 1/2 Uhr
Der Kaiser v. Amerika
von Bernard Shaw
Reg. Max Reinhardt.
Kammerspiele
8 1/2 Weidenplatz 5291
8 Uhr
Der Kandidat
von Carl Sternheim
Regie: Hans Hatzfeld.

CASINO-THEATER
8 1/2 Uhr
Lehrmeister Straße 57
Unverändert nur noch bis 12. März
Seine Hoheit der Baitler
Sonntag, den 12. März, zum 1. Male
Der wahre Jacob
und ein erstklassiger bunter Teil
Juschein für 1-4 Personen
Fautuell nur 1.25 M., Sessel 1.75 M., sonstige Preise: Parkett u. Rang 0.80 M.
Direktion Dr. Moritz Dick
Komische Oper
Friedrichstr. 104. Tel. 101 4330.
Nach vollständigen Umbau
Täglich 8 1/2 Uhr
Hulla di Bulla
Schwank von Arnold und Bach mit Guido Thielen, J. Schütz, Schütz, Org. H. Idmann, Walter Ross, Fink, Schürer, Wenzel.
Lustspielhaus
8 1/2 U.
Friedrichstr. 236. Bergmann 2922 23.
Liebe auf den zweiten Blick.
Niemann - Hand.
Vorverkauf in beiden Häusern ab 10 Uhr ununterbrochen.

Barowsky - Bühnen
Theater in der Kleingärtner Straße
Täglich 8 1/2 Uhr
Professor Bornhardt
von Fritz Schaller
Regie: Peter Benary
Komödienhaus
Täglich 8 1/2 Uhr
Der Lügner und die Nonne
von GUST GÖTT

Am 26. Februar, 9 Uhr, entschlief im Alter von 71 Jahren nach kurzem schweren Leiden meine liebe gute Frau, unsere liebe Mutter, Schwieger-, Großmutter und Schwester
Otilie Lucht
geb. Falenberg.
Für die trauernden Hinterbliebenen
Franz Lucht, Berlin, Lindenstraße 2.
Die Einäscherung findet am Montag, den 3. März, 13 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße statt.

GERMANIA PALAST
Frankfurter Allee 313-314
Harry Liedtke, Peggy Norman
171
Donauwalzer
mit Ernst Verebes, Harry Hardt
Auf der Bühne:
Die weltberühmte Tänzerin
Celly de Rheldi
mit ihrem aus 18 Personen bestehenden Ballett
Jugendliche haben Zutritt
Beginn der Vorstellungen: Wochentags 5, 7, 9 Uhr. - Sonntags 3, 5, 7, 9 Uhr, keine erhöhten Preise.

Reichshallen-Theater
Abends 8. Sonntag nachm. 7.
Stettiner-Sänger
Freitag, 29. 2., zum 100. Male in letztem Male
ab 1. 3. Sonntag, 1. Sonntag
Karten: 2.50, 2.00, 1.50, 1.00, 0.50
Dönhofs-Brettel:
Variété - Konzert - Tans

ROSE Theater
Große Frankfurter Straße 132
Billettische: Alex. 3422 und 3494
Täglich 8 1/2 Uhr (Sonntags 9 U.)
Nur noch wenige Male
Die entsetzliche Operette v. W. Müller
„Gasparene“
Für die Kinder:
Sonntag 3 U., Sonntag 2.30 U.
„Aschenbröckchen“
Große Ausspielungs-Märchen
Sonntag 5.35 Uhr Zum 30. und letzten Male
„Die Csárdás-Grafin“
Ab 1. März jeden Sonntag
11.30 Uhr Nachtvorstellung
„Der Mustergalle“

NEUE WELT
U-Bahn Hermannplatz. Arnold Scholt. Eisenstraße 108/14
Gr. Bockbierfest
Sonntag: Großer Alpenball
Freitag, den 7. März 1930:
Winterfest der Berliner Feuerwehr.
Mitwirkende: Genl. Gysalewicz, Leonh. Horn, Lotte Werkmeister, Rosi Langer, Karl Pfaffen, Ballett der Feuerwehr.

Berliner Uik-Trio
Neukölln, Lehmannstr. 74/75
Kleines Theater.
Merker 1624
Tägl. 8 1/2 Uhr
Der Walzer von heute Nacht!
Erika Glassner, Hilke Wörner, Herman Schütz
Pianetarium
am Zoo
Tägl. 8 1/2 Uhr
10 1/2 Uhr Die Wintersternbilder
18 1/2 Uhr Der Plan Jupiter
20 1/2 Uhr Merkurbild
Eintritt 1 Mark. Kinder 50 Pf.
Mitwochs halbe Kassapreise.

Hotel Stadt Lemberg
Täglich 8 1/2 Uhr
Musik von Gilbert, Käthe Dorsch, Leo Schützendorf

Operettenhaus
Alte Jakobstr. 6/32
(Zentral-Theater)
Täglich 8 1/2 Uhr
Die Fledermaus
mit Gustav Matzner
Preise 1, 2, 3 M.
Sonntag 1.30 Uhr
Schneewittchen
8 Uhr
Friederike

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Einäscherung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters und Großvaters
Wilhelm Stary
legen wie unseren herzlichsten Dank.
Berl. 111, Stephanstr. 63.

Lessing-Theater
Weidenplatz 5291 u. 5293
Täglich 8 Uhr
Affäre Dreyfus
von Rehfisch und Herzog

Tranon-Theater
Georgenstr. 9
Täglich 8 1/2 Uhr
Die Freundin
von Emma Lehmann
Preise 1, 2, 3, 4 M.
Sonntag
3 U. Dorarädchen
3 Uhr Gasparene

Lankagung.
Für die herzliche Teilnahme bei der Einäscherung meines lieben Mannes, unseres Vaters
Otto Jaenicke
legen wie allen Teilnehmern unserer herzlichsten Dank.
Luisenpark und Kinder.
Rosenstraße 11.

Lustspielhaus
Friedrichstr. 236.
Bergmann 2922/23.
Täglich 8 1/2 Uhr
Liebe auf den zweiten Blick

Lustspielhaus
Friedrichstr. 236.
Bergmann 2922/23.
Täglich 8 1/2 Uhr
Liebe auf den zweiten Blick

Herde 18
MONATS-RATEN
Raddatze
Berlin, Jakobstr. 102/103

S. Pepper: Panorama einer Reise

Hawaii. Eine Inselgruppe im Stillen Ozean. Bitte, im Atlas nachzuschlagen. Cook hat sie entdeckt, und das war wahrscheinlich einer höheren Gerechtigkeit wider den Strich. Die Eingeborenen schlugen ihn tot. Damit war's aus. Die Amerikaner sind eigentlich die richtigen Entdecker der Inseln. Sie injizierten eine kleine Revolution und setzten sich fest. Natürlich nur, um den Konatzen Kultur zu bringen. Versteht sich. Aber es muß unverdauliches Zeug gewesen sein, was sie brachten, denn die Konatzen gehen langsam daran zugrunde. Sie sterben aus. Bald wird man sie unter Natursehens stellen. Die Moral rechtfertigt alles und die Puritaner franten direkt an moralischem Ueberfluß. Und wer an die Moral nicht glauben will, der glaubt bestimmt an das Militär, das sie dort eingestiftet haben. Ich glaube, es sind 25.000 Mann. Die Amerikaner wissen jetzt, daß ihnen die Inseln sicher sind. Jetzt machen sie Klammern dafür. Hawaii ist ihre Riviera. Sie sind stolz darauf. Jeder Amerikaner, auch wenn er kein Millionär ist und eine Privatjacht besitzt, schwärmt davon. Durch Schrift, Musik und Film wird ein Hawaiiakt herangezogen. Man nennt die Insel „das Paradies des Stillen Ozeans“ und tut so, als ob die Amerikaner es dazu gemacht hätten. Luxusausgaben von Dampfern verkehren regelmäßig zwischen den wichtigsten Häfen der Westküste Amerikas und Honolulu. Und die abgepumpten Millionäre und die von Gott weniger Begnadeten fahren anstatt nach Monte Carlo nach Hawaii.

Man kann auch im Zwischendeck nach Hawaii fahren. Das dauert auch nicht länger als sechs Tage, und wir freuten uns damals, daß es für die 1. Klasse genau so lange dauerte. Hier hatten sie uns nichts voraus. Wir waren eine bunte Gesellschaft im Zwischendeck. Ich war der jüngste, und ich kam mit allen gut aus. Die meisten Frauen, die Zwischendeck fuhren, reagierten ihre Reitergefühle auf mich ab und manche wünschten mich im Stillen um zehn Jahre älter. Die Männer brüsteten sich mir gegenüber mit den Erfahrungen, die sie mir voraus zu haben glaubten und behandelten mich ein bißchen schuttmesserhaft.

Es war ein Erlebnis für mich, in südliche Breiten zu kommen. Eines Tages war das Meer so blau wie der Himmel. Und wie blau der war! Man sah in Hand und Hufe herum, und die Passagiere 1. Klasse erschienen in Tropenanzügen. Alles Sonne und Wärme. Farbe. Wie eine Rote wuschte man sich in irgendwelcher Ecke und ließ das auf sich einströmen. Man war feil, schielte in Zwischendeck einmal ein, erwachte und gähnte breit und behaglich. Und es kam keiner, einen zur Arbeit zu holen und einem dies und jenes zu befehlen. Abends kamen die Kanaken, die auf dem Schiff beschäftigt waren, und legten sich zu uns. Die Gitarren wurden hervorgeholt und sie begleiteten ihre Lieder damit. Man lag lang ausgebreitet und rauchte und hörte am Heß die Schranke im Wasser wühlen. Am Himmel hingen große Sterne und die Dunkelheit war weich wie Samt. Aber schließlich war man eben doch auf einem Schiff, wo Menschen ausgebeutet wurden. „Was willst du denn eigentlich auf den Inseln?“, fragte man mich. „Das möchte ich selbst nicht wissen.“ „Warum sagst du denn hin?“ „Blau so“, sagte ich und da staunten sie. Dabei war es die Wahrheit. Es war Ausweg, Flucht, Rettung, Liederlust, Kofferwerden, alles in einem. Ich hatte in San Francisco ein Schiffschlüssel gekauft. Einfach ein Schiffschlüssel, und daß ich damit nun zufällig nach Honolulu fahren konnte, war im Grunde unwichtig. Es hätte ebenso gut Madagaskar sein können.

„Morgen kommen wir an“ hieß es eines Tages. Da wurden die Sachen zusammengepackt, und mir war ein bißchen bangs. Auf dem Schiff war man so geborgen. Aber dann, dann... Ein fremdes Land, keine Bekannten, wenig Geld. — Neugierig war ich doch. Das war gesund. Und ich konnte mich über die fliegenden Fische und das herrliche Wetter freuen. Ich reiste ja noch immer. Zwar nur Zwischendeck, aber ich pliff darauf und wurde am Ende noch übermüht. Aus innerer Unsicherheit. Das war auch wieder richtig. Am Hafen von Honolulu schwammen braune Kanakajungen um das Schiff und tauchten nach Geldstücken. Es war alles richtig injiziert und so, wie die Reisefataloge es anzeigten. Nichts fehlte, es klappte alles. Die obliquen hawaiischen Mädchen mit den Blumenkränzen waren da. Natürlich nur für die Passagiere 1. Klasse. Eine Kapelle spielte und unterdrängte eine bunte Volksmenge. Richtig bunt, in der Gesichtsfarbe und den Kleidern. Es herrschte Gönnerstimmung. Die Psychologie solcher Stimmungen ist den Deuten von der Ration Rationation Company natürlich gut bekannt. Und man gebraucht alle Mittel, sie nicht verfluchen zu lassen. Die Ankommenenden werden mit Blumenkränzen behängt, deren Duft sie halb benebelt. Das Fortbewerkzeug ringsumher blüht mit, die Sinne zu verwirren. Die Eindrücke überfließen sich. Das klare Denken hört auf. Und wenn man sich zu erinnern versucht, denkt man an einen großen, bunten Farbensack, über den man sich gestreut hat.

Und dann hand man plötzlich auf der Straße und wußte nicht mehr. Man war befangen. Man gehörte nicht dazu. Ich war ja kein Tourist. Diesen bleibst dies Gefühl erspart, für sie ist alles vorbereitet. Ich war ein Fremdkörper, der einzubringen versuchte, und ich spürte schon den stillen Widerstand. Es war wieder alles finstros und verworren. Begehunglos.

Ich lief durch die Straßen. Es war warm und ich schwitzte. Auf den Straßen war trotz der frühen Morgenstunde ein lebhafter Verkehr. Ich ging zu einer Frau, deren Adresse mir ein Gepäckagent am Hafen gegeben hatte, und dort mietete ich noch am selben Vormittag ein Zimmer. Die Wirtin war eine große Frau mit einem Hutkopf. Aber sie hatte so dünnes Haar, daß ihr die Strähnen dauernd um den Kopf flatterten, und sie sah immer unordentlich aus. Man merkte aber, daß sie gutmütig war. Außerdem war noch eine alte Jungfer da. Die hinkte und war Beutnant in der Heilsarmee. Sie hatte einen Anschlag zu einem Schnurbart und eine liegerliche Stimme. Das Haus lag von der Straße ziemlich entfernt zwischen Palmen, Mangobäumen und Bananenstauden. Dicht daneben war eine christlich-chinesische Kirche. Ich besand mich also gewissermaßen in gewählter Umgebung und wurde Sonntagmorgens vom Chorgesang der Chinesen und der winternden Orgel gewedt. Wie erbaulich das war, kann sich jeder selbst ausdenken. Die einfachen Bretterwände des Hauses ließen jedes Geräusch hindurch, und die Gabelstühle hielten zwar die Moskitos ein wenig ab, aber sonst nichts. Im Anfang war alles fremd. Die Wärme, die Stadt, Menschen, Bäume und Blumen. Nachts bitten einen die Moskitos trotz des Reges, unter dem es schneit und unangenehm war. Ich entdeckte aber bald das amerikanische Gesicht in allem — dieses Henry-Ford-Gesicht mit den rationalen Stuppen und dem puritanischen Zweckmäßigkeitsausdruck.

Am Abend des ersten Sonntags in Honolulu war ich nach Waikiki hinausgegangen. Nach dem, was man sozial Klammern macht und das gar nicht so ist. Es war eine Besinnungsacht, und ich war ein bißchen sentimental und dachte an Mädchen. Das Meer, die Palmen, die Blumen schienen auch daran zu denken. Die ganze Natur befand sich in einem Überflutungsstadium. Dann kam es anders. Ganz plötzlich. Jemand hielt meine Arme von hinten fest. Ich sah nur die Schatten von zwei Gestalten. Dann war es, als ob das Licht ausging, und ich kippte um. Und jetzt liegt etwas dazwischen, das ich mit Gedankenstrichen ausfüllen muß. Bis ich mich wieder fühle. Aber da wußte ich noch immer nicht, was eigentlich los war. Es vergingen Minuten, ehe ich spürte, daß mir der Schädel ganz verflucht war. Und daß es mir noch über das Gesicht lief. Ich richtete mich auf und sah mich um. Ein großer dummer Mond hing am Himmel, und es war überall merkwürdig still. Ich lag in Unterhosen hinter Sträußern und als immer noch relativ guter Deutscher dachte ich: das darfst du ja eigentlich gar nicht. Das ist ja verboten. Dann begann ich, mir das Vorgefallene zu erzählen: Du bist überfallen worden von zwei Soldaten. Die brauchten dein Geld und deinen Anzug. Vielleicht wollten sie austreihen. Hätten sich auch einen anderen aussuchen können. Berühmte noch mal. Ich richtete mich auf und mir wurde schwindlig und äbel. Ich kroch auf die Straße, wo ab und zu Automobile vorbeifamen. Da stand ich nun in Unterhosen und bot einen unmoralischen Anblick. Endlich stoppte einer seinen Wagen, und es war gar nicht so einfach, die Leute von dem zu überzeugen, was vorgefallen war. Sie waren mißtrauisch. Glaubten ich sei betrunken. Auf der Wache fragten sie auch gleich, ob ich getrunken hätte. Ich verneinte. „Aber Sie riechen doch noch Schnaps!“ Das tat ich. Dagegen war nichts zu machen. Nur die Glasplättchen in meinem Kopfe reiteten mich vor dem Verdacht, das heilige Gesetz der Prohibition übertreten zu haben. Im Protokoll stand: „Ist mit

einer Schnapsflasche über den Teil des Körpers, den man Kopf nennt, geschlagen worden. Es muß ein Rest Schnaps in der Flasche gewesen sein. Daher der Geruch. Was nicht betrunken, sondern ist raubüberfallen worden.“ „So“, sagte der dicke Polizist, der mich verhörte, „Soldaten sind's gewesen. Sie werfen damit eine Schande auf die ganze Armee. Würden Sie die Leute wiedererkennen?“ „Nein“, sagte ich. „Aber wir werden nachforschen“, versprach er. Man brachte mir ein Paar Hosen, die mir dreimal zu groß waren. „Nehmen Sie sie morgen wieder ab“, sagte man. „Sie können gehen.“ Ich war jetzt nur noch Hufe. Alles von mir war drin ausgegangen. Das fremde Kleidungsstück hatte mich aufgereizt. Ich hatte kein Geld mehr und ein Loch im Kopf. Und noch dazu eine schlimme Freude daran, mir auszumalen, was jetzt kommen würde. „Danken Sie Gott, daß Sie mit dem Leben davon gekommen sind“, würden die Leute sagen, und „wie leicht hätten Sie einen Gehirnfehler zurückbehalten können!“

Dann fand ich merkwürdig schnell Arbeit. Von trogen: junge Arbeitstrait. Die Leute, die mich einstellten, erklärten mir zwar immer, sie täten es aus Mitleid. Ich war in Bäckereien, Hotels und Wurstfabriken. Aber nirgends lange. Die Wurstfabrik war eine Schweinerei. Dort rief ich aus, als ich Truthühner, denen man den Hals abgehauen hatte und die noch zappelten, die Federn austupfen sollte. Es war zu ekelhaft. Das Blut und die zuckenden, warmen Leiber. Ich ging nicht wieder dahin zurück. Zur Abwechslung kamen dann ein paar Wochen in einem Krankenhaus. Neben mir lag ein alter Kanake, der langsam in seinem Bett verhaunte. Er hatte sechs Frauen gehabt und eine Unmenge Kinder in die Welt gesetzt. Mehr billige Arbeitstrait.

Das ist das amerikanische Hawaii. Soldaten, Regierungsgebäude, Fabriken und eine Unversität, die herrlich schön gelegen ist und auf der man die unwichtigsten Dinge eben so ernst nimmt wie bei uns. Nur daß es dort schon warm ist. Und wenn man einmal arbeitslos ist, kann man im Freien übernachten, ohne die Knochen zu erfrieren. Wenn die puritanische Moral nicht alles zugedeckt hätte, müßte man dort dauernd nackt herumlaufen und würde sich wohl fühlen.

H. Kemmer: Die Kunst des Inkasso

Im Papierladen.

Inkassieren ist auch eine Kunst und keine geringe, die verstanden sein will, denn mit dem Draußen, Bitteln, Sammeln kommt man heute nicht weit, das ist eine ganzlich veraltete Methode. We kann man z. B. auf ein völlig unempfindlich gewordenes Gewissen einwirken, das auch systematischen Versuchen wie täglichen ermunternden Grüßen nun schon seit Monaten widersteht? Der Papierladenbesitzer, bei dem ich mir (in einem Anflug von Größenwahn) Bittensarten anfertigen ließ, richtete diese Frage, während ich wartete, an einen teilsan Freund, der sich hinter dem Ladentisch spritzte, denn eben ging dieser Herr, ein Beamter, allen Grüßen und Bittens unerachtet, am Schlußfenster vorbei, ohne Miene zu machen, einzutreten und die Geburtsanzeigen eines Töchterchens zahlen zu wollen, die der Ladeninhaber ihm gedruckt hatte. Der Kasse sprang auf: er wolle es fertig kriegen, sagte er, daß der Mann sofort aus eigenem Antrieb hereinkomme und seine Rechnung bezahle — ließ sich die Adresse geben und verschwand. Es dauerte knapp eine Viertelstunde (ich wartete und bejaß stolz die Karten, die eine jede meinen Namen trug), da ging die Tür auf, schwer atmend trat der Beamte ein, einen Zehnmarktschein in der Hand: längst wüßte er die Sache erledigt, beteuerte er, Donnerwetter noch einmal, hier ist das Geld und weg damit!

Wie hast du das gemacht, fragte der Ladeninhaber, als der Kasse kurz darauf zurückkam. Wie hatte er es gemacht? Er hatte eben angefaßt und mit Autoritätsstimme, die man bis in die kleine Zehe hinein spürt, nach Herrn Soundso gefragt, der, nichts Gutes ahnend, sofort selbst erschien: „Sie sind der und der, nicht wahr? Und tun das und das, wie?“ — „Ja, bitte, treten Sie ein, hier in die gute Stube“ (der Beamte wühlte den besten Stuhl ab und schob ihn unter den Kassen). „Sie wären sonst ein ganz brauchbarer Mensch“, sagte dieser, „stehtig und so, aber, sehen Sie, wir haben 200 Beamte ab, da ist es meine Aufgabe, diejenigen herauszufinden, bei denen es irgendwelche Hütchen hat... sagen Sie, haben Sie nicht kleine Lippenstücken, für eine Geburtsanzeige oder so? Na, gut, nehmen Sie danach.“

Ich packte meine Karten und stöh: großer Gott, dachte ich, wenn dieser tolle Mann mit meiner Wirtin zusammenläme...

Der silbergraue Anzug.

Es ist kaum zu glauben, aber wahr: in New York erregt man in einem Anzug von europäischer Machart, gleichviel, ob er aus Berlin, Wien oder Paris stammt, unangenehmes Aufsehen. Man lacht und flüstert hinter einem her, als sei man ein Clown; ja, jetzt im Frühjahr kann ein Clown ebenso unbehelligt über den Broadway wie über den Kurfürstendamm gehen — aber european style: der Europäer, nein, der ist unmisslich, damit erscheint man erst als ein wirklicher, als ein vollständiger Narr.

Als ich in solch' hellerleuchtendem Aufzug mich auf der linken Broadwayseite, dem Times Square näherte, hielt ich über den sich überfluteten Schaufenstern eines Herrenkonfektionsgeschäfts unwillkürlich inne. Da war ein silbergrauer Anzug zu sehen, d. h. der Rock hing wunderbar leicht und lässig elegant über einer dünnen, Köpfe und Beine haben die amerikanischen Schaufenstermodelle ja niemals. Der Anzug war von jener besonderen Farbe, die im Winter dunkel und im Sommer hell wirkt, es war ein ganzjährig zu tragender („all season“) Anzug, wie ihn Fairbanks zu tragen pflegt und, Gott sei's bei, ich glaube sogar Mosephe Renjou. Dieses Silbergrau ist überdies eine patentarte, exklusiv-amerikanische Farbe, die es in Europa überhaupt nicht gibt, die also einen Europäer unbedingt zum Amerikaner stempelt.

„Was essen Sie da?“ fragte der Verkäufer, der — es war ein lauer Abend nach 8 Uhr — noch unter der Tür stand. Er entnahm meiner Tüte einige Pralinen und gab mir später zwei Zigaretten. Wir besprachen alle aktuellen Themen, schließlich bemerkte er, ich sei wohl wegen des silbergrauen Anzugs gekommen, und entnahm dem mittleren Glasschrank, der, wie die Wandstränge, von herrlichen Anzügen trugte, ein amerikanisches Model auf mein Maß.

„Fünfundsechzig Dollar“, sagte mein neuer Freund, nachdem ich den Anzug in einer Zelle anprobiert hatte, die so eng war, daß

ich meine Arme beim Hineinschlüpfen hochhalten mußte, und der Ladeninhaber, erkenntlich an dem steifen Hut auf dem Kopf und der Zigarette zwischen den Zähnen, nickte und sagte: „Fein!“ „Ich habe nur 30 Cent“, sagte ich, „in meine Westentasche greifend.“ „Aber doch ein Bankkonto?“ Ja, ich hatte ein Bankkonto (das war zwar nur ein kleines Sparkonto, das zuerst gründlich und persönlich abgehoben werden muß), um mich aber aus der Affäre zu ziehen, ließ ich mich zum Scherz leicht komplimentieren und stülte mit einem phantastischen Füllfederhalter, den man mir überreichte, ein prunkvolles Formular von der National City Bank aus.

Fünf Tage später (ich hätte indessen meine armen 100-Dollar begehren, in der Absicht, einen 50-Dollar-Anzug zu kaufen und zwei Wochen sorglos zu leben) bekam ich einen (o Wunder!) handgeschriebenen und offenbar sogar von zarter Hand geschriebenen Brief, der mich zu einer Miss Thompson im 17-Gebäude, 42. Straße, Zimmer 404, einlud. Man soll seinen Blick nie im Wege stehen, dachte ich: geht hin!

Miss Thompson entpuppte sich als eine liebliche junge Dame mit „sex appeal“ (wie das Rodemart lautet). Sex appeal ist ein gewisses Etwas, das man weder erklären, noch überlegen, noch abhaken lernen kann, das aber auf Männer unwiderstehlich und hinreichend wirkt. Der Scherz von der National Bank sei zurückgelassen, sagte die Thompson, zeigte zwei Reihen appetitlicher Zähne, übereinanderbaumende Selbsteine und ihre Blässe schob sich förmlich durch die Blüte. Das heißt, sie sah eigentlich in einer pompösen Abendrobe im Büro, als erwartete sie jeden Moment, daß die Tür aufginge und der Prinz von Wales sie zu einem Tanzabend aufsuchte.

Da er das nicht tat, sprang ich für ihn ein. Vom Scherz war nicht mehr die Rede. Wir fuhren ins Rapp, das Kieckma, dann zum Kolossal dancing. Da gab es an die 150 „hostesses“: Tanzmädchen, die man engagieren kann, jede versuchte wie Greta Garbo auszusehen, die meisten haben ihren Chrysler (Wagen) vor der Tür stehen und überhaupt: es ging hoch her. Ich kaufte Steaks a la Cent an der Kasse, handigte nach Bundeszettel vor jedem Tanz einen meiner Dame als Huldigung ein, Miss Thompson war sehr zufrieden mit mir. Sie versuchte ein paar mal vom silbergrauen Anzug zu sprechen, aber darauf fiel ich nicht rein. Diese Sache war erledigt. Dachte ich.

Schließlich gingen wir saupieren. Der Chrysler der Thompson hielt vor einem schönen Bau mit grünweißer Marquise. Wir trugen uns ein, fuhren mit dem Lift hinauf: es war eigentlich alles mehr privat. Warum soll man auch unter so vielen Menschen sein, wenn man mit einer schönen jungen Amerikanerin allein sein kann? Der Kellner trug auf: Essen, Trinken, schließlich Kaffee und Zigaretten. Die Thompsonsche schien auf etwas zu warten, sie guckte mich merkwürdig von der Seite an. Da nahm ich mir ein Herz und griff zu. Im selben Moment schreit sie auf, „wie von einer Tarantel gestochen“, löst man so hüßlich, es war aber schließlich, das ganze Haus läuft zusammen und der Portier erschien wie ein Gott der Rache.

Ich hatte eine Frau „bedrängt“. Ein armes, hornstoffes, unschuldiges, nichtsohnendes kleines Frauchen. Was kann da in U. S. A. nicht alles herauskommen. Kaffer, Lynchjustiz, Millionenstrafen. Da wollte ich schon lieber der Thompson die verlangten 75 Dollar „Schmerzengeld“ einhändigen. Mit Evelyn für den Abend war ich meine 100 Dollar gerade los.

Dafür erschien zu meiner Ueberraschung am nächsten Morgen der silbergraue Anzug. Die Thompson hatte nur einfach das Geld dafür einliefert. Welch herrlicher Austrag! Welch wunderbarer Beruf!

Der heißeste Körper im Universum ist der Aldebaran, der eine Sonne ist wie unsere Sonne, nur viel größer. Die Astronomen haben berechnet, daß er eine Oberflächentemperatur von 8000 Grad aufweist. Er ist etwa zwei Millionen mal so weit von der Erde entfernt wie die Sonne.

Die höchste Eisenbahn der Welt befindet sich in Chile, und zwar erklimmt die Autojagala- und Bololo-Eisenbahn eine Höhe von etwa 1000 Meter.

Die Antwort der Bauarbeiter.

Kündigung sämtlicher Lohnverträge.

Am 25. und 26. Februar tagte in Berlin eine Konferenz des Beirats und des Vorstandes des Bauarbeiterbundes, die u. a. Stellung nahm zu der Frühjahrslohnbewegung in den Hauptberufen des Baugewerksbundes.

Zur Lage der Wirtschaft und des Bundes führte der Bundesvorsitzende, Genosse Bernhard, aus, daß sich durch das Wanken der Bauwirtschaft die Lage zu Ende 1929 katastrophal ausgewirkt habe. Gegenwärtig zählt der Bund 61 Proz. Arbeitslose. Wenn auch die Mitgliederzahl infolge dieser schwierigen Wirtschaftslage etwas zurückgegangen ist, so könne man doch mit dem Mitgliederzuwachs im Jahre 1929 zufrieden sein. Der Bestand der Hauptkasse ist so, daß sie allen Anforderungen gewachsen ist.

Der übermäßigen Vorkriegshaltung im Baugewerbe mußte entschieden entgegengetreten werden. Zu den gegnerischen Gewerkschaften gehört auch die Stahlhelm-Selbsthilfsorganisation, die eine ausgesprochene gelbe Organisation ist. Wer dort Mitglied ist, kann nicht gleichzeitig Mitglied einer freien Gewerkschaft sein. Mit schärfstem Gegenstand muß überall der jetzt mit Hochdruck betriebenen Zerstörungsarbeit der Kommunisten entgegengetreten werden. Die Aussprache wandte sich der Frage zu:

Wie können wir die Bauwirtschaft beleben?

Dabei ergab sich Übereinstimmung, daß mit allen Mitteln versucht werden muß, den Bauwirtschaft zu beleben. Die öffentliche Hand muß konjunkturausgleichende Wirtschaftspolitik treiben. Ein Dauerbestand von drei Millionen Arbeitslosen führt zur Zerrüttung des Staatsgefüges.

Auf der Tagesordnung des etwa zur gleichen Zeit wie der Internationale Gewerkschaftskongress in Stockholm tagenden Kongresses der Bauarbeiter-Internationale werden hauptsächlich Ferien- und Bildungsfragen sowie Fragen der Jugendbewegung und Zulassungsfragen. Selbstverständlich auch Fragen, die Lohn- und Arbeitsbedingungen betreffen. Der Bundeskongress des Deutschen Bauarbeiterbundes wird Ende September d. J. in Frankfurt a. M. abgehalten werden.

Darauf wurde der wichtigste Tagesordnungspunkt der diesmahligen Beiratsitzung:

Die Frühjahrslohnbewegung im Baugewerbe.

bearbeitet. Auch hierzu hielt Genosse Bernhard den einleitenden Vortrag. In diesem Frühjahr werden große Arbeitergruppen in eine Lohnbewegung kommen. Die Bauarbeiter werden dabei — nicht nur zeitlich — in erster Linie stehen. Sie werden, wie schon so oft, von den Unternehmern als Brechstein benutzt werden. Dies geht auch aus einem vertraulichen Schreiben rheinisch-westfälischer Unternehmerverbände hervor, das die Öffentlichkeit gegen die Bauarbeiter aufzupumpen sucht. Das Rundschreiben zeigt, wie man die einzelnen Arbeitergruppen gegeneinander auszuspielen versucht und wie ferner versucht werden soll, die zuständigen Regierungsgremien und die „ganze Apparatur des Reichsarbeitsministeriums“ zu beeinflussen, da

bei dem außerordentlichen Finanzdruck, unter dem die gesamte deutsche Volkswirtschaft zur Zeit steht,

Konjessanen irgendwelchen größeren Ausmaßes eine ganz zweifelhafte inflationäre Auswirkung haben werden. Ein Abbau der hohen Löhne sei dringend geboten. Die Preiskampagne gegen die Bauarbeiter hat bereits eingesetzt. — Den bürgerlichen Zeitungen kommt als Schildehalter der Unternehmer die kommunistische Presse entgegen. Was die „Rote Fahne“ am 24. Februar unter der johlenden Überschrift „Eine Million Bauarbeiter vor dem Kampf“ bringt, ist geradezu verdreht. Es wird dort behauptet, daß die „Verbandsbürokraten“ erklärt hätten, die Arbeitszeit sei im Reichstaxi verankert und der Kampf bis zum 31. März 1931. Auch die Lohnsätze sind nicht. — Im Reichstaxi verankert für Holz, Beton- und Leinwand sind weder Arbeitszeit noch die Löhne geregelt, das ist Sache der Tarifverträge. Aber das brauchen die Befürworter der „Roten Fahne“ nicht zu wissen. Der einzige Zweck ist, die Bauarbeiter gegen ihre Organisation zu heben. Das geht auch aus dem Schlußsatz der „Roten Fahne“ hervor, wo danach die Rede ist, daß der Kampf der Bauarbeiter mit aller Schärfe nicht nur gegen die Unternehmer, sondern auch gegen die „sozial-faschistischen Sozialen“ geführt werden müsse.

Trotz der schlechten Wirtschaftslage ist entmutigender Optimismus nicht angebracht. Alle Argumente der bürgerlichen Presse für die Notwendigkeit des Lohnrückbaus sind nur allzu sehr „an den Haaren“ herbeigezogen. Alles spricht für die

Notwendigkeit einer Verbesserung der Löhne.

Wir weisen zunächst auf den sehr unzulänglichen Lebenshaltungsniveau hin. Er enthält zwar 400 Artikel aller Art, berücksichtigt aber keinerlei Kulturbedürfnisse, berücksichtigt auch nicht die enorme Höhe der Mieten im Wohnbau; er berücksichtigt ferner nicht die Ausgaben für Versicherungszwecke. Wie weit die geistige Verwirrung bei der bürgerlichen und der ihr geistesverwandten Presse geht, zeigt die „Zeitschrift für Wohnungsfragen“, die sich ebenfalls mit den „hohen Löhnen“ der Bauarbeiter beschäftigt. Diese Zeitschrift, die ihrem Titel nach doch vom Wohnungswesen eine besonders richtige Meinung haben sollte, hat ebenfalls — wahrheitsfalsch eingeschüchert durch die „große“ Presse — zu der kommenden Lohnbewegung im Baugewerbe Stellung genommen. Sie ließ sich in Heft 1 vom 10. Januar wie folgt vernehmen: „Kommt man uns im Frühjahr wieder mit höheren Löhnen und Preisforderungen, dann bauen wir eben nicht. Die Bauwirtschaftsführer und die Verbändegebühren werden es sich überlegen müssen, ob es sich noch einmal lohnt, mit dem Feuer zu spielen.“

Diese Zeitschrift, die das Organ des Reichsverbandes Deutscher Wohnungsfürsorgegesellschaften sowie anderer Bauingenieurvereine und der Kommunalen Vereinigung für Wohnungsfragen ist, gibt also ebenfalls der Meinung Ausdruck, daß höhere Löhne auch höhere Preise zur Folge haben müßten. Sie hat noch nichts gehört von gestiegenen Leistungen als Folge höherer Löhne

und somit höherer Lebenshaltung; auch hat sie noch nichts davon gehört, daß die wesentlichen Baukosten weit mehr als die Löhne gestiegen sind. Auch das „Berliner Tageblatt“ vertritt die Auffassung, daß man in der Krisenzeit abbauen müsse. Hinter ihr hält dann die „Bauwelt“ dem Unternehmertum die Stange. So behauptet sie, daß die höheren Akkordlöhne durch Zurückhaltung — also nicht durch gesteigerte Leistung — erzielt werden. Jeder Bauarbeiter sollte aber wissen, daß in erster Linie ausschlaggebend für die Bauwirtschaft sind nicht die Höhe der Löhne, sondern das Maß der Finanzierung und die Höhe der Baustoffpreise. Wie gut das Baugewerbe im

vorigen Jahre verdient haben muß, läßt die Tatsache vermuten, daß bis jetzt noch keine einzige Aktiengesellschaft im Baugewerbe gemagt hat, ihre Bilanz zu veröffentlichen.

Das ist um so verständlicher, wenn man weiß, daß selbst in den schlechtesten Jahren der Bauwirtschaft durchschnittlich nicht weniger Dividenden ausgeschüttet worden sind, als in den besten. Auf der anderen Seite aber steht der Arbeiter. Ihm wird sein Lohn bis zum letzten Pfennig, so sogar darüber hinaus, verweigert. Hingukommt, daß Tausende von Arbeitern kein Anrecht auf Arbeitslosenunterstützung haben, weil sie keine 26 Wochen beschäftigt waren. Demgegenüber ist festzustellen, daß die Unternehmer ihre Betriebe auf Kosten von Reich, Ländern und Gemeinden ausgebaut haben. Daß die Steigerung der Baukosten unabhängig von den Löhnen ist, geht auch aus den Berichten der Wohnungsfürsorgegesellschaften hervor, in denen ausgesprochen wird, daß trotz Lohnrückgang der Index im vorigen Jahre nicht gestiegen ist. Selbst Unternehmerzählungen haben zugeben müssen, daß die Steigerung der Baukosten auf die qualitativ bessere Ausstattung der jetzigen Wohnungen zurückzuführen ist.

Die Ergebnisse der amtlichen Lohnhebung

sind sehr mangelhaft. So sind beispielsweise für ein Gebiet, in dem wir 61 000 Mitglieder haben, nur 17 786 Raureis in der amtlichen Statistik aufgeführt und daraus falsche Schlussfolgerungen gezogen werden. Unsere eigenen Lohnhebungen haben unüberleglich ergeben, daß die Lohnentnahmen der Bauarbeiter über die der Industrie nicht hinausgehen. Schon wenn man gegenüber 1914 — dem letzten Jahr der alten Goldmünze — Vergleiche anstellt, ergibt sich, daß kein Überbleibsel der Vorkriegslöhne eingetraten ist. Wenn man dann noch berücksichtigt, daß heute in 8 Stunden mindestens ebenso viel geleistet wird, wie in 9½ Stunden der Vorkriegszeit, dann ergibt sich aus alledem die Berechtigung und auch die wirtschaftliche Notwendigkeit einer Verbesserung der Lohnsätze, aber auch die Steigerung der Kaufkraft durch Senkung der Preise. Eine Sache, die sich die Regierung, besonders aber auch die Wirtschaftsführer angelegen sein lassen sollten. Für die Gerechtigkeit einer Verbesserung der Löhne im Baugewerbe spricht auch die in den letzten beiden Wintern beschlossene Schlichterstellung der Bauarbeiter in der Arbeitslosenversicherung. Deshalb müssen wir kündigen.

Bei der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen werden wir künftig nicht vorbeigehen an einem Problem, das sich uns besonders durch die Rationalisierung mit immer größerer Deutlichkeit aufdrängt. Das ist die Verkürzung der Arbeitszeit! Deshalb fordern wir neben der Verbesserung der Bauarbeiterlöhne angesichts der ungeheuren Arbeitslosigkeit, daß die Frage der Arbeitszeitverkürzung nicht nur erörtert, sondern in baldmöglichster Zeit gelöst wird. Bis dahin fordern wir auf, jede nicht in wirtschaftlichen Ursachen begründete Überstundenarbeit zu vermeiden.

Nachdem in einer lebhaften Aussprache die von dem Vortragenden angeführten Fragen durchgesprochen und sich alle Redner auf den Standpunkt des Vortrages gestellt hatten, wurde nach einem Schlußwort des Genossen Bernhard

einstimmig die Kündigung der Lohnabkommen beschlossen.

Der Kampf um die Regelung der Löhne im Baugewerbe wird geführt werden auf der Grundlage des bis zum 31. März des nächsten Jahres geltenden Reichstarifvertrages. Der Reichstarifvertrag gibt für hochgelobte schmerzliche Gelüste keinen Raum! Die Bauarbeiter werden wissen, was sie gegenüber den Absichten der Unternehmer und ihrer Presse zu tun haben.

Eisenformer und Berufsgenossen!

Die ihres Postens enthobene Brandenkommision hat zu heute, Freitag, den 28. Februar, eine öffentliche „Brandenversammlung“ einberufen. Wie ersuchen alle Mitglieder wie auch alle anderen freigeistlichen Kollegen, diese Versammlung nicht zu besuchen. Wir haben Mitteilung erhalten, daß den Besuchern dieser Versammlung die Mitgliedsbücher dort abgenommen werden sollen. Unsere Mitglieder kommen dadurch in die Gefahr, ihre Mitgliedschaft und dadurch ihre Rechte im Verbande zu verlieren. Weitere Informationen folgen.

Die Ortsverwaltung des DMB, Berlin.
Heich. Ernst.

Abgewirtschaftet!

APD. hebt Janhagel auf Arbeiterveranstaltungen.

Für die Belegschaft der J. G. Farbenwerke in Treptow war vom Fabrikarbeiterverband eine Betriebsversammlung einberufen worden, in der Genosse Emil Barth sprechen sollte. In den Einladungsgzetteln war ausdrücklich darauf hingewiesen worden, daß dem ersten kommunistischen Disziplinardirektor Gelegenheit gegeben werden sollte, in einer einstündigen Rede die gewerkschaftsfeindliche Stellungnahme der „Opposition“ zu begründen. Gerade dieses Zugeständnis schielte den revolutionären Kampfgeist bei den J. G. Farbenwerken unangenehm gewesen zu sein, weshalb sie es von vornherein darauf anlegten, sich durch die Sprengung der Versammlung vor dieser Stellungnahme zu drücken.

Nachdem der Referent bereits das Wort ergriffen hatte, meldete sich der aus dem Fabrikarbeiterverband ausgeschlossene Betriebsratsvorsitzende Stude zur Geschäftsordnung. Er konnte nicht mehr berücksichtigt werden. Darauf setzte die verabredete Störung ein. Der Referent sowohl wie der Versammlungsleiter Genosse Barth wurden von den meist betriebsfremden Kadaverhändlern mit Jureken bedacht wie Lumpen, Strohhalme, gekaufte Subjekte usw. Als Genosse Barth darauf erwiderte, daß sich gestützte Arbeiter nicht so betrogen, sondern höchstens Tausungen, stürzte der so lange im Hintergrund gebliebene Stichtrupp betriebsfremder Elemente mit erhobenen Säulen auf die Bühne und begann mit Häufen und Stühlen auf die Genossen Barth und Barth einzuschlagen. Die Bedrohten erwehrten sich aber der Angriffe und mit Hilfe des Wirtes wurden die Kaufbolde von der Bühne gedrängt. Nachdem einige dieser Randalierer durch die Flucht in den Treptower Park ihrer Bestimmung entzogen hatten und jemand den noch zurückgebliebenen „Halben“ den blinden Mann zurief, daß ein Heberfallkommando nahe, türmten auch diese Unentwegten, wie von einem Tiger verjagt, aus dem Saal.

Die „Rote Fahne“, die gestern über diesen „Stieg“ auf der ersten Seite ihres Hauptblattes berichtet und zur Nachahmung auch in anderen Betrieben auffordert, läßt natürlich nicht die kommunistischen Strauchritter ausruhen, sondern die Genossen Barth und Barth.

Ebenso ist es am Mittwoch einem kommunistischen Stichtrupp gelungen, die Abhaltung einer von den freien Gewerkschaften einberufenen Versammlung der organisierten Handwerker bei der Reiteri Halle zu verhindern. Das räumlich schlecht gelegene Versammlungslokal in Moabit war von betriebsfremden und bei der Firma nicht als Handwerker beschäftigten Jugendlichen besetzt worden, die sich trotz mehrmaliger Aufforderung nicht entfernten. Die Gewerkschaftsvertreter schlossen darauf kurzerhand die Versammlung mit dem Hinweis, daß die nächste Versammlung in einem Lokal stattfinden werde, wo solche Überherrumpelungen nicht möglich sind.

Natürlich berichtete die „Rote Fahne“ auch hier von einer „Sticht“ der Organisationsvertreter. Sie nimmt an, diese Unterfangen würden bei der Arbeiterchaft besondere Sympathien für die APD. wecken. Die Arbeiterchaft, die mit geistigen Waffen kämpft, wird ihre Versammlungen nicht zum Tummelplatz des Janhagels machen lassen, den die APD. auf die Gewerkschaftsversammlungen heft.

Ein unmöglicher Arbeiterrat.

Wie freyer die Interessen der Arbeiter wahrnimmt.

Die Verkehrs-AG. hat aus wirtschaftlichen Gründen eine Anzahl von Arbeitern entlassen, nachdem es die kommunistische Mehrheit des Arbeiterrats abgelehnt hatte, die Entlassungen durch Arbeitsstrafung zu vermeiden. 70 Arbeiter, die nun durch diese Haltung der kommunistischen Arbeiterratsmehrheit brotlos geworden sind, verlangten, daß das Arbeitsgericht ihre Entlassung als ungerechtfertigt erklärt. Als Vertreter der Arbeiter trat vor Gericht der Vorsitzende des Arbeiterrats der Verkehrs-AG., der Kommunist Freyer, auf. Der Vertreter der Verkehrs-AG. bestritt zunächst, daß überhaupt ein Beschluß des Arbeiterrats gefaßt worden sei, die Klage der Entlassenen vor dem Arbeitsgericht zu vertreten. Deshalb müsse die Klage aus formellen Gründen abgewiesen werden, denn aus eigener Machtvollkommenheit könne der Arbeiterratsvorsitzende die Klage nicht führen.

Freyer mußte zugeben, daß der Arbeiterrat einen derartigen Beschluß nicht gefaßt hat. Er habe es aber für selbstverständlich gehalten, daß der Arbeiterrat, nachdem er den Einspruch der Entlassenen gebilligt habe, auch deren Klage vertritt. Er beantragte, den Termin zu verlagern, damit er den Beschluß des Arbeiterrats nachträglich herbeiführen könne!

Der Vorsitzende, Amtsgerichtsrat Richter, verkündete als Ansicht des Gerichts, daß nach dem Betriebsratsgesetz ein formeller Beschluß zur Klageerhebung vorliegen müsse. Da ein solcher Beschluß nicht gefaßt sei, so werde das Gericht, so leid es ihm tue, die Klage abweisen müssen. Eine Verlegung zur Nachholung des Beschlusses habe das Gericht abgelehnt. Diese Darlegungen sollten nur als Rechtsbelehrung für die Parteien gelten. Der Beschluß des Gerichts über die Formfrage soll am 6. März verkündet werden.

Die Freyer und Genossen haben großsprecherisch den Beschluß der Direktion abgelehnt und dagegen den Streik angekündigt. Vor dem „revolutionären Kampf“ haben sie sich feige gedrückt und begnügen sich, vor das bürgerliche Klassengericht zu gehen. Aber nicht einmal dazu sind sie fähig. Sie können weder kämpfen, noch verhandeln. Sie können nur die Arbeiter ins Unglück stürzen.

Die Entlohnung der Zeitungshändler.

Der Gesamtverband ruft zu Sonntag, um 11½ Uhr, nach dem „Dresdener Gazetten“ eine Versammlung der Zeitungshändler zu. Der Zweck dieser Versammlung ist, die Zeitungshändler, die sich bisher um gewerkschaftliche Fragen nur wenig gekümmert haben, einheitlich organisatorisch zusammenzufassen. Das Bestreben, die Lohn- und Arbeitsbedingungen ebenso zu regeln, wie sie für die Arbeiter in den Betrieben seit Jahren festgelegt sind, geht von den Zeitungshändlern selbst aus. Den äußeren Anlaß dazu hat das Vorgehen einiger bürgerlicher Verlagsunternehmen gegeben, die zum Abbau der an sich nur minimalen festen Bezüge der Zeitungshändler übergegangen sind. Der Beschluß der Versammlung am Sonntag wird der Organisation zeigen, ob und inwieweit sie in der Lage ist, das Chaos in der Entlohnung der Berliner Zeitungshändler zu beseitigen.

Dänische Buchdruckerbewegung erfolgreich.

Kopenhagen, 27. Februar. (Eigenbericht.)

Die Ankündigung des Buchdruckerstreiks für kommenden Sonnabend ist nunmehr zurückgezogen worden, da der von dem amtlichen Schlichter bei den Parteien vorgebrachte Vermittlungsvorschlag nun angenommen worden ist, und zwar von beiden Parteien. Der Vorschlag, der die Grundlage des neuen Lohnabkommens bildet, enthält verschiedene Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse für Buchdrucker. Der Lohn wird um 1 bis 2 Kronen wöchentlich erhöht. Die Arbeitszeit wird auf 7½ Stunden festgelegt für alle Arbeiter, deren Arbeitszeit nach 24 Uhr endet.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Beitrag, Freitag, 19. Februar, tags im Gewerkschafts-Bezirk: Jugendklub im Saal des Gewerkschafts-Bezirks, 11. Cde. Ebnstraße. Vortrag: „Das Räbel in der 1931.“ — Gedenken, Gedenken: Gedenken an die 1931. Vortrag: „Eine Reise nach dem Rand.“ — Gedenken: Gedenken an die 1931. Vortrag: „Ein Tag im Arbeitsverhältnis.“ — Gedenken: Gedenken an die 1931. Vortrag: „Die Arbeiterbewegung in Deutschland.“ — Gedenken: Gedenken an die 1931. Vortrag: „Die Arbeiterbewegung in Deutschland.“

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Anaristen

Beitrag, Freitag, 19. Februar, tags im Gewerkschafts-Bezirk: Jugendklub im Saal des Gewerkschafts-Bezirks, 11. Cde. Ebnstraße. Vortrag: „Das Räbel in der 1931.“ — Gedenken, Gedenken: Gedenken an die 1931. Vortrag: „Eine Reise nach dem Rand.“ — Gedenken: Gedenken an die 1931. Vortrag: „Ein Tag im Arbeitsverhältnis.“ — Gedenken: Gedenken an die 1931. Vortrag: „Die Arbeiterbewegung in Deutschland.“ — Gedenken: Gedenken an die 1931. Vortrag: „Die Arbeiterbewegung in Deutschland.“

Wenn Schmerzen..... Logal-Tabletten!

Logal-Tabletten sind ein bewährtes Mittel bei Rheuma, Gicht, Ischias, Rippe, Nerven- u. Kopfschmerz, Erkältungskrankheiten. Et. notor. Schlichter, amerikan. über 5000 Ärzte, darunter viele bedeutende Professoren die gute Wirkung des Logal (keine unliebsamen Nebenwirkungen) Entfesselt die Dornstacheln! Ein Versuch überzeugt! Fragen Sie Ihren Arzt. In allen Apotheken 1.40. 6,46 China 12,6 Lith 74,3 Acid. acet. sol. ad 100 Amyl

Straffe Zentralisierung Berlins?

Verwaltungssystem von höchster Wirtschaftlichkeit tut not!

Mit der Beschleunigung des nachstehenden Artikels seien die Diskussion über das geplante Reformwerk der Berliner Verwaltung... (Text continues with details of the administrative reform discussion)

Bei der Aussprache über die Neugestaltung der Berliner Kommunalverwaltung schlen sich die gegensätzlichen Gesichtspunkte nimmer deutlicher heraus. Es sind das im wesentlichen die gleichen Fragen wie bei der Gestaltung des Gesetzes vom Jahre 1920; Abgrenzung der Aufgaben und Befugnisse für Zentrale und Bezirke. Bei der Gestaltung der Berliner Verwaltung im Jahre 1920 erwuchs aus dem Widerstreit die Einheitsgemeinde, die Gesamtgemeinde das gegenwärtige Kampfrichtungsgebilde, dessen Mängel alsbald sichtbar wurden. Die Reformbedürftigkeit war bald nach Inkrafttreten des Gesetzes offenbar, weniger die Reformdringlichkeit, da bereits Befürchtungen bestanden, daß eine Dezentralisation in der Richtung der Gesamtgemeinde sich würde durchsetzen können.

Die Konstruktion der Einheitsgemeinde Berlin beruht auf dem zentralistischen Prinzip, das jedoch belastet ist mit Organisationsmerkmalen föderalistischen Charakters. Dieser Konstruktionsfehler erklärt sich aus dem Umstand, daß es 1920 nicht gelang, die traditionell gewordenen föderalistischen Organisationsmerkmale restlos aufzulösen. Den Verteidigern des föderalistischen Organisationsprinzips, die vertriebt hinter einer Prärogative über zentralistische Bürokratisierung kämpften, ist nicht zum wenigsten die Schaffung der 30 Verwaltungsbezirke zu verdanken. Nur dadurch, daß die fast auf föderalistischer Grundlage aufgebauten Verwaltungsbezirke so gut wie entmündigt wurden, konnte sich das zentralistische Prinzip in der Zentrale überhaupt entwickeln, die Einheitsgemeinde behaupten.

Der 1920 aus der Not zur Jugend erhobene Konstruktionsfehler mit den 30 Bezirken muß behoben werden, und das je schneller um so besser.

Über die Aufgaben der Bezirke besteht so gut wie Einmütigkeit. Die Verwaltung auf Grund der in der Zentrale gefassten Beschlüsse und der darauf beruhenden Befehle ergibt zwangsläufig den Aufgabenzirkel der Bezirke. Ein aus der Bürgerschaft gewählter Kontrollapparat, Bezirksversammlung oder Bezirksdeputation ist der Leitung der Bezirke zur Seite zu stellen. Dem zentralistischen Prinzip entspricht es durchaus, daß der Vorstehende des Bezirks Mitglied der Zentrale ist. Die gegenwärtige Stützordnung macht den jetzigen Zustand mit den Bezirksbürgermeistern schwer haltbar. Die von den Bezirken gewählten Bezirksbürgermeister nehmen gegenüber dem zentralen Magistrat eine stark herausgehobene Stellung ein, insbesondere als die in ihrer Autonomie lastierten Bezirksversammlungen, auch unfruchtliche Kammerschulen genannt, so gut wie einflusslos sind. Aus dieser herausgehobenen Stellung haben sich denn auch berechtigt oder unberechtigt die inoffiziellen Konferenzen der Bezirksbürgermeister erst herausbilden können.

Die Eingliederung der Bezirksbürgermeister in den zentralen Magistrat führt zwingend zu einer Verminderung der Zahl der Mitglieder des zentralen Magistrats. Welcher Regierungsapparat eines großen Landes zählt 24 Minister? Ein schließlich der Staatssekretäre kommt kaum eine solche Zahl heraus.

Vom Standpunkt der zentralistischen Leitung ist den Bezirksbürgermeistern die Mitverantwortung für die zentrale Leitung zu übertragen.

Die Vermutung der Bezirke auf dezentraler Grundlage wird dadurch in keiner Weise beeinträchtigt, im Gegenteil. Das Einkammersystem in den Bezirken vereinfacht die Verwaltung, ist auch geeignet, den Verkehr zwischen Bezirken und Zentrale reibungsloser zu gestalten. Eine Unterstellung weiträumiger Bezirke in Unterbezirke muß Zweckmäßigkeitserwägungen überlassen bleiben, wobei dann das gleiche System Anwendung finden muß, wie zwischen Zentrale und Bezirk, d. h. der Vorstehende des Unterbezirks ist Mitglied der Bezirksleitung. Allgemein ist eine Beschränkung der Zahl der Mitglieder der Bezirksleitung anzuraten. Daraus ergibt sich zwangsläufig die Befähigung der unbesoldeten Stadträte in den Bezirken. Für die Befähigung der unbesoldeten Stadträte in der Zentrale gibt es ebenso wenig triftige Gründe. Kann dem unbesoldeten Stadtrat aus Gründen begrenzter Arbeits-

fähigkeit nur ein kleines Arbeitsfeld zugewiesen werden, so wird der unbesoldete Stadtrat, von Ausnahmen abgesehen, im wesentlichen eine Repräsentationsfigur und als solche die Arbeitsfähigkeit der zentralen Körperschaft erschweren. Der zentrale Magistrat muß von jeder Schwerfälligkeit frei bleiben. Das System der Registratursverfassung führt noch ganz besonders die Stellung der Fachdeponenten. Ein Einkammersystem, in dessen zentraler Leitung die Bezirksvorsitzenden als verantwortliche Verwaltungsbeyernenten Mitglieder der Zentrale sind, schwächt das Übergewicht des Fachdeponententums. Freilich wird ein hervorragender Fachdeponent sich entsprechend Einfluss zu sichern vermögen.

Weder die unbesoldeten Stadträte noch die Registratursverfassung können prinzipielle Verteilungspolitiken sein. Die Eingliederung der Bezirksvorsitzenden in den zentralen Magistrat verleiht das demokratisch-zentralistische Prinzip. Im autoritären-zentralistischen Organisationsprinzip ist die nachgeordnete Stelle subaltern, unterliegt der Kontrolle der Befehlsgewalt der übergeordneten Instanz. Neben der Kontrolle der Verwaltungsgeschäfte ist Kommunalpolitisch Wirtschaftspolitik. Diese fordert ein Verwaltungssystem von höchster Wirtschaftlichkeit.

Xaver Kamrowski

Aus der Arbeit der Bezirke.

Debatte über Schulfragen.

5. Bezirk - Friedrichshain.

Eine auf Antrag der Kommunisten einberufene außerordentliche Bezirksversammlung beschäftigte sich mit dem Rest der Tagesordnung der ordentlichen Sitzung, ohne auch diesmal alle Punkte zu erledigen. Die Kommunisten verlangten, daß ihre Anfragen über die Auswirkung der Spornmaßnahmen im Bezirk sofort beantwortet werden. Genosse Klingler macht die Kommunisten darauf aufmerksam, daß ihnen das dem Bezirksamt zur Verfügung stehende Material bereits im Haushaltsausdruck der Stadtverordnetenversammlung unterbreitet worden sei. Dann teilt der Vorsitzende Genosse Ködlich mit, daß er einen Antrag der SPD, einem im Bezirk wohnenden Arbeiter eine andere Wohnung zuzuwenden, nicht habe auf die Tagesordnung setzen können, da dadurch die Zuständigkeit der Bezirksversammlung wesentlich überschritten werde. Herr Bänisch wünschte die sofortige Beratung des Antrags. Genosse Klingler weist darauf hin, daß es unmöglich sei, daß sich die Bezirksversammlung mit allen möglichen Dingen beschäftige. Wir haben im Bezirk 17000 Wohnungssuchende, von denen Tausende leider ebenso schlecht wohnen, wie der von den Kommunisten Protegierte. Schaffen wir hier einen Ausnahmefall, dann steht jeder Fraktion das Recht zu, gleichartige Anträge zu stellen und wir könnten somit in Permanenz liegen. Der Einspruch der SPD wird abgelehnt. Wegen der Vorgänge im Karl-Liebknecht-Haus haben die Kommunisten einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, dem jedoch widersprochen wird. Eine Vorlage des Bezirksamts, die Schulhöfe in der Wäldenstraße 50, Marxstraße 49, Löffler Straße 4/5, Renner Straße 24 sowie in der Diefelmeierstraße 5/6 in Lärn- und Spielplätze umzuwandeln, gab Anlaß zu einer ausgedehnten Aussprache über die schlechten Schulverhältnisse im Bezirk, insbesondere beschäftigte man sich mit der immer noch nicht vollständig behobenen Not in der Gemeindeschule in der Rüdigerstraße. Der deutschnationalen Bezirksverordnete Trellin wendet sich gegen die Vorlage, da bei Annahme dieser die meisten Bäume auf den Schulhöfen verschwinden würden. Bürgermeister Genosse Rieck erwidert, daß keine Rede davon sein kann, daß unnützerweise Bäume abgeholt werden. Für die Abholung kommen nur Bäume in Frage, die die Spiele der Kinder behindern oder Anlaß zu Unfällen geben könnten. Das Bezirksamt ist durchaus befreit, den an sich schon geringen Baumbestand im Bezirk zu erhalten. Genosse Wardus stimmt der

Vorlage zu und spricht die Freude der sozialdemokratischen Fraktion darüber aus, daß das Bezirksamt jede Möglichkeit wahrnehme, untern proletarischen Kinder aus den Not- armen, schmutzigen Hinterhöfen und aus dem Verkehrstübel der Straße auf sonnige Plätze zu führen. Die Vorlage wird einem besonderen Ausschuss überwiesen. Genosse Theel stellt verschiedene Unrichtigkeiten eines kommunistischen Redners richtig, der sich über die Verhältnisse der Schule in der Rüdigerstraße äußerte. Dem Kern des kommunistischen Antrages könne die sozialdemokratische Fraktion zustimmen. Er beantragt jedoch, das Bezirksamt aufzufordern, bei allen in Frage kommenden Stellen dahin zu wirken, daß die von der Stadtverordnetenversammlung bewilligten 324000 Mark für Erneuerungsarbeiten in der 30. Volksschule restlos zur Verfügung gestellt werden, damit die notwendigen Arbeiten so schnell als möglich ausgeführt werden können. Stadtrat Genosse Günther regelt gleichfalls unrichtige Darstellungen des kommunistischen Bändchleit, der behauptet hat, daß der Magistrat nur Aufwendungen für die höheren Schulen mache. Der Abänderungsantrag des Genossen Theel wurde angenommen, und darauf Beratung beschlossen.

Kommunisten gegen Bauhöfen.

14. Bezirk - Neukölln.

Die Neuköllner Bezirksversammlung konnte am Mittwoch endlich davon geben, die 30 aufgelaufenen Anträge und Entwürfe zu behandeln. Die meisten Anträge hatten natürlich die Kommunisten gestellt. Die unverantwortlich sie dabei vorgehen, zeigte die Zurücknahme eines Antrages gegen einen Lehrer. Der Kommunist Banne mußte selbst zugeben, daß die Behauptungen des Antrages nicht zuträfen. Die Fraktion der Mitte hatte einen Antrag eingebracht, der eine öffentliche Ausschreibung aller Bauarbeiten verlangte und gegen eine angebliche Bevorzugung der Bauhöfen Stellung nimmt. Das von den bürgerlichen Parteien vorgebrachte Material zu diesem Antrag war wenig überzeugend. Genosse Großmann konnte leicht nachweisen, daß die privaten Unternehmer lediglich die unangenehme Konkurrenz der Bauhöfen loswerden wollen. Der Kommunist Schiff hielt eine lange Rede gegen die Bauhöfen. In seinem Eifer ging er sogar so weit, für private kapitalistische Baubetriebe einzutreten. Vor allem wandte er sich dagegen, daß in den Bauhöfen nur gewerkschaftlich organisierte Arbeiter beschäftigt werden. Der Antrag wurde

Beispielloses Frühjahrs-Angebot

Blaue Anzüge

Blaue ist immer modern. — Wer sich geschmackvoll zu kleiden versteht, wird immer wieder einen blauen Anzug tragen.

Frühjahrs-Anzüge

Fabelhafte neue Muster, kleidsame Formen, gute Verarbeitung und beispiellose Billigkeit zeichnen unsere Frühjahrs-Anzüge besonders aus.

Die Qualitätsmarke eigener Herstellung

<p>Haltbarer Moltoncheviot 45.-</p> <p>Kammgarn ein- und zweifach 50.-</p> <p>Reinwollener Pfälzercheviot 65.-</p> <p>Vorzügliches reines Kammgarn 75.-</p> <p>Kammgarn bewährte Qualität 85.-</p> <p>„Unser Schlager“ reines Kammgarn, Fliegenschneider 100.-</p> <p>Maßersatz deutsches und englisches Kammgarn 120.-</p>	<p>Moderne Muster ein- und zweifach 40.-</p> <p>Gestreifter Cheviot 50.-</p> <p>Kammgarnartig in Streifen und Ueberkaros ... 65.-</p> <p>Punktierte Streifen sehr modern 75.-</p> <p>Gedechte, feingemusterte Stoffe ... 85.-</p> <p>Vorzügliche Qualität geringere Aufmachung .. 95.-</p> <p>Maßersatz erstklassige Qualitäten, modernster Schnitt . 115.-</p>
--	--

Uebergangsmäntel / Trenchcoats / Windjacken

Verlangen Sie kostenlos unseren neuen Frühjahrskatalog!

BAER SOHN & BERLIN N 4

G Chausseestraße 29-30

Untergrundbahn

Stettiner Bahn.



schlechtes abgelehnt. Auf demagogische Reden der Kommunisten antwortete Stadtrat Genosse Schneider mit wirksamem Gegenmaterial. Ein Antrag, das orthopädische Turnen weiter auszubauen, wurde zustimmend an den Verwaltungsausschuss für Jugendwohlfahrt überwiesen. Bezirksamt und sozialdemokratische Fraktion erklärten als Antwort auf eine kommunistische Beschwerde, daß gegen die Treibereien der Kommunisten an den Berufsschulen mit aller Energie vorgegangen werden müsse. Sehr unangenehm war den Kommunisten die Antwort des Genossen Könenstein zu einer Anfrage über den Arbeiter-Lituzientenkursus in Reußhain. Die Kommunisten haben dieser Einrichtung belämmlich im Rathaus die Mittel verweigert, so daß jetzt zwei Kurse zusammengelegt werden mußten.

Neuer Ortsbezirk: Dammvorstadt. 16. Bezirk - Köpenick.

Nachdem zwei Sitzungen der Bezirkssozialratens infolge Kommunisten- und Halenkreuzlerfeiern ohne Erledigung der vorgesehener Tagesordnung vorzeitig abgebrochen werden mußten, konnte nur des Personals, wenn auch nach etwa fünfzähliger Dauer erledigt werden. Vorher hatten allerdings kommunistische Kräfte versucht, sich mit Gewalt den Eintritt zum Sitzungssaal zu erzwingen und als dies mißlungen, erschrien sie eine Redentribüne, um ihren Spektakelkannatismus an anderer Stelle zu betriebligen. Die Sitzung mußte unterbrochen und die Redentribüne mit Polizei aus dem Hause entfernt werden. Als Hauptpunkt stand ein Protest der Liberal-Bürgerlichen Fraktion gegen die in der letzten Sitzung vorgenommenen Wahl der unbefohlenen Stadträte zur Debatte. Die Bezirkssozialratensversammlung gab infolge vorgelommener Formfehler dem Protest durch Mehrheit statt und nahm die nachmalige Wahl der sechs unbefohlenen Bezirksamtsmitglieder vor, die die Wahl unserer Genossen Bending und Toltsdorf erneut zeitigte, während die Deutschnationalen zwei, die Wirtschaftspartei einen und die Kommunisten einen Sitz erhielten. Neben der Wahl zu Ehrenämtern zu den Wohlfahrts- und Jugendkommissionen des Bezirks ist bemerkenswert der Beschluß zur Bildung eines neuen Ortsbezirks Dammvorstadt, zu dessen Vorsteher die Genossin Janowski entgegen dem Widerspruch der Kommunisten gewählt wurde. Ein Grundstücksankauf in Schmiedisch wurde ebenfalls getätigt. Daran schloß sich die unendliche Reihe der Agitations- und Demonstrationen der Kommunisten und Bürgerlichen, die fast alle außerhalb der Kompetenz der Bezirkskörperschaften lagen. Der Dringlichkeitsantrag unserer Fraktion betr. Einbeziehung der Ortsteile Grünau, Friedrichshagen, Rahnsdorf und Büchelshagen in die Rahzone" sowie ein anderer betr. "Errichtung einer Kontroll- und Zahlstelle in Rahnsdorf für die Arbeitslosen" fand einstimmige Annahme. Weitere Anfragen und Entwürfe der Kommunisten fanden Erledigung durch Beantwortung seitens Vertreter des Bezirksamts resp. Ablehnung durch die Versammlung.

Weiter aufwärts und vorwärts!

Die Kreisvertretertag der Berliner Sozialdemokratie.

Wir haben in den letzten Tagen bereits des öfteren Bericht über die sozialdemokratischen Kreisvertretertagungen in Groß-Berlin veröffentlicht. Aus allen Bezirken konnte gemeldet werden, daß der Mitgliederzuwachs sowohl wie die Zunahme der „Vormwärts“-Beser im letzten Jahr dank der jähren Aktenarbeit der einzelnen Parteimitglieder und Funktionäre erfreulicherweise außerordentlich stark gewesen ist. Ein Zeichen dafür, daß auch in der Reichshauptstadt die Sozialdemokratie unaufhaltsam vorwärtsschreitet.

In der Kreisvertretertagung Wedding gab Kreisleiter Genosse Otto Frank den Bericht über die Tätigkeit und das Leben der Partei im vergangenen Jahre. Voll Stolz und Freude konnte er auf das weitere starke Wachstum der Partei hinweisen. Allein im Bezirk Wedding sind im letzten Jahr über 1100 neue Mitglieder gewonnen worden! Seit dem 1. April 1925 ist der Kreis auf mehr als das Doppelte seiner damaligen Stärke angewachsen. Trotz dieses Wachstums habe die Partei bei den Berliner Wahlen am 17. November eine Schlappe erlitten. Die Ursache für diese Niederlage sei in den schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen, in der ungeheuren Arbeitslosigkeit und in der demagogischen Kampfweise unserer Gegner zu suchen. Diese Scharte entmutige uns jedoch nicht, sondern sie sporne dazu an, in verstärktem Maße für die sozialdemokratische Organisation und ihre Presse zu werben und zu kämpfen. Höchste Bereitschaft müsse für alle Vorleistungsfreunde gelten. Schließen doch die Reaktionskräfte an, als ob die Einführung des Faschismus nicht mehr fern sei. Die beste Vorarbeit leisten ihnen dabei die Kommunisten, deren Ziel es sei, mit Hilfe der Unorganisierten und Selbst alle Arbeiterorganisationen zu zerstören. „Wir sind gewillt, so schloß Otto Frank, die Demokratie mit allen Mitteln zu verteidigen; denn wir wissen, daß sie der beste Boden ist, um die Wirtschaftsdemokratie und die soziale Republik zu erkämpfen.“ Eine Entscheidung, in der die parteigewissen Beamten aufgefordert werden, sich den freien Gewerkschaften anzuschließen, wurde einstimmig angenommen. — Sodann schritt man zur Neuwahl des Vorstandes, die folgendes Ergebnis hatte: Erster Vorsitzender wurde wieder Otto Frank, zweiter Vorsitzender Fritz Kiefer, Kassierer Otto Haxert, Schriftführer Hugo Hennicke.

Ein Mahnruf: Hände weg von der städtischen Volksspeisung!

Von einem Berliner Kommunisten
erhalten mit folgenden Ausführungen:

Die städtische Volksspeisung hat in den hinter uns liegenden Jahren der Not oft genug bewiesen, daß den auf- und abnehmenden Bedürfnissen einer vom Kriege heimgekehrten Arbeiterbevölkerung, wie sie die Stadt Berlin umschließt, am besten an Hand öffentlicher Einrichtungen genügt werden kann.

Die auf privater Liebestätigkeit aufgebaute bürgerliche Wohlfahrtspeisung, aus einer seit einem Jahrhundert fast bestehenden Suppenküche für Arme entstanden und fortentwickelt, hat gerade in den schwierigsten Zeiten, als fast alle private Wohlfahrtspflege an der Sicherung der Anforderung und der Minderung der Gebefähigkeit der Wohlhabenden zum Erliegen kam, fast völlig versagt. Seit einer Reihe von Jahren, besonders seitdem der Berliner Wohlfahrtsküchenbetrieb in der Person der gegenwärtig noch amtierenden deutschnationalen Stadträtin des zentralen Magistrats, Frau Kausler, eine neue Richtung bekommen hat und damit die personelle Verbindung mit der jüdischenfreundlichen Berliner Stadtverwaltung gegeben war, haben die Wohlfahrtsküchen wieder einen gewissen Aufschwung — freilich auch nur auf Kosten der Stadt Berlin — genommen. Die betrieblende Personalunion hat zeitweilig sogar die Ergänzung des ganzen öffentlichen Wohlfahrtsbetriebes in Gefahr gebracht. Frau Kausler war nämlich eifrig bemüht, bei jeder Gelegenheit ihren Einfluß im Magistrat zur Aborganisation der städtischen und zur Förderung ihrer privaten Volksspeisung auszunutzen. Die Entwicklung der letzten Zeit hat ergeben, daß die bald abtretende Frau Stadträtin noch schnell an der

Aufrüstung ihrer Wohlfahrtsküchen arbeitet, natürlich aus öffentlichen Mitteln, um dem Endziel, nebensächlich bürgerliche Wohlfahrtsorganisation unter den Vermissen aus den Taschen der Allgemeinheit zu betreiben.

Damit kommen wir zu einer Phase in der Entwicklung der städtischen Volksspeisung, die uns gerade im gegenwärtigen Augenblick flutartig ansteigender Lebensnot für so viele unserer Mitmenschen am allerstärksten erschüttern und zur Schwere aufwiegen müßte.

Die öffentlichen Volksspeisungen sollen nach einer Verfügung des Magistrats in den Wirkungsbereich der Sparmaßnahmen einbezogen werden. Wenn auch anerkannt werden muß, daß der Zwang zur Sparmaßnahme nie dringender vorlag als jetzt und nachdrücklich beachtet werden muß, so darf doch die Einsparung nicht dahin gehen, daß den für die Kernsten geschaffenen sozialen Einrichtungen Einbruch widerfährt. Man kann über Befreiung von Mißständen im Einzelnen reden, man kann durch zweckdienliche Kontrollmaßnahmen der Ausnutzung vorbeugen. Bei tatsächlich vorliegender akuter und chronischer Not muß aus öffentlichen Mitteln stehend und aufrechtstehend eingegriffen werden. Von dieser Verpflichtung kann sich die Öffentlichkeit um keinen Preis befreien.

Was leistete die städtische Volksspeisung bisher

und in welchem Maße soll sie eingeschränkt werden? Eine Darstellung von dem bis in die letzten Zeiten gewohlenen Umfang der öffentlichen Speisung läßt Zahlen, die für die zentrale Küche Dresdenerstraße, die die Arbeiterbezirke der Innenstadt im wesentlichen versorgt, genannt werden. Bis auf 18.000 Literportionen ist die Tagesleistung dieser Küche kurz vor den Sparmaßnahmen angefallen, und zwar von einer Normalleistung, die durchschnittlich 14.000 Portionen betragen hat. Und so sprunghaft erfolgte die Zunahme unter dem Druck der von Tag zu Tag wachsenden Not,

daß mit einer täglichen stetigen Zunahme von einigen 100 Portionen gerechnet werden mußte. Die Literportion wurde unter Aufberathung der Mehrkosten mit 25 Pf. abgegeben. Bei einem tatsächlichen Herstellungskosten von 43 Pf., etwa, waren 25 Pf. für teils Grundnahrungsmittelrohstoffe und 15 Pf. für Herstellungs- und Verteilungskosten (Beamten- und Angestelltengehälter, Arbeiterlöhne, Heizung, Beleuchtung, Transportmittel, häusliche Unterhaltung, Pensionen und Ruhegehälter) anzusetzen sind, bedeutete die Zuschußleistung aus öffentlichen Mitteln immerhin eine recht beträchtliche Summe, über deren Herabminderung durch geeignete organisatorische Maßnahmen durchaus getradet werden kann. Wie einsachend aber die Sparverfügungen des Magistrats gewesen sind, ergibt sich daraus, daß vom Tage des Inkrafttretens der neuen Bestimmungen die Zahlen der Essenbesucher um 4000 gesunken sind. Und mit weiterer Abnahme ist noch zu rechnen.

Was hat die Maßnahme getroffen?

Abgesehen von den vereinzelten Fällen, in denen vollarbeitende Arbeiter oder ihre Familien der näheren Umgebung einer Speiseküche für 25 Pf. ein annehmbares Mittagessen erstanden, legt sich die überaus große Zahl dieser 4000köpfigen Ränge zusammen aus in äußerster Bedrängnis lebenden Klein- und Sozialrentner, Arbeiterkinder, deren verwitwete Mütter oder Väter über Tag von Haus fort sind, und denen mit 25 Pf. die einzige kräftige warme Mahlzeit am Tage vermittelt wurde, und einer Reihe von verschämten Armen. Außer Beachtung ist ebenfalls geblieben, daß die 4000 Literportionen, um welche die Leistung bei fast gleichbleibenden Verwaltungskosten herabgedrückt wurde, natürlich nicht besonders erhebliche Regierkostenansätze über die reinen Lebensmittelkosten erfordern. Wo auch nach dieser Seite hin ein nicht glatt ausgehendes Sparmaßnahmebeispiel.

Warum hat man nicht eine bescheidene Erhöhung des Essenspreises für Selbstzahler, etwa auf 30 Pf., eintreten lassen. Damit wäre schon ein großer Teil der Mehraufwendungen für Selbstzahler, soweit die 4000 Literportionen in Frage kommen, gedeckt worden. Die Rechnung steht doch so: für 14.000 oder eine noch etwas weiter zurückgehende Zahl aller unmittelbarer Kostendeckung muß doch gefocht und das Essen unentgeltlich abgegeben werden. Die Portion für sie wird auch weiterhin ungefähr 40 Pf. Selbstkosten verursachen. Den Vorteil der getroffenen Maßnahme hat allein die bürgerliche Wohlfahrtsbewegung, und an ihrer Spitze Frau Kausler, die ein Mittagessen für 30 Pf. abgibt. Niemand wird weis machen wollen, daß Frau Kausler über die in der städtischen Speisung erscheidenden Selbstkosten für Nahrungsmittel von 25 Pf. hinaus mit 2 Pf. für Herstellungskosten usw. auskommen kann. Da ihr gesamter privater Küchenbetrieb in seinen über die Einnahme hinausgehenden Aufwendungen vom Magistrat bisher schon immer Entlastung erfahren hat, wird die Stadt auch jetzt wieder die

Kosten der bürgerlichen Lebenswehung

tragen. Was er an der eigenen Volksspeisung einspart, erhält zwangsläufig Frau Kausler zur Unterhaltung ihres Betriebs.

Nur ganz nebenbei sei noch erwähnt, daß das „kräftige“ Mittagessen der Frau Kausler zum Selbstkostenpreis von 30 Pf. natürlich ganz anders aussieht, als die öffentliche Kost, und daß das wiederarbeitende Armenmassen abendlich unter Begleiterschuldungen dargeboten wird, die oft jeder Beschreibung und Menschenwürdigkeit spotten. Unsere Forderung muß daher sein: „Hände weg von der öffentlichen Volksspeisung und Schluss mit den vom sozialen Standpunkt aus völlig abwegigen Bestrebungen der Frau Kausler!“ O.—M.

Der Eintritt in die Tagesordnung des sozialdemokratischen Kreisvertretertag. In Reinickendorf gedachte Genosse Lorenzen der im letzten Jahre dahingefahrenen Freunde und Mitkämpfer. In seinem Bericht wies der Vorsitzende auf den erfreulichen Aufstieg der Mitgliederbewegung hin. In der Werbeweche wurden etwa 550 Mitglieder gewonnen. Der Bestand der Mitglieder beträgt rund 3000. Bei den Wahlen am 17. November 1925 konnten wir 2188 Stimmen auf unsere Listen vereinigen, ein in Anbetracht der damaligen Situation günstiges Resultat. In die Bezirkssozialratensversammlung entsandte die Partei 12 Bezirks- und 3 Stadtverordnete. Genosse Wollschläger berichtete als Fraktionsvorsitzender über die laufende Arbeit im Bezirk, wobei er vor einer überkriten Reform Groß-Berlins warnte. Genosse Stadtrat Schwabedahl erläuterte die vergangene und künftige Bildungsgang der Partei. Unsere alle Genossin, die Frauenleiterin Anna Kiesel, konnte über eine sehr rege Beteiligung der Genossinnen an der Parteiarbeit berichten. Aus den letzten Ereignissen sollten die maßgebenden Parteifunktionen für die

Zukunft lernen. Genosse Krüger teilte mit, daß auch die Jugendarbeit im Kreise rüstig vorwärtsschreite. Genosse Herling-Hermsdorf konnte von einer starken Zunahme der „Vormwärts“-Beser berichten. In der Aussprache erläuterte Genosse Bezirkssozialrat Krausstein die schwere Arbeit im Bezirk gegenüber der Einheitsfront des Bürgerrechts und der Kommunisten. Scharfe Abwehr den Rechtsbehörden gegenüber sei notwendig. Hoffmann und Behmann fordern kräftige Unterstützung der Arbeiterjugend, während Genosse Waldmann beachtliche Vorschläge zur Mitgliedererweiterung machte. Die Wahlen hatten folgendes Ergebnis: Erster Vorsitzender Karl Schwarz, zweiter Vorsitzender Wilhelm Bendi, erster Kassierer Karl Tenzer, zweiter Kassierer Hermann Schulz, erster Schriftführer Friedrich Keller, zweiter Schriftführer Max Martin. In die Pressekommission wurde Goring gewählt. Als Beisitzer fungieren die Genossen: Koch, Kallies, Kallenstein, Schönfeld, Kojmann, Eipel und Waldmann. Mit einem herzlichen Dank an die ausscheidenden Vorstandsmitglieder wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.



ZENTRALE, BERLIN W35
POTS DAMER STR. 24-25



ICH
SCHLAGE
ALLES
15-8

Urteilssichere Zigarrenkenner bezeichnen „ICH SCHLAGE ALLES“ für 15 Pfg. als Qualitätsleistung ersten Ranges. — So erklärt es sich, daß die Rauchergemeinde dieser Zigarre unaufhörlich anwächst.

LOESER & WOLFF